



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR
FAMILIE, FRAUEN, KULTUR
UND INTEGRATION

KINDERSCHUTZ UND HILFEN ZUR ERZIEHUNG

Profil für das Ministerium für Familie, Frauen,
Kultur und Integration des Landes Rheinland-Pfalz

Ergebnisse zur Umsetzung des § 8a SGB VIII in der Praxis der Jugendämter
in Rheinland-Pfalz im Jahr 2020

Laura de Paz Martínez, Sybille Kühnel

Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung

Profil für das Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration des Landes
Rheinland-Pfalz

Ergebnisse zur Umsetzung des § 8a SGB VIII in der Praxis der Jugendämter in
Rheinland-Pfalz im Jahr 2020

*Erstellt im Auftrag des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration in Rheinland-
Pfalz*

*In Kooperation mit den Jugendämtern der Landkreise, der kreisfreien Städte und der großen
kreisangehörigen Städte in Rheinland-Pfalz*

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration
des Landes Rheinland-Pfalz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
www.mffki.rlp.de, poststelle@mffki.rlp.de

Verfasserinnen

Laura de Paz Martínez, Sybille Kühnel

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz
Flachsmarktstr. 9
55116 Mainz
Tel.: 06131-240 41 10, Fax 06131-240 41 50
ism@ism-mz.de, www.ism-mz.de



Berichtsstand 30.11.2021

Mainz 2022

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch Wahlbewerber:innen oder Wahlhelfer:innen im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden

INHALT

1 Vorbemerkung	6
2 Zur Datengrundlage und Methode	12
2.1 Erhebungsinstrument	12
2.2 Grundgesamtheit und Datenauswertung	13
3 Ein qualifizierter Kinderschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ...	16
4 Befunde der Untersuchung	26
4.1 Meldungskontext	28
4.2 Gefährdungseinschätzung.....	35
4.3 Angaben zur aktuellen Lebenssituation.....	50
4.4 Angaben zu den betroffenen jungen Menschen	58
5 Zentrale Kernbefunde	62
6 Anhang	76
6.1 Erhebungsbogen 2020.....	76
7 Literaturverzeichnis.....	82
8 Abbildungsverzeichnis	91

Datenübersicht 2020	Kreisfreie Städte		Landkreise		Kreisangehörige Städte		Rheinland- Pfalz	
Gefährdungseinschätzungen:								
Anzahl der Gefährdungseinschätzungen	3.023		5.316		493		8.832	
Gefährdungseinschätzungen pro 1.000 unter 18-Jährige	17,8		12,5		15,3		14,1	
Ergebnis der Gefährdungseinschätzung:								
Kindeswohlgefährdung	537	17,8%	671	12,6%	104	21,1%	1.312	14,9%
latente Kindeswohlgefährdung	566	18,7%	1.036	19,5%	121	24,6%	1.723	19,5%
keine Kindeswohlgefährdung, aber Hilfe-/Unterstützungsbedarf	913	30,2%	1.948	36,7%	152	30,9%	3.013	34,1%
keine Kindeswohlgefährdung, kein Hilfe-/Unterstützungsbedarf	1.006	33,3%	1.659	31,2%	115	23,4%	2.780	31,5%
keine Angabe	1	0,0%	2	0,0%	1	0,2%	4	0,0%
Art der Kindeswohlgefährdung:								
Anzeichen für Vernachlässigung	686	62,8%	951	56,3%	147	65,3%	1.784	59,3%
Anzeichen für psychische Misshandlung	360	32,9%	693	41,1%	64	28,4%	1.117	37,2%
Anzeichen für körperliche Misshandlung	264	24,2%	496	29,4%	49	21,8%	809	26,9%
Anzeichen für sexuelle Gewalt	44	4,0%	107	6,3%	7	3,1%	158	5,3%
Die häufigsten Meldenden:								
Polizei/Gericht/Staatsanwaltschaft	984	32,6%	1.527	28,8%	161	32,7%	2.672	30,3%
Bekannte/Nachbarn	446	14,8%	635	12,0%	46	9,3%	1.127	12,8%
Anonyme Meldung	319	10,6%	615	11,6%	59	12,0%	993	11,3%
Geschlecht:								
Anzahl der betroffenen Mädchen	1.453	48,1%	2.587	48,7%	230	46,7%	4.270	48,4%
Anzahl der betroffenen Jungen	1.562	51,7%	2.711	51,1%	260	52,7%	4.533	51,4%
divers	0	---	4	0,1%	1	0,2%	5	0,1%
ohne Angabe	4	0,1%	6	0,1%	2	0,4%	12	0,1%
Migrationshintergrund:								
Migrationshintergrund	1.378	48,9%	1.455	28,1%	230	46,7%	3.063	36,1%
kein Migrationshintergrund	1.166	41,4%	2.688	51,9%	241	48,9%	4.095	48,2%
Unbekannt	275	9,8%	1.035	20,0%	22	4,5%	1.332	15,7%
Alter:								
Unter 3 Jahre	693	23,0%	1.106	21,4%	132	26,9%	1.931	22,3%
3 bis 6 Jahre	642	21,3%	1.087	21,0%	92	18,8%	1.821	21,0%
6 bis 12 Jahre	1.001	33,2%	1.681	32,5%	154	31,4%	2.836	32,7%
Über 12 Jahre	682	22,6%	1.292	25,0%	112	22,9%	2.086	24,0%
Anteil Alleinerziehende	41,2%		39,2%		42,2%		40,1%	
Anteil Transferleistungsbezug	38,9%		27,5%		48,3%		32,6%	
Inanspruchnahme zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung								
darunter am häufigsten:								
keine Leistung der Kinder- und Jugendhilfe wurde in Anspruch genommen	1.839	61,0%	3.018	57,0%	250	51,1%	5.107	58,1%
ambulante/teilstat. Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 bis 32, 35 SGB VIII	516	17,1%	1.169	22,1%	121	24,7%	1.806	20,5%
Unterstützung nach §§ 16 bis 18 SGB VIII	574	19,0%	1.046	19,8%	125	25,6%	1.745	19,8%
Neu eingerichtete Hilfen als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung								
darunter am häufigsten:								
Unterstützung nach §§ 16 bis 18 SGB VIII	553	27,5%	1.035	28,7%	81	21,7%	1.669	27,8%
ambulante/teilstat. Hilfe nach §§ 27 bis 32, 35 SGB VIII	435	21,6%	929	25,7%	92	24,6%	1.456	24,3%
Vorläufige Schutzmaßnahme nach § 42 SGB III	304	15,1%	268	7,4%	33	8,8%	605	10,1%
Anrufung des Familiengerichts	10,5%		10,1%		14,1%		10,5%	

1 Vorbemerkung

Mit dem vorliegenden Bericht „Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung: Ergebnisse zur Umsetzung des § 8a SGB VIII in der Praxis der Jugendämter in Rheinland-Pfalz im Jahr 2020“ wird die Berichterstattung zum Monitoring fortgesetzt, die seit Einführung der Statistik zu Gefährdungseinschätzungen gemäß § 8a SGB VIII in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 jährlich erfolgt. In diesem Bericht werden die zentralen Befunde des Jahres 2020 umfassend dargestellt und fachlich eingeordnet. Die zugrundeliegenden Daten zur Umsetzung des § 8a SGB VIII in der Praxis der Jugendämter werden im Rahmen des rheinland-pfälzischen Projektes „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen“ erhoben und sowohl auf Landesebene als auch auf kommunaler Ebene in Form von Jugendamtsprofilen aufbereitet und kommentiert. Das Projekt „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen“ wird bereits seit dem Jahr 2002 in Kooperation des Landes und der rheinland-pfälzischen Jugendämter mit dem Ziel durchgeführt, für alle Kommunen in Rheinland-Pfalz vergleichbare Daten zu Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zu erheben und auszuwerten. Einerseits kann dadurch die Jugendhilfeplanung in den Landkreisen, kreisfreien sowie großen kreisangehörigen Städten unterstützt und befördert werden, andererseits erfolgt eine empirische Fundierung der fachlichen und fachpolitischen Diskussion. Seit mittlerweile knapp 20 Jahren existiert somit eine

valide Datenbasis für den Bereich der Hilfen zur Erziehung. Im Jahr 2010 – noch ehe die § 8a-Erhebung bundesweit gesetzlich verpflichtend wurde – wurde das Datenkonzept im Berichtswesen in Rheinland-Pfalz auf Initiative und Wunsch der beteiligten Jugendämter um die Dokumentation der Gefährdungsmeldungen nach § 8a SGB VIII erweitert.

Die bundesweite Pflichtstatistik der Gefährdungseinschätzungen gem.

§ 8a SGB VIII wurde am 1. Januar 2012 mit Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes (Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen), initiiert. Die Fragen der Bundesstatistik wurden in den vorhandenen Bogen der rheinland-pfälzischen Erhebung integriert. Seither werden Daten zu Gefährdungseinschätzungen gem.

§ 8a SGB VIII von allen Jugendämtern in Deutschland dokumentiert. Eine Besonderheit der rheinland-pfälzischen Erhebung stellt die Erhebung zusätzlicher Variablen dar, welche in der Bundesstatistik gegenwärtig nicht abgebildet werden können. So lassen die rheinland-pfälzischen Daten z. B. Aussagen zur Lebenssituation betroffener Familien und zu Verfahren im Jugendamt in Folge einer Meldung zu.

Die Sicherstellung eines qualifizierten Schutzes von Kindern und Jugendlichen ist nach wie vor die ureigene Aufgabe der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe. Das Bundeskinderschutzgesetz gilt hierbei als ein weiterer Meilenstein der in den letzten

Jahren öffentlich und (fach-) politisch geführten Diskussion rund um das Thema Kinderschutz. Ausgelöst durch tragische Fälle von Kindesmisshandlungen und Kindstötungen wurden im Zuge dieser Debatte zahlreiche Veränderungen im deutschen Kinderschutzsystem angestoßen und umgesetzt. Zur Beschreibung und Weiterentwicklung der Praxis der Jugendämter in diesem bisher wenig evaluierten Aufgabenbereich, stellt eine systematische Wissensbasis über das Meldeverhalten der Bevölkerung, die Lebenssituation der Familien sowie den Umgang mit Gefährdungsmeldungen bzw. -einschätzungen gem. § 8a SGB VIII durch die Fachkräfte im Allgemeinen Sozialen Dienst eine wichtige Voraussetzung dar.

Im Projekt „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen“ wurden seit dem Projektstart 2002 verlässliche Arbeitsstrukturen zwischen den rheinland-pfälzischen Jugendämtern, dem zuständigen Ministerium und dem Landesjugendamt aufgebaut. Auf dieser Basis können Befunde gemeinsam besprochen und dialogorientierte Transferstrategien in Politik und Fachpraxis sowohl geplant als auch umgesetzt werden. Dabei ermöglicht die vorliegende Evaluation der Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII eine planvolle und systematische Weiterentwicklung der Kinderschutzarbeit unter Berücksichtigung sachlicher Begründungszusammenhänge. Basierend auf den Ergebnissen der „§ 8a-Statistik“ 2020 in Rheinland-Pfalz können inzwischen Zeitreihen aus elf Zeitpunkten

abgebildet werden. Insgesamt lassen auch die Daten für das Jahr 2020 im Vergleich zu den Erhebungsjahren seit 2010 zahlreiche Parallelen in den Ergebnissen erkennen – und das, obwohl die Jugendämter im Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie ihrem Kinderschutzauftrag unter zum Teil stark erschwerten Rahmenbedingungen nachgehen mussten. Deutlich wird für 2020:

- *Ergebnis der Gefährdungseinschätzung:* Im Jahr 2020 bestätigte sich bei 34,4 % aller durchgeführten Gefährdungseinschätzungen der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung (KWG oder latente KWG). In einem weiteren Drittel der Fälle (34,1 %) bestätigte sich der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung zwar nicht, allerdings wurde Hilfe- bzw. Unterstützungsbedarf festgestellt. Hier stellen Gefährdungsmeldungen gem. § 8a SGB VIII ein Zugangstor zu unterstützenden Leistungen für Kinder und Familien dar. Nach Einschätzung der Fachkräfte lag in einem weiteren Drittel (31,5 %) der Fälle weder eine Kindeswohlgefährdung noch ein Hilfe- bzw. Unterstützungsbedarf vor. Insgesamt erweist sich das Ergebnis im Vergleich zu den Vorjahren als zeitstabil. Hinweise darauf, dass die pandemischen Einschränkungen dazu geführt haben, dass Kindeswohlgefährdungen unentdeckt bleiben, lassen sich auf dieser Basis ebenso wenig finden, wie Anhaltspunkte für eine erhöhte Anzahl an

Falschmeldungen. Stattdessen unterstreicht das Ergebnis das Funktionieren der Netzwerke im Kinderschutz auch in der Pandemie (vgl. hierzu ausführlich ism gGmbH 2021a). Deutlich wird außerdem, dass zumindest im ersten Jahr der Pandemie viele Familien ein beachtliches Maß an Resilienz zeigten. Noch ist jedoch unklar, wie sich der Hilfebedarf in Zukunft entwickeln wird. Insofern lassen sich hier noch keine endgültigen Schlüsse ziehen.

- *Anzahl der Gefährdungseinschätzungen:* Im Berichtsjahr 2020 wurden insgesamt 8.832 Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII dokumentiert. Damit ist die Gesamtzahl der Fälle im Vergleich zum Vorjahr um 6,9 % gestiegen. Bezogen auf alle Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren in Rheinland-Pfalz ergibt sich ein Eckwert von 14,1 pro 1.000 Minderjährige. Demnach war mehr als ein Prozent aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren im Jahr 2020 in Rheinland-Pfalz von einer Gefährdungsmeldung bzw. -einschätzung betroffen.
- *Tätigwerden und fachliche Schritte der Fachkräfte:* Jede Meldung zieht unabhängig vom Ergebnis der Gefährdungseinschätzung ein aufwendiges Verfahren für die Fachkräfte nach sich. Bei diesem Verfahren gilt es abzuklären, ob und in welcher Weise Schutz- bzw. Hilfebedarf vorhanden ist und

welche notwendigen und geeigneten Unterstützungsmaßnahmen angebahnt werden können. Die Fachkräfte schöpfen hier aus einem breiten Repertoire an fachlichen Handlungsmöglichkeiten, um jeder Meldung professionell nachzugehen. Neben methodisch strukturierten kollegialen Beratungen zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos (79,3 %) und/oder gemeinsamen Besprechungen im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte nach dem 4-Augen-Prinzip (80,9 %) erfolgte im Jahr 2020 bei 83,0 % der Meldungen zudem ein persönlicher Kontakt mit dem Kind bzw. der Familie. Im Vergleich zum Vorjahr (85,4 %) hat sich dieser Anteil kaum verändert. Entsprechend wurden auch in Zeiten der Corona-Pandemie Wege gefunden, diese fachlichen Schritte – unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln – regulär durchzuführen.

- *Einleitung von Hilfen:* Die Jugendämter reagieren auf Gefährdungsmeldungen mit einer Vielzahl verschiedener Maßnahmen und Hilfen und initiieren auch bei Gefährdungslagen nicht sofort eine Fremdunterbringung. Im Berichtsjahr 2020 wurden – unabhängig davon, ob tatsächlich eine Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde – in jedem vierten Fall (25,7 %) Hilfen zur Erziehung gem. §§ 27 ff. SGB VIII; Eingliederungshilfen gem. § 35a SGB VIII oder Hilfen gem. § 19 SGB VIII neu

eingrichtet. Auch darüber hinaus erhielten Familien Hilfe- und Unterstützungsleistungen in Form von Beratungen oder niedrigschwelligen/frühen Hilfen.

Die Befunde zu den zentralen Fragen im Kontext des Verfahrens und den betroffenen Familien sind auch im Berichtsjahr 2020 stabil geblieben. Die Erhebung zeigt, dass die Jugendämter ihre Kinderschutzaufgaben im Pandemiejahr 2020 insgesamt, aber auch in den Lockdown-Phasen verantwortlich wahrgenommen haben. Dies zeigen neben der vorliegenden Auswertung auch ausführliche zusätzliche Auswertungen der 2020er Daten mit dem Fokus „Kinderschutz in der Pandemie“, welche im Laufe der Jahre 2020 und 2021 bereits zu drei Zeitpunkten erfolgen¹. Hinsichtlich der soziodemographischen Daten der betroffenen Kinder (Alter, Geschlecht), der Art der Gefährdung, der konkreten Anhaltspunkte für eine Gefährdung sowie der Verfahren im Jugendamt und der Daten zur Lebenssituation der Familien zeigen sich kaum Unterschiede im Zeitverlauf. Dies bekräftigt zum einen die inzwischen gute Datenqualität und Belastbarkeit der Daten in der Diskussion um die Sicherstellung eines qualifizierten Kinderschutzes und verweist zum anderen darauf, dass mittlerweile etablierte Arbeitsabläufe und -

strukturen sowie Netzwerke im Kinderschutz auch während der Pandemie funktioniert haben.

Die Auswertungen des vorliegenden Berichts basieren auf den Daten von 40 Jugendämtern in Rheinland-Pfalz. Die erhobenen Daten geben einen Überblick über das Meldeverhalten der Bevölkerung sowie Hinweise auf den fachlichen Umgang mit Gefährdungsmeldungen und auf die Lebenssituation der Familien, auf die sich die Gefährdungseinschätzungen beziehen. Dabei gilt es zu beachten, dass die dargestellten Befunde ohne eine Kenntnis der Strukturen und Arbeitsprozesse vor Ort nicht zu interpretieren sind. Die Ergebnisse können nicht als Bewertungsmaßstab „guter“ oder „schlechter“ Jugendamtsarbeit herangezogen werden. Vielmehr wird das Ziel verfolgt, mittels der berichteten Zahlen die Diskussion in Politik und Praxis zu versachlichen und die Diskussionen zum Thema Kinderschutz weiter zu qualifizieren.

Zum Aufbau des Berichts

Kapitel 2 stellt grundsätzliche Hinweise zur Datenerhebung sowie zum methodischen Vorgehen bei der Auswertung zusammen. *Kapitel 3* enthält eine kompakte inhaltlich-thematische Hinführung zum Thema Kinderschutz und Kindeswohlgefährdung. Weiterhin werden Gefährdungsmeldungen

¹ Im Rahmen der „Zusatzerhebung zu den Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII“ stellten 34 Ämter erst monats-, dann quartalsweise Ihre 8a Daten zur Verfügung, so dass zeitnahe Auswertungen zur Entwicklung der Gefährdungseinschätzungen in den verschiedenen Phasen der Pandemie seit Anfang 2020 möglich waren. Die Kurz-

berichte finden sich auf der Homepage des Berichtswesen-Projekts unter <https://www.berichtswesen-rlp.de/themen/8a-sgb-viii/zusatzerhebung.html>, zum Zeitraum Januar bis September 2020 vgl. Müller u.a. 2020 und ism 2020b, Gesamtjahr 2020 vgl. ism gGmbH 2021a, vor der Veröffentlichung steht die Auswertung des ersten Halbjahres 2021 (vgl. ism 2022, im Erscheinen).


im Kontext weiterer Jugendhilfeleistungen beleuchtet und gezeigt, dass Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung als zwei Seiten derselben Medaille bezeichnet werden können.

Kapitel 4 stellt den Kern des Berichts dar und beinhaltet die zentralen Befunde für Rheinland-Pfalz im Jahr 2020, teils auch im Zeitvergleich. In diesem Kapitel finden sich rahmende Ausführungen zum Meldungskontext, gefolgt von Angaben zum Prozess der Gefährdungseinschätzung sowie Angaben zur Lebenssituation der Familien und der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Alle Einzelergebnisse der Jugendämter wurden zu Durchschnittswerten auf Landesebene zusammengefasst. Die 40 Jugendämter, die an der Erhebung beteiligt sind, erhalten zusätzlich ein individualisiertes Datenprofil, in welchem die Daten des jeweiligen Jugendamtes im Vergleich zu den landesweiten Daten (Durchschnitt der Landkreise, Städte oder kreisangehörigen Städte) abgebildet werden. Mithilfe dieser jugendamtsspezifischen Auswertung kann für das jeweilige Jugendamt bestimmt werden, wo die eigene Praxis „gerade steht“ und wo sich Ansatzpunkte für Entwicklungsbedarfe zeigen. Kapitel 4 umfasst außerdem diverse zusätzliche Auswertungen von Variablen, die im Rahmen der bundesweiten Pflichtstatistik nicht erfasst werden, und daher ausschließlich für Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehen. Solche Variablen sind zum Beispiel der Migrationshintergrund der betroffenen jungen Menschen, fachliche

Schritte im Jugendamt sowie konkrete Anhaltspunkte für eine Gefährdung.

In *Kapitel 5* werden die zentralen landesweiten Befunde zusammengefasst und fachlich kommentiert. Dabei werden zentrale Entwicklungsperspektiven benannt, die die fachliche und fachpolitische Diskussion bereichern können.

Der vorliegende Bericht richtet sich zum einen an die Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz. Daten zur quantitativen Dimension der § 8a-Verfahren, des Meldeverhaltens sowie Informationen zur Arbeitspraxis in den Sozialen Diensten im Zuge der Gefährdungseinschätzung können als Indikatoren für die Arbeitsbelastung in den Sozialen Diensten herangezogen werden. Angaben über meldende Personen und Einrichtungen geben Hinweise auf notwendige und sinnvolle Kooperationspartnerinnen und -partner im Kinderschutz. Die Daten zu Arbeitsabläufen und Handlungsstrategien in den einzelnen Ämtern dienen der Reflexion der eigenen Praxis der Fachkräfte in den Sozialen Diensten, können Anlass sein, interne Verfahrensschritte zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern. Darüber hinaus können die Ergebnisse genutzt werden, um die fachpolitische Diskussion sachlich zu untermauern und damit den Schutz von Kindern und Jugendlichen politisch zu unterstützen und die Verfahren weiter zu qualifizieren.



Zum anderen richtet sich der Bericht in diesem Sinne auch gezielt an (Fach-)Politik und Öffentlichkeit. Er erweitert den aktuellen Forschungs- und Kenntnisstand zu einem bedeutsamen Arbeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe, indem er einen Überblick über zentrale Befunde und Begründungszusammenhänge gibt.

Die ausführliche Dokumentation der jährlich durchgeführten Gefährdungseinschätzungen in den jeweiligen Jugendämtern erfordert einen hohen Arbeitsaufwand und -einsatz der Fachkräfte in den Allgemeinen Sozialen Diensten des öffentlichen Jugendhilfeträgers. Allen beteiligten Fach- und Leitungskräften sei an dieser Stelle für die zeitaufwändige Dokumentation und die gute Zusammenarbeit herzlich gedankt. Ohne die vielen Anregungen und Hinweise aus der Praxis wären eine dem Gegenstand angemessene Betrachtung und Interpretation der Daten nicht möglich.

2 Zur Datengrundlage und Methode

Meldungen bzw. Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII werden seit dem Erhebungsjahr 2010 im Rahmen des Projektes „Qualitätsentwicklung durch Berichtswesen“ erhoben.

Im Zuge des Inkrafttretens des Bundeskinderschutzgesetzes zum 01.01.2012 und der damit verbundenen Erweiterung der amtlichen Statistik zu Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII wurde der bis einschließlich 2011 in Rheinland-Pfalz genutzte ism-Erhebungsbogen der Gefährdungseinschätzungen ab 2012 durch die Fragen der Bundesstatistik ergänzt, so dass aktuell in Rheinland-Pfalz eine kombinierte Erhebung durchgeführt wird („Pflichtstatistik des Bundes/Landesamtes“ und „ism-Erhebungsfragen“). Die zusätzlichen zentralen Fragen zum Verfahren in den Jugendämtern sowie zur Lebenssituation der Familien wurden weiterhin beibehalten (vgl. Fragebogen im Anhang).

Im Erhebungsjahr 2020 – das mittlerweile elfte Erhebungsjahr – haben sich 40 von 41 Jugendämtern beteiligt.

2.1 Erhebungsinstrument

Da die hiesige Erhebung alle Fragen der Bundesstatistik aufgenommen hat, orientiert sie sich ebenfalls an den Definitionen und Vorgaben des Statistischen Bundesamtes. Da es viele Parallelen zwischen dem aktuellen Erhebungsinstrument ab

dem Jahr 2012 (vgl. Anhang) und dem Instrument aus den Vorjahren gibt, ist eine valide Darstellung von Entwicklungen im Kinderschutz seit 2010 möglich. Die ergänzenden Fragen in Rheinland-Pfalz ermöglichen vielfältige zusätzliche Auswertungen, die unter ausschließlicher Berücksichtigung der bundesstatistischen Daten nicht möglich sind.

Folgende Angaben stehen durch die Fragen des ism-Erhebungsbogens zusätzlich zur Verfügung:

- Datum der Meldung;
- Zeitpunkt der Meldung (innerhalb oder außerhalb der Geschäftszeiten des Jugendamtes);
- Anzahl der von der Mitteilung betroffenen Kinder;
- Migrationshintergrund des Kindes;
- Geburtsjahr der Mutter;
- Einkommenssituation der Familie;
- Anzahl der minderjährigen Kinder am Aufenthaltsort des Kindes zum Zeitpunkt der Meldung;
- Bekanntheit der Familie beim Jugendamt;
- Differenzierte Angaben zur Inanspruchnahme von einzelnen Hilfen zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung;
- Differenzierte Angaben zu den neu eingerichteten Hilfen im Anschluss an die Gefährdungseinschätzung;
- Differenzierte Angaben zu konkreten Anhaltspunkten für eine mögliche Kindeswohlgefährdung;

- Differenzierte Angaben zu den fachlichen Schritten im Zeitraum bis zum Abschluss der Gefährdungseinschätzung;
- Mitwirkungsbereitschaft der Eltern;
- Vorhandensein eines persönlichen Kontaktes mit dem Kind (mit Datum).

Die Auswertung der Daten erfolgt mit dem statistischen Analyseprogramm SPSS Statistics.

2.2 Grundgesamtheit und Datenauswertung

Der vorliegende Bericht für das Jahr 2020 basiert auf einer Datengrundlage von 8.832 Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII, die von den 40 an der Befragung beteiligten rheinland-pfälzischen Jugendämtern dokumentiert wurden. Zu Beginn der (freiwilligen) Erhebung in den Jahren 2010 und 2011 wurden Meldungen und jeweils betroffene Kinder dokumentiert. Seit 2012 wird jeweils ein Erhebungsbogen pro abgeschlossener Gefährdungseinschätzung zu einem betroffenen jungen Menschen ausgefüllt („§ 8a Verfahren“). Im Vergleich zum Vorjahr ist für die Zahl der dokumentierten Fälle ein Anstieg von 6,9 % (568 Fälle) zu beobachten. Damit setzt sich der steigende Trend der letzten Jahre insgesamt fort, wenn auch weniger stark. Ein Vergleich der Daten, die 2020 durch das Institut für Sozialpädagogische Forschung gGmbH (ism) erfasst wurden, mit den Daten des Statistischen Landes-

amtes zeigt eine grundlegende Übereinstimmung bei der Anzahl der registrierten Fälle.

Dokumentierte Meldungen: Wann ist ein Fall ein Fall?

Die nachfolgenden Definitionen sind Vorgaben des Statistischen Bundesamtes zur Erfassung der Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII. Sie sind angelehnt an die Formulierung in § 8a SGB VIII Abs. 1. Das Erhebungsinstrument des Instituts für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH übernimmt die hier aufgeführten Definitionen.

- „Eine Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1 SGB VIII ist dann zu melden, wenn dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt werden, es sich daraufhin einen unmittelbaren Eindruck von der / dem Minderjährigen und ihrer / seiner persönlichen Umgebung verschafft hat (z. B. durch einen Hausbesuch, den Besuch der Kindertageseinrichtung oder der Schule, der eigenen Wohnung der / des Jugendlichen oder die Einbestellung der Eltern ins Jugendamt) und die Einschätzung des Gefährdungsrisikos anschließend im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte erfolgt ist. Zu einer gemeldeten Gefährdungseinschätzung können auch weitere vereinbarte Hausbesuche oder zusätzliche Recherchearbeiten gehören.“

- Wurde für mehrere Minderjährige in einer Familie eine Gefährdungseinschätzung durchgeführt, so ist für jeden Minderjährigen/jede Minderjährige, für den/die das Verfahren durchgeführt wurde, ein Fall zu dokumentieren.
- Wird für denselben Minderjährigen/dieselbe Minderjährige im Berichtsjahr mehr als eine Gefährdungseinschätzung durchgeführt, so ist für jede einzelne Gefährdungseinschätzung eine Falldokumentation abzugeben (die Kennnummern für jedes einzelne Verfahren müssen sich unterscheiden, vgl. Anmerkungen zum Fragebogen zur Erfassung der Gefährdungsmeldungen gem. § 8a SGB VIII des Statistischen Bundesamtes).

Berechnung und Darstellung der Daten

In Kapitel 4 erfolgt eine Grundausswertung des Gesamtdatensatzes, also der Gefährdungseinschätzungen aller an der Erhebung beteiligten Jugendämter. Weitere Auswertungen nach verschiedenen Merkmalen (z.B. Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund, Bekanntheit der Familie im Jugendamt u. ä.) ergänzen die Grundausswertung.


Die Auswertung und Darstellung der ausschließlich für Rheinland-Pfalz vorhandenen Variablen ist an den entsprechenden Stellen durch Fußnoten gekennzeichnet.

Der Großteil der Ergebnisse wird anhand prozentualer Anteilswerte dargestellt. Für diverse Variablen wurden zudem Eckwerte berechnet, um einen Vergleich der rheinland-pfälzischen Jugendamtsbezirke untereinander zu ermöglichen. Hierfür werden die Daten auf je 1.000 im jeweiligen Landkreis oder in der jeweiligen Stadt lebende junge Menschen unter 18 Jahren bezogen. Der so ermittelte Wert stellt auch zwischen Kommunen unterschiedlicher Größe Vergleichbarkeit her. Ein Eckwert von acht bedeutet zum Beispiel, dass bei acht jungen Menschen pro 1.000 junger Menschen der jeweiligen Altersgruppe (hier der unter 18-Jährigen) der entsprechende Sachverhalt – etwa eine Gefährdungseinschätzung nach § 8a SGB VIII – aufgetreten ist.

In Kapitel 4 werden die Befunde zu einzelnen Aspekten graphisch dargestellt sowie kommentiert. Die an der Erhebung teilnehmenden Jugendämter finden hier ihre jeweiligen Ergebnisse jugendamtsspezifisch aufbereitet. Hierdurch kann sich jeder Jugendamtsbezirk vor dem Hintergrund der Daten selbst „verorten“ und Ideen für die Ausgestaltung im Umgang mit Meldungen bzw. Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII entwickeln.

Datenübersicht – auf einen Blick

Die Datenübersicht mit den zentralen Befunden wurde erstmals im Bericht 2017 eingeführt. Aufgrund der zahlreichen positiven Rückmeldungen wird sie auch in die-



sem Jahr zu Beginn des Berichtes platziert. Sie enthält eine breite Übersicht zu den jugendamtsspezifischen zentralen Befunden (absolute Zahlen, Prozentangaben, Eckwerte). Dadurch wird ein schneller Überblick über die jeweiligen Daten ermöglicht, auch im Vergleich zu den Durchschnittswerten der Landkreise, kreisfreien Städte, kreisangehörigen Städte und zum landesweiten Durchschnitt in Rheinland-Pfalz. Die Datenübersicht findet sich auf Seite 5.

3 Ein qualifizierter Kinderschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

In den Jahren 2005 und 2006 sorgten mehrere tragische Fälle von Kindstötungen für großes öffentliches Aufsehen und Interesse am Thema Kinderschutz. Das Handlungsfeld des Kinderschutzes rückte deutlich in den Fokus von Öffentlichkeit, Politik und Fachpraxis. Im Zuge der sich an diese Ereignisse anschließenden öffentlichen Kinderschutzdebatten wurden auf verschiedenen Ebenen Maßnahmen für eine Verbesserung des Kinderschutzes in Deutschland diskutiert und umgesetzt. Die Politik reagierte mit einer Reihe von Gesetzesänderungen, die insbesondere die Praxis des institutionellen Kinderschutzes in Deutschland deutlich verändert haben. Kaufhof und Pothmann sprechen für den Zeitraum 2006 bis 2011 von einer Phase der „Wiederentdeckung des Kinderschutzes als staatlicher Schutzauftrag“ (vgl. AKJ 2018, 23). Die anschließende Phase von 2012 bis heute betiteln sie als „Das Bundeskinderschutzgesetz als Konsolidierungsprogramm“. In diesem Zusammenhang verorten sie auch die Einführung der „8a-Statistik“ als Versuch, Wissenslücken zu schließen (vgl. ebd., 25). Das folgende Kapitel dient als inhaltliche Hinführung und Rahmung der Befunde zu Kindeswohlgefährdungen bzw. den Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII.

Rechtliche Maßgaben zum Kinderschutz in Deutschland

Die Einführung des § 8a SGB VIII im Rahmen des KICK (Kinder- und Jugendhilfe-weiterentwicklungsgesetz 2005) hatte unter anderem das Ziel, den Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe bzw. der Jugendämter präziser zu definieren und auch die Mitverantwortung der Träger von Einrichtungen und Diensten deutlicher herauszustellen (vgl. Wabnitz 2015, 317 ff.). Hierdurch erfolgte ein erster Qualifizierungsschub mit Blick auf die Herausforderung, deutlicher als zuvor Standards für regelgeleitetes fachliches Handeln in Fällen von Kindesmisshandlungen und -vernachlässigungen herauszustellen und ein tragfähiges Kinderschutzmanagement im Zusammenwirken mit anderen Trägern und Diensten aufzubauen.

Auch auf der Landesebene wurden rechtliche Regelungen zur Verbesserung des Kinderschutzes initiiert – so z. B. 2008 das Landeskinderschutzgesetz in Rheinland-Pfalz (vgl. Landesgesetz zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit in Rheinland-Pfalz; MIFKJF 2011; 2015). Im Zuge der Novellierung des Gesetzes im November 2020 wurden zusätzliche Haushaltsmittel verankert, um Kinder von psychisch oder suchterkrankten Eltern gezielt unterstützen zu können. Mit den zusätzlichen Landesmitteln können die rheinland-pfälzischen Jugendämter Maßnahmen und Projekte umsetzen, bestehende Hilfestruk-

turen personell verstärken sowie Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildungen für Fachkräfte finanzieren.

Als nächster Meilenstein kann die Verabschiedung des Bundeskinderschutzgesetzes im Januar 2012 gesehen werden. Hier erfolgte als eine von vielen Maßnahmen auch die Einführung der neuen Teilerhebung zu den Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII, die einen zentralen Baustein zur „Erweiterung der Wissensbasis zum Kinderschutz durch Weiterentwicklung der amtlichen Statistik“ darstellt (vgl. Mühlmann/Pothmann/Kopp 2015, 106ff.).

Das Gesetz hat insbesondere die bundesweite Verbesserung von Präventions- und Interventionsansätzen sowie die stärkere Beteiligung unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure zur Sicherstellung des Wohlergehens von Kindern und Jugendlichen zum Ziel. Damit trägt es der Erkenntnis Rechnung, dass ein wirksamer Kinderschutz nur in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung und in einem abgestimmten Zusammenspiel aller Institutionen, die mit Kindern und Jugendlichen zu tun haben, realisiert werden kann. Dabei geraten die Potenziale anderer Sozialleistungsbereiche, wie beispielsweise des Gesundheits- oder Bildungssystems in den Blick, was durchaus als positiver Ertrag dieser auf allen staatlichen Ebenen geführten Debatte verbucht werden kann. Durch eine verbesserte Früherkennung von Gefährdungslagen, den Einsatz und Ausbau von

Frühen Hilfen und die Vernetzung der beteiligten Akteurinnen und Akteure sowie Institutionen sollen Kindeswohlgefährdungen effektiver als bisher vermieden werden.

Im Rahmen des im Jahr 2021 verabschiedeten Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG) wurden weitere rechtliche Änderungen auch zur Stärkung des Kinder- und Jugendschutzes vorgenommen. Dabei wird u. a. die Zusammenarbeit an den Schnittstellen weiter verbessert (vgl. Beckmann/Lohse 2021, 1-5).

Elternrechte und staatliches Wächteramt

Der allgemeine Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe leitet sich aus § 1 des SGB VIII ab und formuliert als Aufgabe, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern, Benachteiligungen abzubauen und Eltern in ihrer Erziehungs- und Elternverantwortung zu unterstützen sowie dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für Kinder, Jugendliche und ihre Familien, wie auch eine familienfreundliche Umwelt, zu schaffen bzw. zu erhalten. Darüber hinaus wird in § 1 Abs. 3 Satz 3 SGB VIII auch das staatliche Wächteramt explizit als Aufgabe des öffentlichen Jugendhilfeträgers benannt. Entsprechend dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist die Pflege und Erziehung der Kinder und Jugendlichen das natürliche Recht der Eltern. Dieses Recht verpflichtet Eltern zugleich, für den

Schutz ihrer Kinder Sorge zu tragen (vgl. Wiesner 2006). Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft ist es, darüber zu wachen, dass Eltern dieser Verantwortung nachkommen: „Hier hat das sog. *staatliche Wächteramt* seine verfassungsrechtliche Grundlage“ (ebd., 9, Hervorhebung im Original). Im SGB VIII wird im Sinne des staatlichen Wächteramts ein klarer Handlungsauftrag und eine Leistungsverpflichtung für die Kinder- und Jugendhilfe formuliert (vgl. Münder et al. 2006, 107). Zentral ist dabei die Aufgabenverteilung zwischen Eltern und Staat, die zuweilen eine Gratwanderung darstellen kann: In Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG sowie in § 1 Abs. 2 SGB VIII wird den Eltern die sogenannte „Elternverantwortung“ zugewiesen: „Pflege und Erziehung sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“. Dabei ist die Wahrnehmung des staatlichen Wächteramts durch die Kinder- und Jugendhilfe der Wahrnehmung des Erziehungsauftrags durch die Eltern nachgeordnet (vgl. Wiesner 2006, 9). Das staatliche Wächteramt begründet sich wesentlich darin, dass auch Kinder Grundrechtsträger sind. Das heißt, das Recht auf eigene Menschenwürde und Entfaltung der eigenen Persönlichkeit gilt für Kinder und Jugendliche ebenso wie für Erwachsene. Dieses darf nicht „durch den Missbrauch der elterlichen Rechte oder eine Vernachlässigung“ (Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom 29.07.1968 zit. nach Wiesner 2006, 12) beeinträchtigt werden.

Die Kinder- und Jugendhilfe kommt ins Spiel, wenn es den Eltern aus unterschiedlichsten Gründen nicht gelingt, ihrer „Elternverantwortung“ gerecht zu werden. Sie stellt geeignete Hilfen zur Verfügung, um Eltern zu befähigen, ihrer Erziehungsverantwortung (wieder) gerecht werden zu können. Sofern gewichtige Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindeswohls vorliegen, greift der öffentliche Jugendhilfeträger aufgrund seiner Garantenpflicht durch Ge- und Verbote und geeignete Interventionsstrategien in das Elternrecht ein. Der Schutzauftrag unterscheidet die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe von allen anderen Sozialleistungsträgern (vgl. Wiesner 2006, 9, 14). Für Interventionen seitens des Staates gilt der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: „Art und Ausmaß des Eingriffs bestimmen sich nach dem Ausmaß des Versagens der Eltern und danach, was im Interesse des Kindes geboten ist. Der Staat muss daher nach Möglichkeit zunächst versuchen, durch helfende, unterstützende, auf Herstellung oder Wiederherstellung eines verantwortungsgerechten Verhaltens der natürlichen Eltern gerichtete Maßnahmen sein Ziel zu erreichen“ (ebd., 12). Wenn diese Maßnahmen nicht ausreichen, kann der Staat den Eltern die Erziehungs- und Pflegerechte vorübergehend oder dauerhaft entziehen, muss zugleich positive „Lebensbedingungen für ein gesundes Aufwachsen des Kindes schaffen“ (ebd.). Die Konkretisierung dieser grundgesetzlichen Verpflichtung in Befugnissen und

Handlungsaufträgen erfolgt im BGB hinsichtlich der Familiengerichte, im SGB VIII für die Kinder- und Jugendhilfe sowie seit 01. Januar 2012 im Bundeskinderschutz für die Kinder- und Jugendhilfe, das Gesundheitswesen sowie für weitere relevante gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure.

Zum Wächteramt gehört demnach mehr als die Krisenintervention im Ernstfall: Um dem allgemeinen Auftrag und dem mit dem Wächteramt verbundenen Handlungsauftrag gerecht zu werden, umfasst die Kinder- und Jugendhilfe heute ein breites Spektrum von Regelangeboten der Kindertagesbetreuung, allgemeiner Beratungen und Familienbildungsangeboten bis hin zur Jugend- und Schulsozialarbeit. Darauf aufbauend verfügt sie über spezifische Hilfe- und Förderangebote für junge Menschen und Eltern, um sie in bestimmten Lebenslagen, Bewältigungs- oder Entwicklungsaufgaben sowie in Krisen- und Notsituationen zu unterstützen. Eine qualifizierte Kinder- und Jugendhilfe braucht auch bedarfsgerechte erzieherische Hilfen, die im Einzelfall in Problem- und Konfliktlagen eingesetzt werden und mit Blick auf mögliche Gefährdungen des Kindeswohls im Vorfeld potenzieller Verdichtungen oder Eskalationen von Problemlagen präventiv wirken können. Gleichwohl müssen sie immer auch eingebettet sein in normalisierende Regelangebote und in Kinderschutzansätze.

Kinderschutz als Aufgabe einer umfassenden Kinder- und Jugendhilfe

Das Aufgabenfeld des Kinderschutzes – das machen die Ausführungen zu den gesetzlichen Bestimmungen deutlich – fällt in Deutschland zuvorderst in den Zuständigkeitsbereich der Kinder- und Jugendhilfe und wird von ihr intensiv bearbeitet. Auch wenn der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefährdungen für ihr Wohl eine Kernaufgabe des öffentlichen Jugendhilfeträgers darstellt, wurden über die gesetzlichen Neuregelungen auch andere Leistungsbereiche und Handlungsfelder in Aufgaben des Kinderschutzes einbezogen, wodurch die gemeinsame Verantwortung der staatlichen Gemeinschaft unterstrichen wird. Damit wird einem „weiten“ Begriffsverständnis von Kinderschutz Rechnung getragen: Kinderschutz umfasst die Bereiche der Prävention (Frühe Hilfen), Diagnostik und Intervention. Dazu gehören alle organisierten Aktivitäten, um Fälle von Kindeswohlgefährdung zu erkennen und zu handhaben (enges Verständnis) sowie zusätzlich alle Formen psychosozialer Unterstützung von Familien, die darauf abzielen, einem Entstehen von Kindeswohlgefährdung entgegenzuwirken (weites Verständnis) (vgl. Kindler 2013, 15ff.).

Zwischen Prävention und Intervention: Handlungsebenen im Kinderschutz

Ein qualifizierter Kinderschutz besteht nicht nur aus Interventionsstrategien (Gebote und Verbote, Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII, Sorgerechtsentzüge nach § 1666 BGB o. ä.) für die Fälle, in denen das Kindeswohl nicht (mehr) gewährleis-

tet, d. h. die Schwelle zur Kindeswohlgefährdung überschritten, ist. Im Sinne einer Kinder- und Jugendhilfe, die nur in ihrer Vielfalt und Unterschiedlichkeit an Angeboten und Unterstützungsmaßnahmen wirken kann, beginnt Kinderschutz vielmehr bereits bei der Unterstützung aller Familien zur Wahrnehmung ihrer Elternverantwortung (vgl. Abbildung 1).

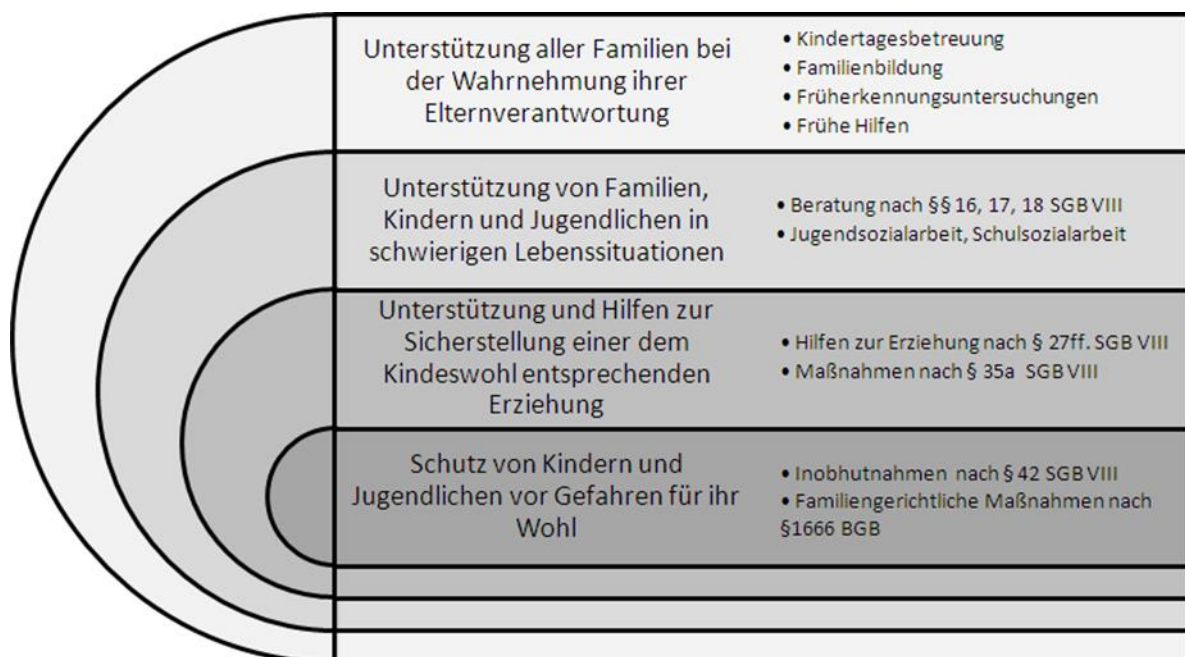


Abbildung 1 Handlungsebenen im Kinderschutz (eigene Darstellung)

Hierzu stehen unterschiedliche Angebote im Bereich der Kindertagesbetreuung und Familienbildung, pädiatrische Früherkennungsuntersuchungen sowie Frühe Hilfen zur Verfügung. Gefolgt wird hierbei dem weiter oben genannten „extensiven“ Kinderschutzbegriff.

Benötigt eine Familie Unterstützung in schwierigen oder belastenden Lebenssituationen, können Beratungen in Fragen der Erziehung (§§ 16, 28 SGB VIII) oder in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung sowie bei der Ausübung der

Personensorge (§§ 17, 18 SGB VIII) unterstützend wirken. Maßnahmen der Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit richten sich gezielt an junge Menschen, die aufgrund sozialer Benachteiligung und/oder individueller Beeinträchtigung in erhöhtem Maße auf Hilfe angewiesen sind.

Wenn im Einzelfall ohne eine sozialpädagogische Hilfe eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung nicht mehr gewährleistet werden kann und eine erzieherische Hilfe „geeignet“ und „notwendig“ ist, haben die Eltern

einen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung gem. § 27 Abs. 2 SGB VIII oder können Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII in Anspruch nehmen (vgl. Münder et al. 2006, 383).

Vor dem Hintergrund der emotional und teils unsachlich geführten Debatten zum Kinderschutz sollte nicht übersehen werden, dass die überwiegende Mehrheit der Familien ohne familiengerichtliche Intervention zur Mitarbeit gewonnen werden kann. Insofern scheint es der Kinder- und Jugendhilfe in aller Regel zu gelingen, ihren Schutzauftrag mittels bedarfsgerechter Hilfen wahrzunehmen.

Umgekehrt zeigt sich aber auch, dass immer mehr Hilfen zur Erziehung notwendig und gleichzeitig immer mehr Fälle im Grenzbereich der Kindeswohlgefährdung verortet sind. In diesem Zusammenhang suchen die Fachkräfte nach fachlich adäquaten und gegebenenfalls eingriffsintensiveren Lösungen (vgl. MIFKJF 2014). In einigen Fällen werden Eingriffe in die Elternverantwortung notwendig. Neben der Anrufung des Familiengerichts stehen den Jugendämtern hierzu Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII zur Verfügung. Diese Maßnahmen der Krisenintervention machen jedoch nur die „Spitze des Eisbergs“ im Kinderschutz und in der Kinder- und Jugendhilfe aus (vgl. Schrapper 2008). Dabei ist die Jugendamtsarbeit immer gekennzeichnet vom fachlich verantwortungsvollen Umgang mit der für professionelles Handeln konstitutiven Ambivalenz von Hilfe und Kontrolle. Ein zu

frühes Eingreifen in die Elternrechte oder unzureichende Begründungen für ein Verletzen der Privatsphäre durch Kontrollbesuche oder insistierende Nachfragen, lassen das Jugendamt schnell als verantwortungslose „Kinder-Klau-Bürokratie“ erscheinen. Umgekehrt müssen sich die Jugendämter verantworten, wenn zu spät interveniert wird und ein Kind zu Schaden kommt.

Der Wandel familialer Lebenswelten als gesamtgesellschaftlicher Hintergrund

In keinem anderen Arbeitsfeld bilden sich Lebenslagen von Familien stärker ab als in der Kinder- und Jugendhilfe. Ob Eltern bzw. Personensorgeberechtigte in der Lage sind, ohne staatliche Hilfe und Unterstützung ihre Kinder zu erziehen und den Schutz der jungen Menschen angemessen sicherzustellen, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab: Familien in Armutslagen verfügen über deutlich weniger materielle Ressourcen, um ihren Kindern Förderung, erlebnisreiche Umwelten und kulturelle Bildung zukommen zu lassen. Materielle Armut in Kombination mit körperlichen und/oder psychischen Erkrankungen kann zu Überforderung führen, wenn kaum monetäre Spielräume zur Verfügung stehen, um Unterstützungsmöglichkeiten selbst zu organisieren.

Zudem steht ein wachsender Bedarf an staatlicher Unterstützung in engem Zusammenhang mit der Veränderung von

Familie. Familienformen und -konstellationen pluralisieren sich in modernen Gesellschaften (vgl. Gerlach 2010). Ein-Eltern-Familien verfügen über weniger materielle und oft auch soziale Ressourcen als Zwei-Eltern-Familien. Bei Trennungen und Scheidungen handelt es sich meist um kritische Lebensereignisse, die auch das Erziehungsgeschehen nachhaltig beeinflussen können und die bewältigt werden müssen. Suchterkrankungen, psychische Erkrankungen oder körperliche Beeinträchtigungen von Eltern und/oder Kindern, Bildungsbenachteiligungen oder kritische Lebensereignisse können ebenso zu Überforderungen, unangemessenen oder gar schädigenden Erziehungshandlungen führen. Allerdings darf hier kein Kausalzusammenhang unterstellt werden: Weder Armut, das Merkmal alleinerziehend noch eine psychische Erkrankung bedingen per se schwierige erzieherische Verhältnisse. Je nach Fall können protektive Faktoren negative Ereignisse und Umstände kompensieren und abwenden (vgl. hierzu die vielfältigen Befunde aus der Resilienzforschung).

Hieraus leitet sich die Bedeutung einer bedarfsgerecht ausgestatteten Regelstruktur in der Kinder- und Jugendhilfe ab, die zunächst für alle Kinder gute Startchancen ins Leben sichert und die Folgen von Benachteiligungen verringern oder verhindern soll. Insofern hängt der Bedarf an einzelfallbezogenen und eingriffsintensiven Erziehungshilfen sowie Interventionen

zur Sicherung des Wohlergehens von Kindern und Jugendlichen auch davon ab, ob und wie die Regelstrukturen von der Kindertagesstätte bis hin zur Schulsozialarbeit und der Jugendarbeit in einer Kommune ausgestattet und ausgestaltet sind.

Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung – zwei Seiten einer Medaille

Ein verbesserter Kinderschutz wirkt sich auch auf die Fallzahlen im Bereich der Hilfen zur Erziehung und den damit verbundenen Ausgaben aus. So führt dieser auch dazu, dass gegebenenfalls mehr Hilfebedarf früher sichtbar wird. Im Rahmen der Integrierten Berichterstattung über die Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz wurde dieser Effekt in den vergangenen Jahren als „Sogwirkung“ beschrieben. In den 2000er Jahren – insbesondere bis 2010 – waren kontinuierlich steigende Inanspruchnahmequoten der Hilfen zur Erziehung zu beobachten. Nach zwischenzeitlicher Konsolidierung auf hohem Niveau war erstmalig für 2018 und auch wieder für ein deutlicher Fallzahlenanstieg zu beobachten – ähnlich wie die Entwicklung der Kinderschutzverdachtsmeldungen bzw. Gefährdungseinschätzungen (vgl. Kap. 4). Für die in den letzten Jahren steigenden Zahlen liegt es nahe, die Auswirkungen der öffentlichen und medialen Kinderschutzdebatte der letzten Jahre als (weiteres) Erklärungsmoment heranzuziehen (höhere Sensibilität in der Öffentlichkeit und ein Ansteigen von Kinderschutzverdachtsmeldungen) (vgl. Abbildung 2).

So zeigen die Daten der vergangenen Jahre, dass die ansteigende Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung von ei-

nem Anstieg der Kinderschutzverdachtsmeldungen und der Anzahl der Inobhuthnahmen (§ 42 SGB VIII) begleitet war (vgl. ism gGmbH 2020a; 2021b; MFFJIV 2019).

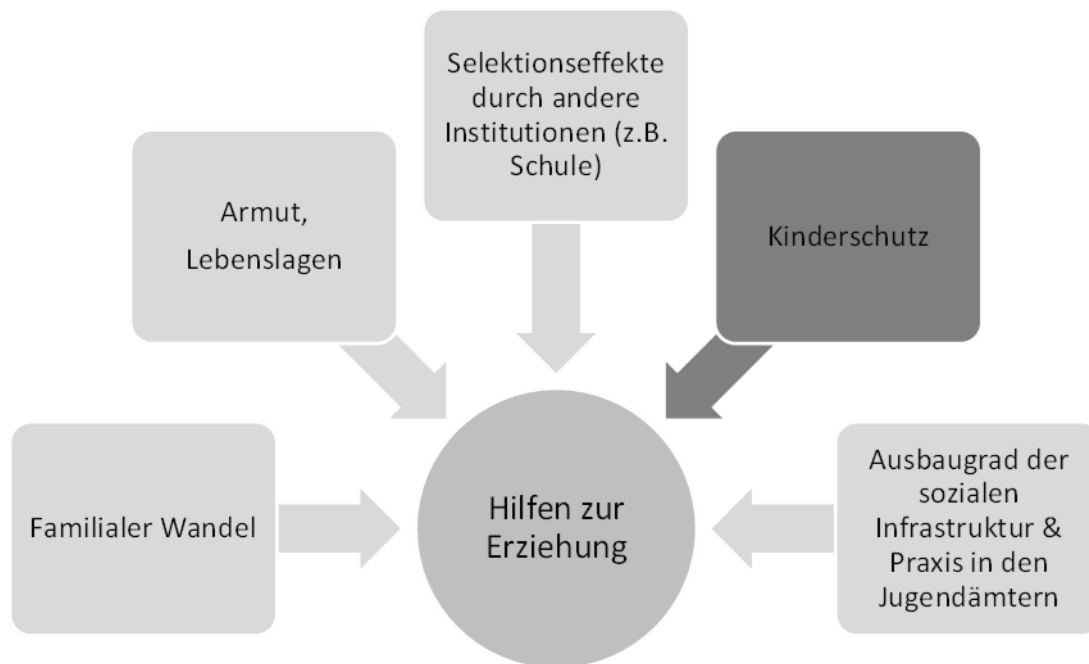


Abbildung 2 Einflussfaktoren auf den Bedarf und die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung

Die „§ 8a Statistik“ als Beitrag zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz „vor Ort“

Die Erhebung zu den Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII wird zunehmend als Instrument der Qualitätsentwicklung in den einzelnen Jugendämtern betrachtet.

Durch das Monitoring der „§ 8a-Statistik“ ergeben sich Chancen für die konkrete Evaluation und Weiterentwicklung der Arbeit vor Ort in den Kommunen. Zentral ist dabei der Dialog: Zur Interpretation der Befunde können die Daten in den Jugendämtern besprochen, diskutiert und hinsichtlich der je spezifischen Ausgangslage

und Situation innerhalb der Stadt oder des Landkreises ausgewertet werden. Eine Bewertung im Sinne "guter" oder "schlechter" Arbeit in den Jugendämtern soll und kann an dieser Stelle nicht vorgenommen werden. Die in den einzelnen Profilen berichteten Daten dienen der Schaffung einer systematischen Wissensbasis als Grundlage für eine weitere vertiefende Analyse in der Fachpraxis und können Anstoß für eine fachliche Weiterentwicklung sein.

In diesem Sinne kann die Erhebung der Gefährdungsmeldungen als „Instrument der Qualitätsentwicklung im kommunalen

Kinderschutz“ und damit als Teil der aktuellen „Qualitätsdiskussion“ im Kinderschutz angesehen werden: In der Folge der öffentlichen Kinderschutzdebatte kamen in den letzten Jahren Bemühungen rund um das Thema Qualitätsentwicklung und -sicherung im Kinderschutz in Gang, die bislang ganz verschiedene Ebenen und Bereiche des Kinderschutzes betreffen². Kontrovers diskutiert wurde und wird in diesem Zusammenhang auch die Einführung von Falldokumentationen. So werden zusätzliche Dokumentationsaufgaben in der Praxis oftmals als zeitaufwendig und ressourcenverschlingend empfunden. Es wird der Vorwurf geäußert, dass aufgrund der Bürokratie weniger Zeit bleibe, um mit den Familien zu arbeiten. Gleichzeitig haben die zuvor genannten Entwicklungen zu einer breiten Sensibilisierung gegenüber dem Thema der Kindeswohlgefährdung geführt, die sich insbesondere in einem geänderten Meldeverhalten äußern. Der durchaus gewollte Effekt der gesteigerten öffentlichen Sensibilität für Not- und Problemlagen von jungen Menschen führt folglich zu einer deutlichen Zunahme der Arbeitsbelastung in den Jugendämtern.

² So betrifft ein Diskussionsstrang die Kompetenzen und Qualifizierungsbedarfe der Fachkräfte, die als „die wichtigste Ressource im Kinderschutz“ (NZFH 2013, 22) gelten, woraus sich Forderungen nach neuen, „attraktiven“ Fortbildungsangeboten ableiten, die auf die Vermittlung von Wissen und Stärkung der Selbstreflexionsfähigkeit setzen, über das bloße case management hinaus aber auch Fertigkeiten in Moderation und Kommunikation vermitteln, die nicht ohne weiteres vorauszusetzen sind, im „lebendigen System“ Kinderschutz jedoch dringend benötigt werden (vgl. Wolff et al. 2013, 15). Weitere Aspekte von Qualitätsentwicklung betreffen z.B. den migrations-sensiblen Umgang mit Kinderschutzfragen (vgl. Jagusch et al. 2012, Projekt "Migrationssensibler Kinderschutz"); Risikomuster in der Fallbearbeitung (vgl. MIFKJF 2012, Projekt

Die jährliche Aufbereitung der Daten in Form von Profilen für alle sich beteiligenden Jugendämter kann dazu genutzt werden, die Kinderschutzarbeit vor Ort fachlich adäquat weiterzuentwickeln. Dies betrifft zunächst das systematische Wissen um Meldepraxen und fachliche Handlungsabläufe, um Unsicherheiten und Schwachstellen frühzeitig identifizieren und entsprechend bearbeiten zu können. Darunter fallen beispielsweise Informationen über die meldenden Personen und Institutionen, die im jeweiligen Fall zugrundeliegenden Problemlagen und Ressourcen, die jeweiligen fachlichen Reaktionen und damit verbundenen Zeitabläufe usw. Anhand dieser Informationen lassen sich in einem nächsten Schritt die sich (quantitativ wie qualitativ) ändernden Anforderungen an die Fachkräfte in den ASDs herauskristallisieren, welche wiederum Grundlage für weitere Entwicklungs- und Planungsschritte im Bereich der Personalplanung und Qualifikationsentwicklung sind.

Die berichteten Daten schaffen in Rheinland-Pfalz eine Grundlage und sind die Voraussetzung, um durch systematische

"Qualitätsentwicklung für den Kinderschutz in Jugendämtern in Rheinland-Pfalz"), oder Rechtssicherheit im Handlungsfeld, Organisationsstrukturen und professionelles Handeln im Kinderschutz (Projekt "Individuelle Ressourcen und professionelle Unterstützung bei der Bewältigung von Systemumbrüchen", vgl. NZFH 2013; hier findet sich auch eine Übersicht zu weiteren Projekten). Neben Risiko- und Fehlerforschung wird auch über Standards und Indikatoren für Qualität diskutiert (vgl. Kindler 2013) sowie über Instrumente für die Fachpraxis, die den schwierigen Prozess der Gefährdungseinschätzung erleichtern bzw. standardisieren können (vgl. für einen Überblick Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf 2010). Zusammenfassend vgl. NZFH 2018.

Kenntnis der fachlichen Praxis im Umgang mit Gefährdungsmeldungen nach § 8a SGB VIII Weiterentwicklungs- und Qualifizierungsbedarf auf Landesebene sowie für einzelne Kommunen aufzuzeigen.

Daneben bietet das Monitoring und die damit vorhandene systematische Wissensbasis über das Meldeverhalten der Bevölkerung sowie den Umgang mit Gefährdungsmeldungen in der Praxis der Jugendämter die Chance, aktuelle Entwicklungen zu rahmen, so z.B. Entwicklungen im Kinderschutz während der Coronapandemie. Gerade zu Beginn der Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen im öffentlichen Leben war die Verunsicherung groß, welche Folgen Schließungen von Schulen, Kitas, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und weiterer Institutionen sowie das „Herunterfahren“ des gesellschaftlichen Lebens insgesamt für den Kinderschutz haben würden. Dem hohen medialen und gesellschaftlichen Interesse stand eine unklare Datenlage gegenüber. Im Vordergrund stand dabei die Befürchtung, dass durch fehlende öffentliche Orte und Institutionen (z.B. Kita, Schule, Jugendzentren, Beratungsstellen) sich die Möglichkeiten verringern würden, Gefährdungen zu entdecken und abzuwenden. Zusätzlich stand die Hypothese im Raum, dass der Lockdown das Risiko für häusliche Gewalt gegen Frauen und Kinder erhöhen könnte. Zu diesem Zeitpunkt gab es kaum Studien oder Daten zu diesen Fragestellungen. An

dieser Stelle konnten und können die Daten aus dem laufenden Monitoring für den Ausschnitt des institutionellen Kinderschutzes zeitnah Antworten geben. So lässt sich die Entwicklung der aktuellen § 8a-Daten differenziert nach Fallzahlen, Melderinnen und Meldern und Aktivitäten der Jugendämter während der Coronapandemie nachzeichnen (vgl. dazu die bisherigen Veröffentlichungen im Rahmen der Zusatzerhebung gem. § 8a SGB VIII unter <https://www.berichtswesen-rlp.de/themen/8a-sgb-viii/zusatzerhebung.html>).

4 Befunde der Untersuchung

Im Berichtsjahr 2020 wurden von den 40 in Rheinland-Pfalz teilnehmenden Jugendämtern 8.832 Gefährdungseinschätzungen dokumentiert. Im Vergleich zum Vorjahr (8.264) zeigt sich eine leichte Steigerung der Fallzahlen um 6,9 %. Damit liegt der Anstieg in Rheinland-Pfalz leicht unter dem bundesweiten Durchschnitt (+9 %) (vgl. Statistisches Bundesamt - Pressemitteilung Nr. 350 vom 21. Juli 2021).

Die Entwicklung der § 8a-Verfahren in Rheinland-Pfalz in den vergangenen zehn Jahren ist in Abbildung 3 dargestellt. Über die Jahre sind stetig steigende Fallzahlen zu sehen. Eine leichte Verringerung der Gesamtzahlen von 2012 auf 2013 stellte sich im Nachhinein als Untererfassung heraus. In Anbetracht dessen relativiert sich auch der überdurchschnittlich hohe Anstieg von 2013 auf 2014.

Im Jahr 2020 setzt sich der Trend der ansteigenden Fallzahlen der letzten Jahre fort. In Rheinland-Pfalz wurden insgesamt knapp 7 % mehr Fälle bearbeitet als im Vorjahr. Im landesweiten Durchschnitt sind demnach bei der Anzahl der Meldungen 2020 keine „Einbrüche“ oder großen Lücken erkennbar, wie dies teils befürchtet wurde (vgl. z.B. Mairhofer et al. 2020) – auch nicht in der Zeit des ersten Lockdowns von Institutionen wie Schule, Kita, Beratungsstellen, Einrichtungen der Jugendarbeit/Kinder- und Jugendhilfe im März und April 2020, die zwangsläufig zu einer Reduktion alltäglicher Kontakte mit

jungen Menschen und ihren Familien geführt hatten.

Diese Befunde verdeutlichen, dass die Arbeitsabläufe und -strukturen auch in der Pandemiezeit aufrechterhalten werden konnten. Kommunikations-, Netzwerk- und Kooperationsstrukturen im Kinderschutz scheinen weiterhin funktioniert zu haben und/oder alternative Strukturen wurden erschlossen und genutzt.

Mit Blick auf die Entwicklung in der vergangenen Dekade zeigt sich, dass die Fallzahlen in den letzten Jahren zwar nicht mehr so stark anstiegen wie in den ersten Jahren der Erhebung. Dennoch lässt sich weiterhin eine konstante Steigerung feststellen. Neben einer zunehmenden Sensibilisierung der Bevölkerung für den Kinderschutz, die zu einem erhöhten Meldeverhalten von Personen und Institutionen führt, können im Jahr 2020 auch die pandemiebedingten Belastungen von Familien infolge der Lockdowns und der Kontaktbeschränkungen als möglicher Grund für die Zunahme genannt werden. Zahlreiche Studien berichten über die Zunahme an psychischen Belastungen und einer Verringerung der Lebensqualität durch die Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen ebenso wie bei Eltern (vgl. z.B. Andresen et al. 2020, Ravens-Sieberer et al. 2021, Langmeyer et al. 2020). Demnach nehmen Streitigkeiten in den Familien zu, die auch häufiger eskalieren. Fehlende Möglichkeiten des Ausgleichs durch den Wegfall von Freizeitangeboten, Sorgen um Jobverlust sowie Überlastungen

im Alltag - auch durch Homeschooling der Kinder - führen zu einem erhöhten Risiko für Stresssituationen in der Familie. Zusätzlich ist die Verfügbarkeit von Hilfs- und Unterstützungsangeboten eingeschränkt. Entsprechend steigt in dieser Krisenzeit auch das Risiko von Kindesmissbrauch und Vernachlässigung (vgl. Ravens-Sieberer et al. 2021; Deutscher Kinderschutzbund 2020). Eine Entwicklung, die es weiter im Blick zu behalten gilt. Ein gezieltes Monitoring der § 8a-Mitteilungen erweist sich vor diesem Hintergrund einmal mehr als bedeutsam.

Die Anzahl der § 8a-Mitteilungen („Gefährdungsmeldungen“) an ein Jugendamt wird nicht erfasst, sondern die auf eine Meldung folgenden einzelnen § 8a-Verfahren bzw. Gefährdungseinschätzungen. Da sich Meldungen häufig auf mehrere minderjährige Kinder in den Haushalten beziehen, können sich mehrere Fälle (Gefährdungseinschätzungen) auf die gleiche Meldung beziehen, die dann entsprechend der Anzahl der betroffenen Kinder mehrere Verfahren auslöst. So fällt auch die Anzahl der Meldungen niedriger aus als die Anzahl der dokumentierten Gefährdungseinschätzungen.

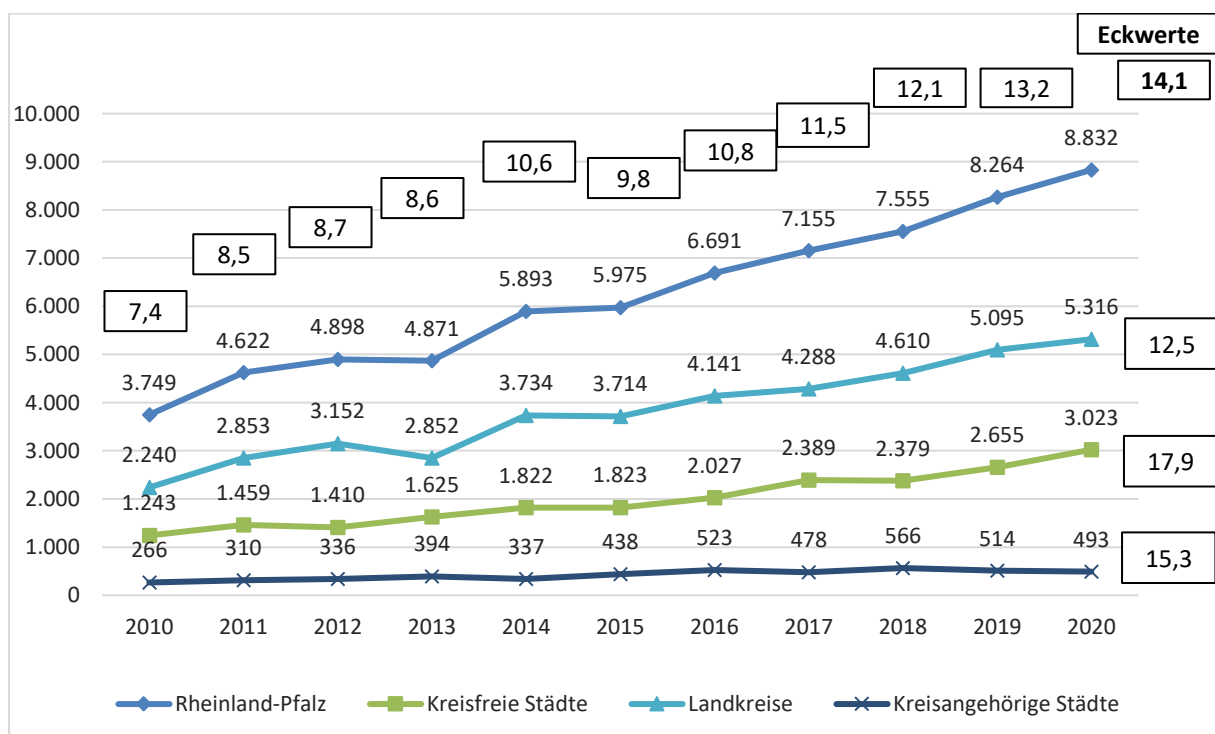


Abbildung 3 Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII in den Jahren 2010 bis 2020³

³ Beim Vergleich der absoluten Zahlen ist zu bedenken, dass in den verschiedenen Erhebungsjahren Daten von

einzelnen Jugendämtern fehlen: 2010 waren 36 Jugendämter beteiligt, 2011 bis 2014: 37; ab 2015: 40 Jugendämter (ohne Westerwaldkreis).

Die Eckwerte der Bevölkerungszahlen der unter 18-Jährigen in Rheinland-Pfalz in den beteiligten Jugendamtsbezirken können den weißen Textfeldern in der Abbildung entnommen werden. Es ergibt sich in Rheinland-Pfalz für 2020 ein Eckwert von 14,1 für die Bevölkerungsgruppe der unter 18-Jährigen. Das bedeutet, dass rund 14 von 1.000 Kindern und Jugendlichen dieser Altersgruppe in Rheinland-Pfalz im Jahr 2020 von einer Gefährdungseinschätzung infolge einer Kinderschutzverdachtsmeldung betroffen waren. In den kreisfreien Städten fiel dieser Eckwert mit 17,9 Eckwertpunkten am höchsten aus, gefolgt von den kreisangehörigen Städten mit 15,3. In den Landkreisen war er mit 12,5 Eckwertpunkten am niedrigsten. Im gesamten Zeitraum von 2010 bis 2020 zeigt sich ein deutlicher Anstieg des Eckwertes von 7,4 auf 14,1 (um 90,5 %).

4.1 Meldungskontext

Der folgende Abschnitt stellt die Ergebnisse zum Meldungskontext zusammen. Es wird dabei zunächst auf Personen und Institutionen, die durch ihre „§ 8a-Meldung“ ein § 8a Verfahren bzw. eine Gefährdungseinschätzung auslösen, eingegangen. Es folgen Angaben zur Bekanntheit der betroffenen Familie im Jugendamt sowie Informationen dazu, ob sich die Familien zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung bereits im Hilfebezug befanden und welche Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Anspruch genommen wurden.

Meldende nach § 8a SGB VIII in Rheinland-Pfalz 2020

Das Kinderschutzsystem in Deutschland ist eine Kooperations- und Vernetzungsstruktur, die aus zahlreichen gesellschaftlichen Akteur:innen besteht, die beruflich in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen. Eine Mitteilung über den Verdacht einer Gefährdung des Kindeswohls an das zuständige Jugendamt kann von unterschiedlichen Institutionen und Personen ausgehen. Das Verfahren nach § 8a SGB VIII wird mit Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte eröffnet. Fragen nach einer Abstimmung und Verzahnung der Verfahren sowie dem Umgang mit sensiblen personenbezogenen Daten rücken im Rahmen der bestehenden Kooperationsbeziehungen zwischen den beteiligten Akteur:innen und Systemen immer wieder in den Fokus.

Die Meldestruktur im Jahr 2020 ist durch die pandemiebedingten Kontaktbeschränkungen und die vorübergehenden Schließungen von Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Schulen und Kindertagesstätten von besonderer Relevanz.

Betrachtet man die meldenden Personen und Institutionen in Rheinland-Pfalz, wird zunächst ersichtlich, dass sich der Trend einer wachsenden Bedeutung der Meldegruppe Polizei, Gericht, Staatsanwaltschaft weiter fortsetzt (vgl. Abbildung 4). Ging im Jahr 2015 noch etwa jede fünfte (22,3 %) Gefährdungseinschätzung auf Akteur:innen dieser Gruppe zurück, trifft dies im Jahr 2020 bereits auf knapp jede

dritte (30,3 %) Meldung zu. Dies entspricht in etwa dem bundesweiten Durchschnitt (27%) (vgl. Statistisches Bundesamt 2021). Die in den letzten Jahren aufgebauten Kooperationen mit der Polizei im Kontext häuslicher Gewalt haben sich demnach weiter verstärkt, stabilisiert und etabliert. Zudem kann dies als Hinweis darauf gewertet werden, dass in der Zeit der Corona-Pandemie Polizeieinsätze zeitweise eine „noch wichtigere Rolle beim Entdecken möglicher Kindeswohlgefährdungen einnehmen“ (Mühlmann/Pothmann 2020, 22).

Wie in den Vorjahren so stellen auch im Jahr 2020 Bekannte und Nachbarn mit 12,8 % die zweitgrößte Meldegruppe dar. Ließ sich hier in den vergangenen Jahren ein leichter Rückgang feststellen, verzeichnet diese Gruppe von 2019 auf 2020 wieder einen Zuwachs. Dies spricht für eine anhaltend hohe Sensibilisierung der Bevölkerung für potentielle Gefährdungssituationen und ggf. eine gesonderte Aufmerksamkeit in Zeiten der Pandemie. Eine leicht wachsende Bedeutung lässt sich entsprechend auch bei der Gruppe des erweiterten „sozialen Umfelds“ des von der Gefährdungseinschätzung betroffenen Kindes/Jugendlichen feststellen. Hierzu können neben „Bekanntem/Nachbarn“ zusätzlich Eltern/Personensorgeberechtigte (7,7 %), Verwandte (5,0 %) sowie der junge Mensch selbst (1,8 %) gezählt werden: Insgesamt wurden 27,3 %

aller Meldungen von dieser Gruppe getätigt. Im Jahr 2019 lag der entsprechende Anteil mit 25,6 % etwas niedriger.

Insgesamt 27,0 % der Meldungen stammen von professionalisierten Einrichtungen (Schule, Erziehungshilfen, Gesundheitswesen, Kita, Jugendarbeit). Diese stehen auf verschiedene Weise mit den Kindern und Jugendlichen bzw. deren Eltern in Kontakt. Schulen und Kindertagesstätten sind aufgrund ihrer niedrigschwelligeren Zugangsmöglichkeiten zu Kindern und Jugendlichen sowie ihren Eltern, auch in krisenhaften und möglicherweise konfliktbehafteten Situationen, ein wichtiger Bestandteil und eine wertvolle Ressource eines präventiven Kinderschutzes.

Insbesondere in Kitas besteht ein intensiverer Kontakt zu den (Klein-)Kindern sowie in der Regel auch zu deren Eltern, die ihre Kinder täglich bringen und abholen. Dadurch nehmen Kindertagesstätten eine immer bedeutendere Rolle beim Zugang der Familien zu Angeboten der Familienbildung und der Frühen Hilfen ein und sind ein zentrales präventives Element in der Infrastruktur für Familien.

Entgegen der Erwartung bzw. Befürchtung, dass die Zahl der Meldungen durch die zeitweise Schließung von Schulen und Kindertageseinrichtungen aus diesen Institutionen zurückgehe, zeigen sich hier nur leichte Unterschiede im Vergleich zum Vorjahr. So gehen im Jahr 2020 7,7 % der Gefährdungsmeldungen auf die Institution Schule zurück, 2019 waren dies 8,0 %. Im Bereich der Kindertageseinrichtungen liegt

der Anteil 2020 bei 2,6 % und damit ebenfalls nur leicht unter dem Vergleichswert aus 2019 (3,1 %). Gleichzeitig zeigen differenziertere, unterjährige Analysen, dass in Monaten des Lockdowns andere Meldende aktiv wurden. So gingen in den jeweiligen Monaten der Schließungen von Kitas und Schulen die eingehenden Meldungen aus Schulen etwas zurück (Kita nur leicht), insgesamt meldeten dafür andere Personen (z.B. Eltern, Bekannte/Nachbarn, Verwandte, anonyme Meldungen) und Institutionen (z.B. Einrichtungen der Jugendarbeit/Kinder- und Jugendhilfe) häufiger (vgl. ism gGmbH 2021a, 3).

In 4,3 % aller Gefährdungseinschätzungen stammen die Meldungen aus dem *Gesundheitswesen* (Ärzte und Ärztinnen, Hebammen, Kliniken, Gesundheitsamt und ähnliche Dienste). Damit liegt der Wert auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorjahr (4,7 %). Im Zuge der Diskussion um die Frühen Hilfen und den präventiven Kinderschutz rückte die Gesundheitshilfe mit ihren nicht-stigmatisierenden und niedrigschwelligen Zugängen in den vergangenen Jahren zunehmend in den Fokus (vgl. NZFH 2018). Ihre hohe Bedeutung zeigt sich auch beim Blick auf die Altersgruppen der betroffenen Kinder. So sind 14,3 % aller Meldungen, die unter Einjährige betreffen, auf Akteur:innen aus dem Gesundheitswesen zurückzuführen. Zentrale Akteure hierbei sind niedergelassene Gynäkologinnen und Gynäkologen, Pädiater-

rinnen und Pädiater, Geburts- und Kinderkliniken sowie (Familien-)Hebammen, (Familien-)Gesundheits- und Kinderkrankenschwesterinnen und -pfleger.

Insbesondere in Bezug auf Themen wie Gesundheit, Pflege und Versorgung der Kinder hält diese Personengruppe wichtige Ansprechpartnerinnen und -partner für junge oder werdende Eltern in der Zeit rund um die Geburt bereit. In Rheinland-Pfalz erfolgte seit 2008 der Auf- und Ausbau lokaler Netzwerke Frühe Hilfen und Kinderschutz, deren Ziel eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit von Kinder- und Jugendhilfe mit dem Gesundheitswesen darstellt, sowohl im Bereich des präventiven Kinderschutzes als auch in der gemeinsamen Bearbeitung von Kinderschutzverdachtsfällen (auf Bundesebene vgl. NZFH 2014; für Rheinland-Pfalz die jährlichen Monitoringberichte zur Evaluation des Landeskinderschutzgesetzes). In Bezug auf den Datenschutz wurden im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes klärende Regelungen getroffen. Für die fallbezogene Zusammenarbeit bedarf es darüber hinaus geklärter Verfahren zur Risiko- und Gefährdungseinschätzung sowie abgestimmter Vorgehensweisen zum Anbieten von Hilfen sowie dem Einleiten von Interventionen (vgl. Fegert 2013/2014, 7). In den letzten Jahren gibt es mit Blick auf die Qualifizierung der Fachkräfte im Gesundheitswesen hinsichtlich Fragen des Kinderschutzes vielfältige Initiativen und Projekte (z.B. die Medizinische Kinderschutzhotline, das E-Learning

Programm „Kinderschutz in der Medizin“, Kitteltaschen-Karten für medizinisches Personal zum Vorgehen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung u. ä. vgl.

<https://www.kinderschutzhotline.de/>.

Bei etwas mehr als jeder zehnten Meldung handelt es sich im Jahr 2020 um eine anonyme Meldung (11,3%), der Anteil sonstiger Meldender liegt bei 4,3%.

An welchen Meldungen ist „etwas dran“?

Nicht jede Meldung über den Verdacht einer Kindeswohlgefährdung wird von den Fachkräften im Laufe des Verfahrens als tatsächliche Kindeswohlgefährdung eingeschätzt. Differenziert man die jeweiligen

Meldegruppen nach dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung und geht der Frage nach, an welchen Meldungen tatsächlich etwas „dran“ ist, so zeigen sich Unterschiede: Bei Meldungen von Einrichtungen/Diensten der Jugendhilfe, der Sozialen Dienste/Jugendamt, der Gesundheitsdienste, der Schule und der Selbstmelderinnen und -melder kommen Fachkräfte des Jugendamtes häufiger zum Ergebnis, dass eine (latente) Gefährdung des Kindes oder des Jugendlichen vorliegt. Meldungen von Bekannten/Nachbarn, anonyme Meldungen sowie Meldungen von Polizei/Gericht/Staatsanwaltschaft bleiben häufiger gegenstandslos (ohne Abbildung).

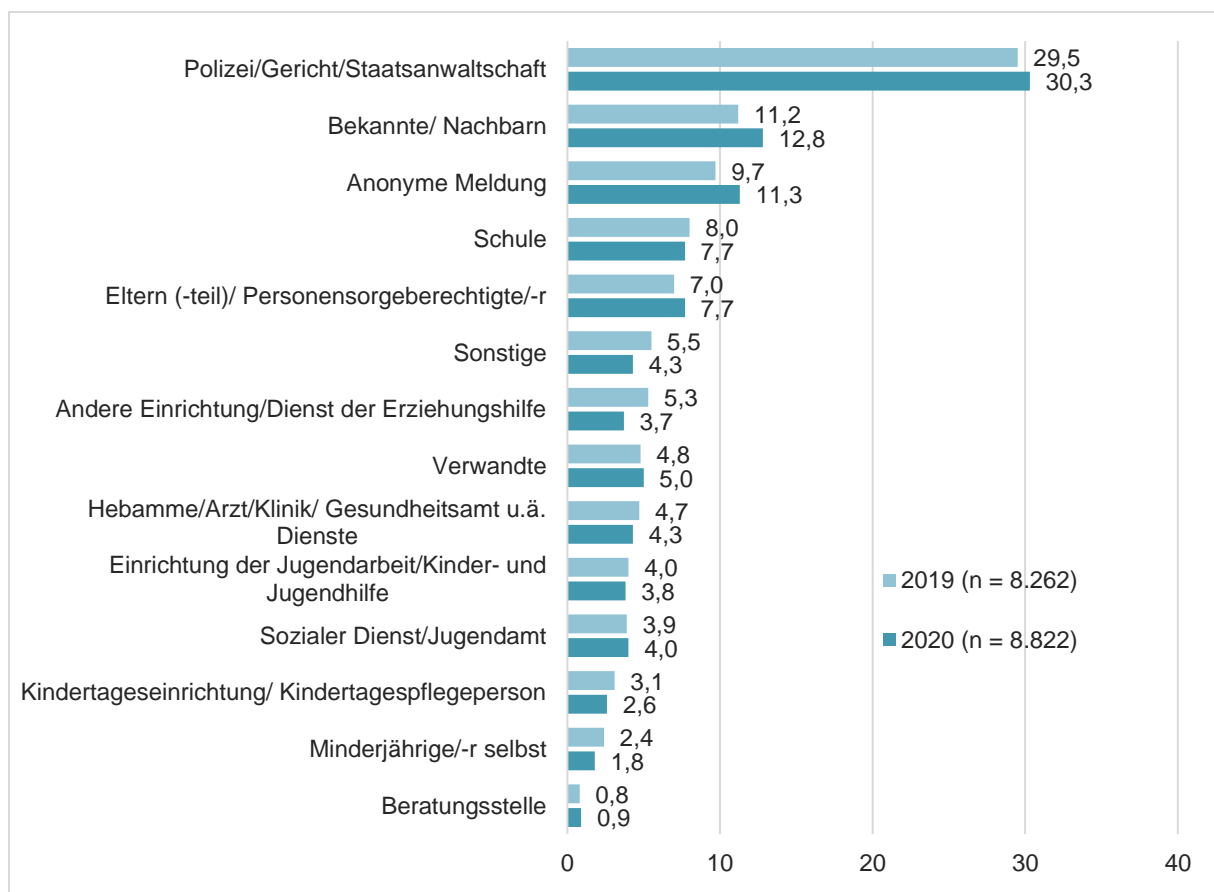


Abbildung 4 Institution oder Person/-en, die die (mögliche) Gefährdung des Kindeswohls bekannt gemacht hat/haben (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Bekanntheit der Familie im Jugendamt⁴

Zusätzlich zu den Erhebungsmerkmalen der Bundesstatistik werden in der Rheinland-Pfalz-Erhebung Angaben darüber erfasst, ob die von einer Gefährdungseinschätzung betroffenen Familien dem Jugendamt bereits bekannt waren, d.h. ob sie in der Vergangenheit bereits vom ASD/Sozialen Dienst beraten wurden. Das Jugendamt ist heutzutage ein grundlegender Bestandteil der sozialen Infrastruktur und befasst sich längst nicht mehr nur mit „Randgruppenfamilien“. Entsprechend hoch liegen auch die Anteile der Familien, die dem Jugendamt zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung bereits bekannt waren. Seit dem Erhebungsjahr 2010 ist dieser Anteil nahezu unverändert geblieben und liegt bei knapp zwei Dritteln der Familien (vgl. Abbildung 5). Auch im Jahr 2020 waren dem Jugendamt 61,9 % der betroffenen Familien bereits bekannt. Die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe stellt Familien ein breites Spektrum an ganz unterschiedlichen Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfeleistungen sowie Regelstrukturangeboten im Rahmen von Kindertagesbetreuungen oder der Jugendarbeit zur Verfügung. So

kann es durchaus vorkommen, dass in Familien, die dem Jugendamt bereits bekannt sind, Verdachtsmeldungen auftreten, ohne dass im Rahmen vorheriger Kontakte eine Gefährdung im Raum stand. Des Weiteren betreuen die Fachkräfte aber auch Familien, die im Kontext des Kinderschutzes schon in Kontakt mit dem Jugendamt gekommen sind und bei denen eine Gefahr für das Wohl des Kindes durch die Einleitung geeigneter Hilfen zunächst abgewendet werden konnte. Für die Weiterentwicklung gezielter Präventionsansätze im Jugendamt liefern diese Erkenntnisse wichtige Ansatzpunkte (vgl. Müller et al. 2012). Möglicherweise kann der Befund auch als kritischer Hinweis auf eine Hilfestützungspraxis verstanden werden, die auf nur kurze Hilfelaufzeiten setzt, da die Jugendämter im Kontext steigender Fallzahlen und steigender Kosten stark unter Druck stehen. Um Familien in prekären und risikobehafteten Lebenssituationen adäquat begleiten und unterstützen zu können, sind neben fachlichem Know-how der Fachkräfte im ASD auch gute Rahmenbedingungen für die anspruchsvolle Kinderschutzarbeit notwendig.

⁴ Diese Variable wird ausschließlich in Rheinland-Pfalz erhoben.

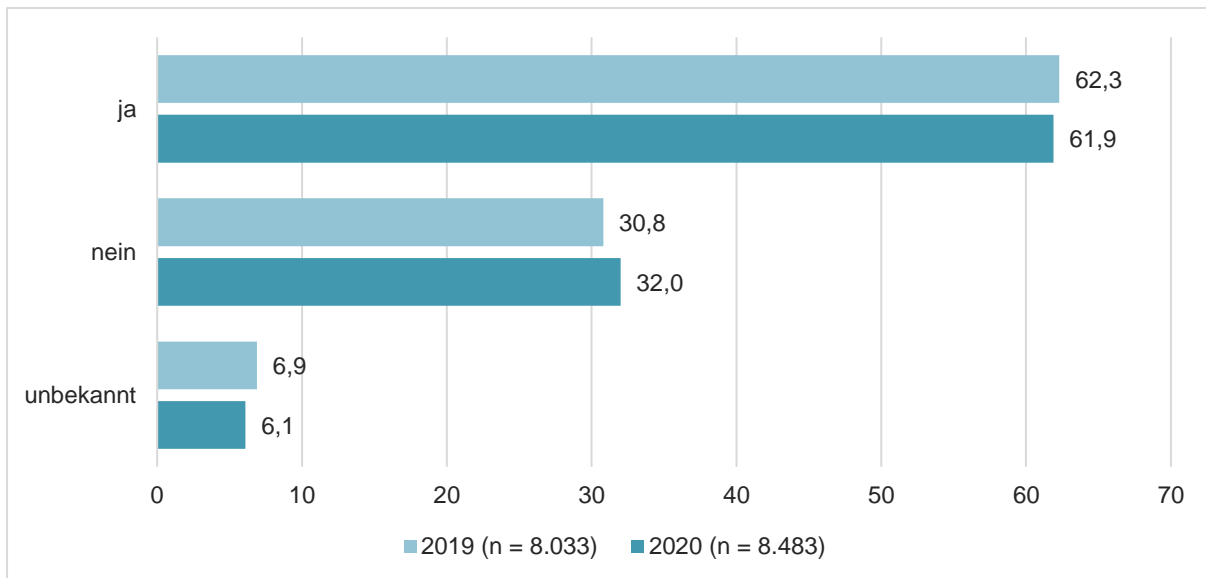


Abbildung 5 „Wurde die Familie in der Vergangenheit bereits durch den ASD/Sozialen Dienst des Jugendamtes beraten?“ (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Hilfebezug der Familie zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung⁵

Zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung bezogen 41,9 % im Jahr 2020 bereits Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe (Leistungen und Unterstützungen nach §§ 16-18, 19, 27-35, 35a, 42 SGB VIII) und waren dem Jugendamt demnach zum Meldungszeitpunkt des Verdachts einer Kindeswohlgefährdung schon bekannt. Bei diesen Familien bestätigte sich der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung deutlich häufiger als bei Familien, die zuvor keine Leistung erhalten hatten. Entsprechend unterstreichen die Befunde die Bedeutung von Meldungen aus laufenden Hilfen heraus.

Um sichtbar zu machen, welche konkreten Hilfen in Anspruch genommen wurden,

werden in Rheinland-Pfalz neben den globalen Kategorien der bundesweiten Statistik, die eine Vielzahl verschiedener Hilfen zusammenfassen (z. B. unter „ambulante Hilfen“), zusätzlich differenziertere Antwortmöglichkeiten erhoben (vgl. Abbildung 6). Bei den zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung erbrachten Leistungen handelt es sich überwiegend um niedrigschwellige Unterstützungsangebote (19,8 %) und ambulante Hilfeformen (20,5 %). Etwa jede sechste Familie (16,4 %) hat formlose Beratungen (§ 16 SGB VIII) und /oder eine Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII) (16,4 %) in Anspruch genommen. In 4,8 % der Fälle erfolgte eine Trennungs- und Scheidungsberatung nach § 17 bzw. § 18 SGB VIII (vgl. Abbildung 6).

⁵ In der Bundesstatistik werden ausschließlich übergeordnete Hilfekategorien erhoben. Zusätzlich werden in Rheinland-Pfalz die einzelnen Hilfearten erfasst, um ein detaillierteres Bild der Hilfestellung zu erhalten.

Damit die Verfahren für alle Beteiligten transparent gestaltet und in enger Abstimmung eine gemeinsame Einschätzung der jeweiligen Situation getroffen werden kann, ist eine enge Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe mit klarer Rollenverteilung wichtig. Die Vorgehensweisen im Rahmen des § 8a SGB VIII sind daher in Kooperationsvereinbarungen zwischen öffentlichen und freien Trägern festzuhalten. Wenn die Bewertungen des öffentlichen und des freien Trägers voneinander abweichen, beispielsweise

hinsichtlich der Frage, ob der Schutz des Kindes oder die Unterstützung der Familie im Vordergrund stehen soll, kann die Zusammenarbeit in einzelnen Fällen belastet werden (vgl. Schrapper 2008). Eine zufriedenstellende Klärung sowohl im Sinne des Kindes als auch im Sinne der Familie zu erreichen, muss bei der Entwicklung der Verfahren im Vordergrund stehen.

Die Summe der angegebenen Werte in der folgenden Abbildung kann über 100 % ergeben, da Mehrfachnennungen möglich sind.

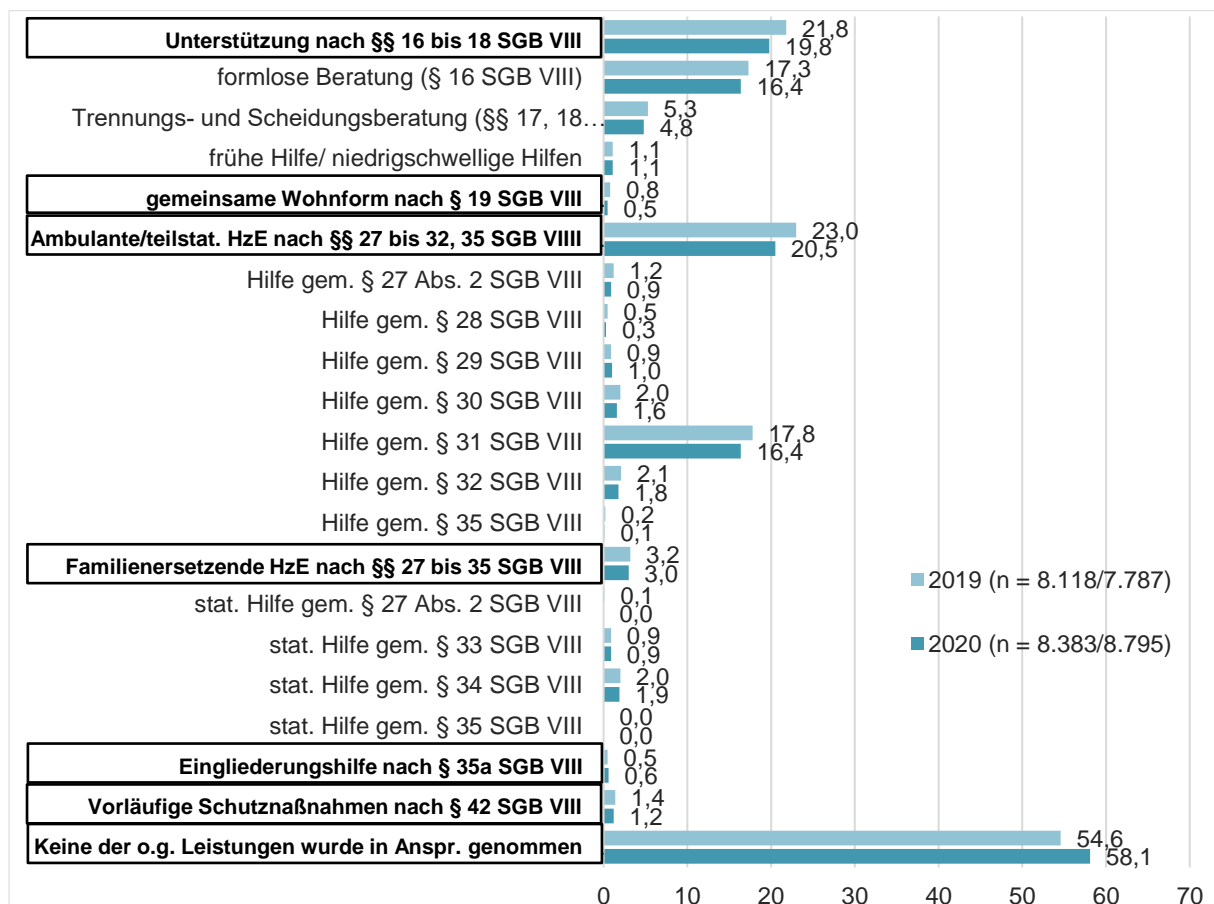


Abbildung 6 Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung (Angaben in Prozent, n =Oberkategorien/differenzierte Hilfen, 2019 und 2020)

Meldungskontext – Die Ergebnisse im Überblick

- Im Berichtsjahr 2020 gehen die meisten Gefährdungseinschätzungen – wie in den Vorjahren auch – auf Meldungen von Polizei/Gericht/Staatsanwaltschaft zurück. Die zweitgrößte Meldegruppe bilden Bekannte/Nachbarn, mehr als jede zehnte Meldung erfolgt anonym.
- Schulen meldeten ebenso häufig wie Eltern/ein Elternteil/Personensorgeberechtigte den Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung.
- Die Meldegruppe aus dem Gesundheitswesen spielt insbesondere bei Meldungen, die unter Einjährige betreffen, eine große Rolle.
- Handlungsbedarf aufgrund einer (latenten) Kindeswohlgefährdung resultiert vor allem aus Meldungen von Einrichtungen/Diensten der Jugendhilfe, den Sozialen Diensten/Jugendamt, den Gesundheitsdiensten, der Schule und den jungen Menschen selbst. Meldungen von Bekannten/Nachbarn, Verwandten sowie anonyme Meldungen bleiben vergleichsweise häufig gegenstandlos.
- In knapp 62 % der Gefährdungseinschätzungen waren die Familien bereits durch den ASD/Sozialen Dienst des Jugendamtes beraten worden. Bei diesen Familien bestätigte sich

der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung vergleichsweise häufiger als bei Familien, zu denen zuvor kein Kontakt bestanden hatte.

- Knapp 42 % der von einer Gefährdungseinschätzung betroffenen Familien erhielten zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Am häufigsten handelt es sich hierbei um Unterstützung nach §§ 16 bis 18 SGB VIII sowie ambulante/teilstationäre Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 bis 32, 35 SGB VIII. Auch hier zeigt sich, dass sich der Verdacht auf eine (latente) Kindeswohlgefährdung bei den Familien im aktuellen Hilfebezug überproportional häufig bestätigt.

4.2 Gefährdungseinschätzung

Fachliche Schritte zur Ersteinschätzung der Situation und Reaktionszeit⁶

Das diagnostische Vorgehen im Rahmen einer Gefährdungseinschätzung nach § 8a SGB VIII stellt eine sehr anspruchsvolle und komplexe Aufgabe dar. Die Jugendämter orientieren sich nach Eingang einer Meldung an einem (zumeist) standardisierten Vorgehen. Neben der Informationseinholung gilt es je nach Meldung und Kontext auch möglichst schnell persönlichen Kontakt zum Kind bzw. zu der Familie aufzunehmen – in der Regel in

⁶ Diese Variable wird ausschließlich in Rheinland-Pfalz erhoben.

Form eines Hausbesuchs. Unter Berücksichtigung aller relevanten Informationen erfolgt eingangs eine methodisch strukturierte Risiko- bzw. Gefährdungseinschätzung durch mehrere Fachkräfte. Das Resultat der Einschätzung ist grundlegend für die Entscheidung über und die Einleitung weiterer fachlicher Schritte.

Die erforderlichen verschiedenen fachlichen Schritte, die im Zeitraum bis zum Abschluss der Gefährdungseinschätzung erfolgten (hierbei sind Mehrfachnennungen möglich) werden ausschließlich in Rheinland-Pfalz erhoben und geben einen guten Überblick über das standardisierte Vorgehen.

In § 8a SGB VIII ist festgelegt, dass die Fachkräfte berechtigt und sogar verpflichtet sind, im Rahmen einer Kindeswohlverdachtsmeldung die Wahrnehmungen, Informationen und „gewichtigen Anhaltspunkte“ mit anderen Fachkräften zu besprechen und zu bewerten (vgl. Meysen 2008: 25). Eine kollegiale Beratung zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos im Rahmen eines strukturierten Vorgehens (79,3 %) und/oder eine Besprechung im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte nach dem 4-Augen-Prinzip (80,9 %) erfolgte 2020 entsprechend in der großen Mehrheit der Fälle.

Um grundlegende Informationen für eine umfassende Gefährdungseinschätzung zu erhalten, kann es notwendig sein, neben der Kontaktaufnahme mit der Familie und dem Kind auch Kontakt zu anderen Beteiligten aufzunehmen. Dies geschah im Jahr

2020 in knapp der Hälfte der Fälle (48,7 %) (vgl. Abbildung 7).

In etwa jedem dritten Fall werden zudem Hausbesuche durchgeführt: In 29,8 % erfolgten angekündigte Hausbesuche, in 30,9 % verliefen die Hausbesuche unangekündigt. Auch die Möglichkeit, die Familie in das jeweilige Jugendamt einzuladen, wurde in mehr als einem Drittel der Fälle genutzt (35,8 %).

In 16,2 % der Fälle wurde das Gespräch mit dem Kind/der Familie außerhalb des Jugendamtes gesucht. Zudem wurden in 15,3 % der Fälle Hilfen im Rahmen des SGB VIII eingeleitet. Bei diesem Merkmal sind Mehrfachnennungen möglich, weshalb die Summe der angegebenen Werte in der Abbildung über 100 % ergeben kann.

Die Fachkräfte schöpfen demnach aus einem breiten Repertoire an fachlichen Handlungsmöglichkeiten, um jeder Meldung professionell nachzugehen. Zusammengefasst erfolgte im Jahr 2020 bei 83,0 % der Meldungen zum Zwecke der Ersteinschätzung ein persönlicher Kontakt mit dem Kind und gegebenenfalls der Familie, unabhängig davon, ob sich später der Verdacht einer Kindeswohlgefährdung erhärtete. Hierzu zählen Hausbesuche, Gespräche im oder außerhalb des Jugendamtes, Inobhutnahmen sowie Kontrollauflagen/Kontrollbesuche durch den ASD. Im Vergleich zum Vorjahr (85,4 %) hat sich dieser Anteil kaum verändert. Entsprechend wurden auch in Zeiten der Corona-Pandemie Wege gefunden, diese

fachlichen Schritte – unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln – regelmäßig durchzuführen. Gleichzeitig wird hier ein hoher Mehraufwand für die Jugendämter sichtbar: So waren Abwägungsprozesse hinsichtlich der Notwendigkeit eines persönlichen Kontaktes oder der Möglichkeiten, modifizierte Formen des Kontaktes – wie z.B. virtuelle, telefonische Kontakte – zu nutzen virulent (vgl. Meysen/Schönecker 2021: 495). Zudem haben „infektionsschutzbedingte Ablaufveränderungen bisherige Verfahrensroutinen aufgebrochen und zu mehr individuell zu treffenden Abwägungen“ geführt.

Schon vor Corona verwiesen die Ergebnisse auf den insgesamt hohen zeitlichen und personellen Aufwand für die Fachkräfte des Jugendamtes, der mit dem Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung und der Durchführung einer Gefährdungseinschätzung einhergeht. Unterschiedliche Studien verweisen darauf, dass sich diese Arbeitsbelastung durch die Corona-Pandemie zusätzlich erhöht hat (vgl. z.B. Meysen/Schönecker 2021, Mairhofer et al. 2020, Müller et al. 2021, Forum Transfer 2021).

Reaktionszeit

Aufgrund der Dokumentation des Datums der Meldung sowie des Datums eines persönlichen Kontaktes ist es im Rahmen der rheinland-pfälzischen Datenerhebung möglich, die Reaktionszeit zu berechnen, d.h. den Zeitraum zwischen dem Eingang der Meldung und der Kontaktaufnahme mit dem Kind (ohne Abbildung) – sofern eine solche stattgefunden hat. Das Ergebnis für 2020 verdeutlicht erneut die hohe zeitliche Belastung der Fachkräfte: In über einem Viertel aller Meldungen (25,2 %) findet bereits am Tag des Meldungseingangs ein persönlicher Kontakt zwischen einer Fachkraft des Jugendamts und dem von der Meldung betroffenen Kind statt. In knapp zwei Drittel der Fälle (61,5 %) findet ein solcher Kontakt innerhalb der ersten Woche statt. Die Daten zeigen, dass die Reaktionszeit bei bestätigten Gefährdungen kürzer ausfällt: So findet der Kontakt bei Verfahren mit dem Ergebnis Kindeswohlgefährdung in 80,1 % der Fälle innerhalb der ersten Woche statt. Bei latenten Kindeswohlgefährdungen liegt der entsprechende Wert bei rund 65 % und somit ebenfalls leicht über dem entsprechenden Anteil aller Fälle. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Reaktionszeit der Jugendämter kaum verändert. Auch während der Pandemie waren die Jugendämter in der Lage, schnell zu reagieren.

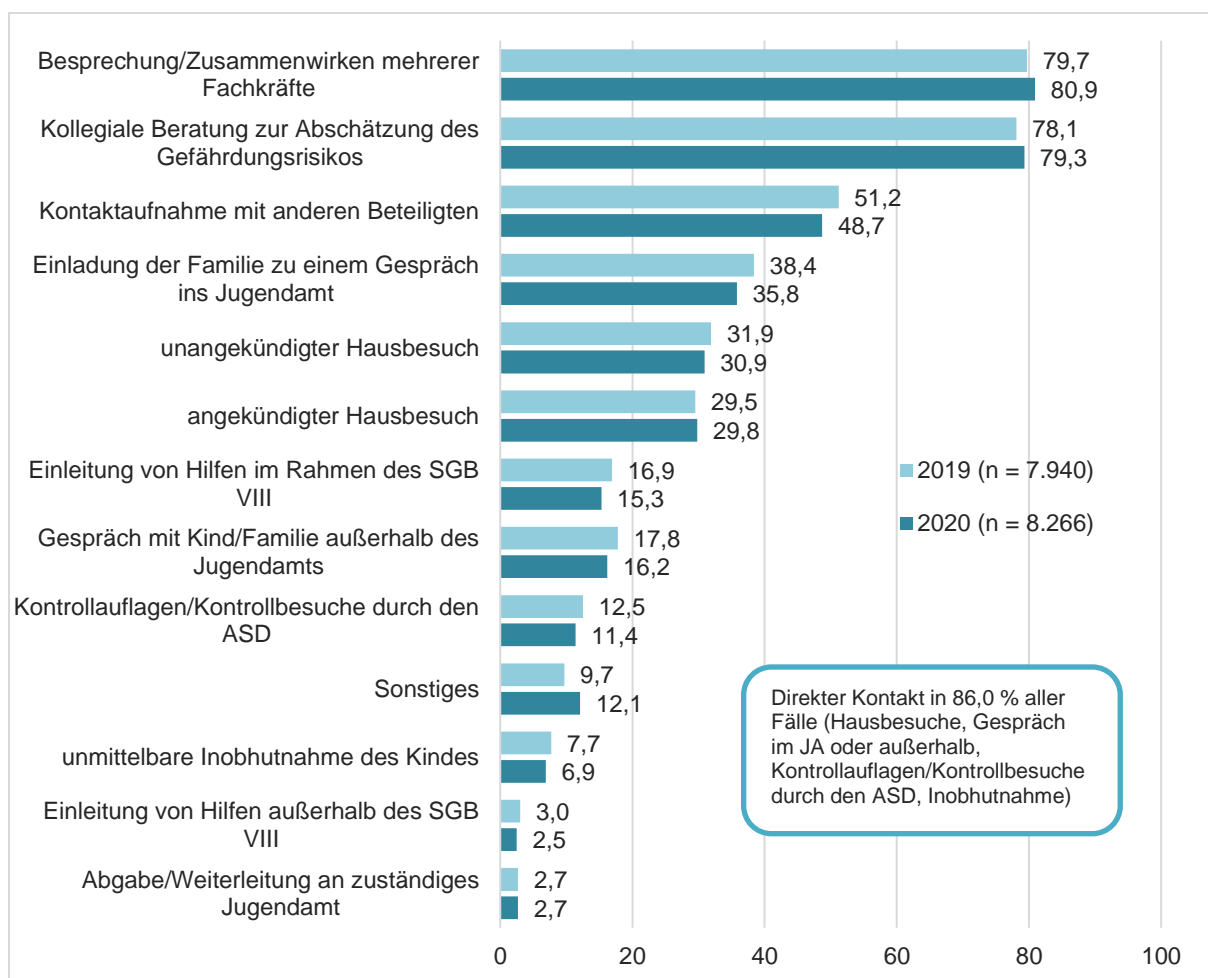


Abbildung 7 Welche fachlichen Schritte erfolgten im Zeitraum bis zum Abschluss der Gefährdungseinschätzung? (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, 2019 und 2020)

Mitwirkungsbereitschaft der Eltern bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos⁷

Im Rahmen des § 8a SGB VIII ist der Einbezug der Eltern sowie des Kindes oder Jugendlichen in das Verfahren der Risikoeinschätzung ausdrücklich vorgesehen. Eine Ausnahme liegt vor, wenn durch die Einbeziehung der Eltern oder Sorgeberechtigten der Schutz des betroffenen Kindes oder Jugendlichen gefährdet ist. In diesen Fällen kann ausdrücklich davon abgewichen werden (vgl. § 8a SGB VIII

Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 2) (vgl. Meysen 2008, 25). Die Mitwirkungsbereitschaft der Familien im Zuge der Risikoeinschätzung kann in Rheinland-Pfalz durch die Fachkräfte auf einer Skala von 1 (in vollem Umfang) bis 5 (überhaupt nicht vorhanden) angegeben werden.

Die Mitwirkungsbereitschaft der Eltern wird insgesamt im Rahmen der Gefährdungseinschätzung von den Fachkräften in über 70 % der Fälle als „vorhanden“ oder „in vollem Umfang vorhanden“ eingeschätzt. In knapp jedem fünften Fall (21,1 %) wird die Mitwirkungsbereitschaft der Eltern nur

⁷ Diese Variable wird ausschließlich in Rheinland-Pfalz erhoben.

als teilweise vorhanden (teils/teils) und in etwa jedem zehnten Fall als kaum (5,1 %) oder gar nicht (2,9 %) vorhanden eingeschätzt. Die Gruppe der Eltern, die nur teils, kaum oder überhaupt nicht mitwirken, macht mit 29,1 % knapp ein Drittel aller Fälle aus und stellt die Fachkräfte vor die Herausforderung, die Familien zur Mitwirkung zu motivieren. Um das Ziel eines langfristigen erfolgreichen Hilfeverlaufs erreichen zu können, ist es notwendig, eine Problemkongruenz und -einsicht sowie eine Bereitschaft zur Kooperation herzustellen. Sind die Eltern nicht bereit oder nicht in der Lage bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos mitzuwirken, muss eine Anrufung des Familiengerichts erfolgen (vgl. § 8a Abs. 2 SGB VIII).

In den Fällen, bei denen beim Abschluss der Gefährdungseinschätzung weder eine Kindeswohlgefährdung noch ein Hilfe-/Unterstützungsbedarf festgestellt wurde, waren die Eltern in 85,6 % der Fälle zu einer Mitwirkung bereit (ohne Abbildung, Item 1 und 2 der Skala). Bei Gefährdungseinschätzungen, deren Ergebnis später eine Kindeswohlgefährdung bestätigte, waren etwa die Hälfte (51,0 %) und bei einer latenten Gefährdung 55,1 % der Eltern bereit, mitzuwirken. Die Ergebnisse verdeutlichen, mit welchen Herausforderungen und Erwartungen an ihr fachliches Handeln und ihre Kommunikationskompetenz die Fachkräfte konfrontiert werden, um die Erziehungsberechtigten zur Mitwirkung an der Abschätzung des Gefährdungsrisikos und gegebenenfalls für die Inanspruchnahme von Hilfen zu gewinnen.

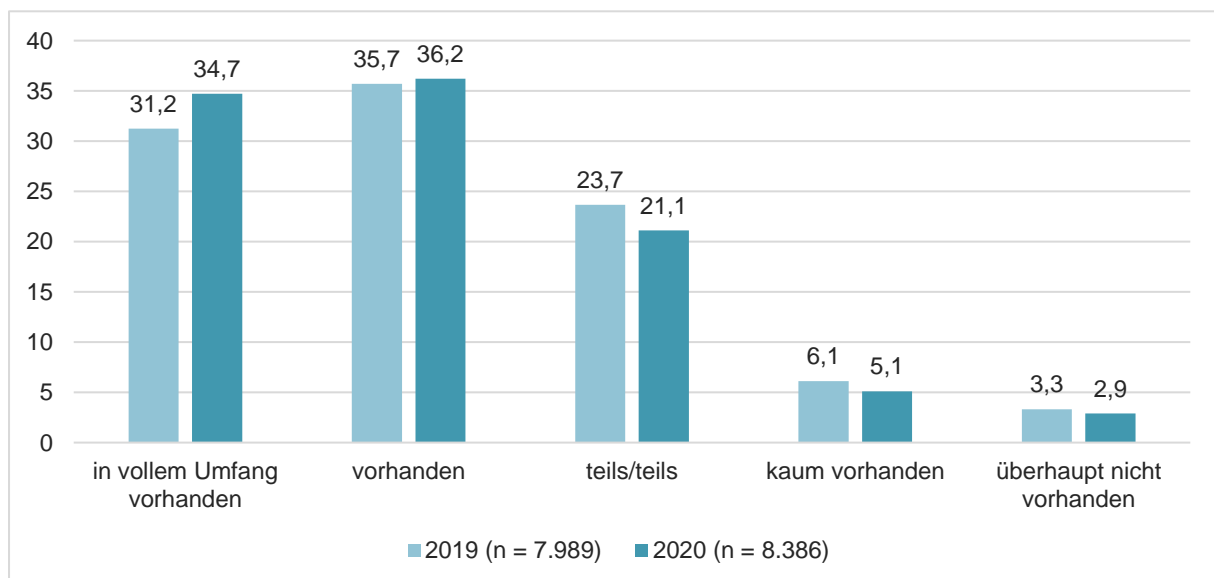


Abbildung 8 „Bitte schätzen Sie die Mitwirkungsbereitschaft der Eltern bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos ein“ (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Gesamtbewertung der Gefährdungssituation – Feststellung einer Kindeswohlgefährdung

Im Kontext des komplexen Prozesses der Gefährdungseinschätzung werden verschiedene Teilaspekte unterschieden: Hierzu gehören u.a. eine erste Gefährdungseinschätzung, eine Sicherheitseinschätzung, das Einschätzen von Entwicklungsdefiziten, Verhaltensauffälligkeiten, Stärken des Kindes oder Jugendlichen sowie die Einschätzung der Erziehungsfähigkeit der Eltern (vgl. Meisen 2008, 27). In § 8a SGB VIII ist vorgesehen, dass der Prozess der Gefährdungseinschätzung von den Fachkräften im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte sowie den Eltern und dem betroffenen Kind oder Jugendlichen gestaltet wird (vgl. § 8a Abs. 1 und 2 SGB VIII). Dieses differenzierte Vorgehen gehört zu den Merkmalen eines qualifizierten Umgangs mit gewichtigen Anhaltspunkten nach § 8a SGB VIII. Mittlerweile ist es gängige Praxis, die Gefährdungseinschätzung durch unterschiedliche Prüfbögen und Instrumente zu unterstützen, um bei den vielfältigen Einschätzungsaufgaben eine höhere Handlungssicherheit zu erzielen (eine Übersicht und Bewertung verschiedener

Formen von Einschätzungshilfen findet sich bei Kindler 2014).

Bei 34,4 % aller durchgeführten Gefährdungseinschätzungen bestätigte sich im Jahr 2020 der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung: In 14,9 % der Fälle wurde von den Fachkräften eine Kindeswohlgefährdung festgestellt⁸. Damit hat sich der Anteil im Vergleich zum Vorjahr (16,7%) leicht reduziert und entspricht in etwa dem bundesweiten Niveau (15,3 %) (vgl. Erdmann/Mühlmann 2021: 21). In 19,5 % der Fälle kamen die Fachkräfte zum Ergebnis, dass eine latente Kindeswohlgefährdung vorliegt. Der entsprechende Vergleichswert für das Jahr 2019 liegt mit 19,1% auf einem ähnlichen Niveau. In etwa einem Drittel der Fälle (34,1 %) bestätigte sich der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung im Jahr 2020 nicht, allerdings wurde Hilfe-/Unterstützungsbedarf festgestellt. Nach Einschätzung der Fachkräfte lag in 31,5 % der Fälle weder eine Kindeswohlgefährdung noch ein Hilfe-/Unterstützungsbedarf vor. Hierbei handelte es sich gewissermaßen um „falsche“ Meldungen. Insgesamt erweist sich das Ergebnis demnach im Vergleich zum Vorjahr als zeitstabil. Betrachtet man die Ergebnisse mit Blick auf die verschiedenen Altersgruppen, so

⁸ Folgende Definitionen gelten für die Kategorien „akute“ bzw. „latente“ Gefährdung: „Kindeswohlgefährdung“ ist anzugeben, wenn als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung eine Situation zu bejahen ist, in der eine erhebliche Schädigung des körperlichen, geistigen oder seelischen Wohls des Kindes/Jugendlichen bereits eingetreten ist oder mit ziemlicher Sicherheit zu erwarten ist und diese Situation von den Sorgeberechtigten nicht abgewendet wird oder werden kann“ (Statistisches Bundesamt 2016, S. 3).

„Kann die Frage nach der gegenwärtig tatsächlich bestehenden Gefahr nicht eindeutig beantwortet werden, besteht aber der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung bzw. kann eine Kindeswohlgefährdung nicht ausgeschlossen werden, ist von einer „latenten Kindeswohlgefährdung“ auszugehen“ (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2016, 2).

zeigt sich – wie auch im Jahr 2019 – dass bei Kindern im Alter von unter einem Jahr (17,4 %), bei Kindern zwischen 12 und 15 Jahren (17,2 %) sowie zwischen 15 und 18 Jahren (23,2 %) vergleichsweise häufiger eine Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde als bei den übrigen Altersgruppen.

Im Vergleich zwischen kreisfreien bzw. kreisangehörigen Städten und Landkreisen fällt auf, dass insbesondere in kreisangehörigen Städten der Anteil der festgestellten Kindeswohlgefährdungen vergleichsweise hoch ausfällt (21,1 % (ohne Abbildung), genauso wie in den

kreisfreien Städten (17,8 %). In den Landkreisen liegt der Anteil mit 12,6 % deutlich niedriger. Der Eckwert für eine bestätigte Kindeswohlgefährdung (ohne latente KWG) beträgt in Rheinland-Pfalz 2,1. D.h. bei rund 2 von 1.000 Kindern und Jugendlichen wurde eine Kindeswohlgefährdung bestätigt. Der Eckwert für eine latente Kindeswohlgefährdung liegt bei 2,8, der Eckwert für einen Hilfe-/ Unterstützungsbedarf bei 4,8. Der Eckwert jener Fälle, die weder eine Kindeswohlgefährdung noch einen Hilfe-/Unterstützungsbedarf zum Ergebnis hatten, liegt 2020 bei 4,4 (ohne Abbildung).

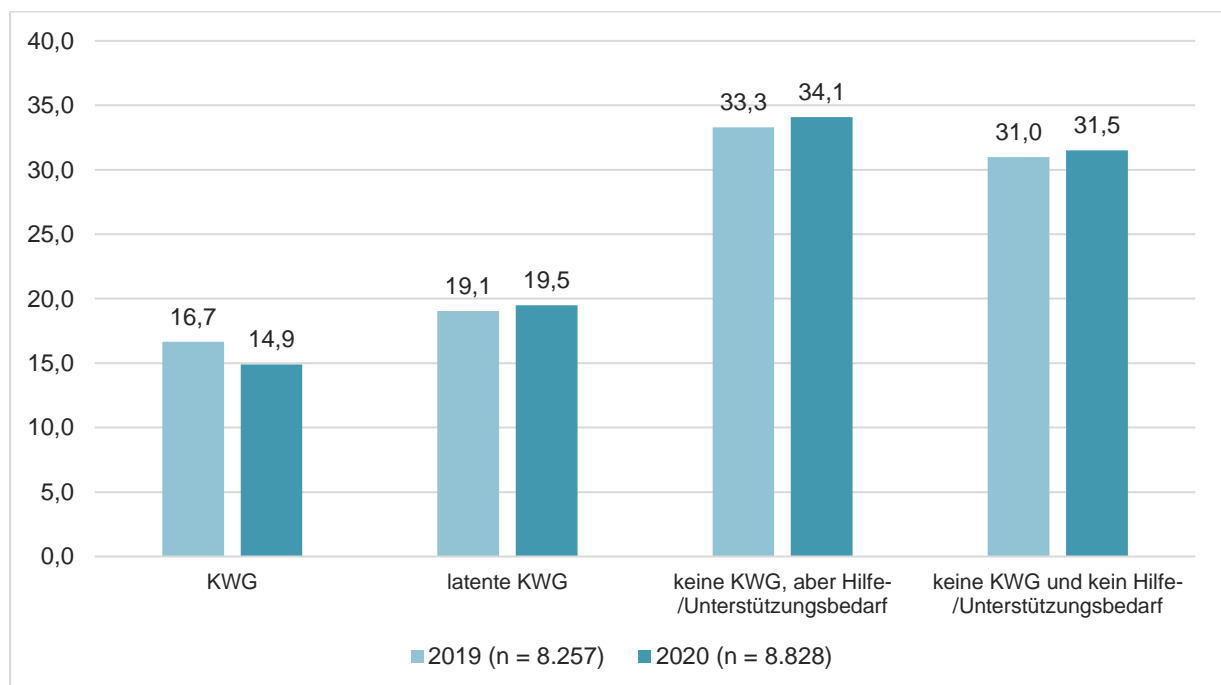


Abbildung 9 Gesamtbewertung der Gefährdungssituation (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Art der Kindeswohlgefährdung

Zeigt sich im Prozess der Gefährdungseinschätzung eine (latente) Kindeswohlgefährdung, kann im Erhebungsbogen der Bundesstatistik von Seiten der Fachkräfte zusätzlich angegeben werden, um welche

Art der Kindeswohlgefährdung es sich handelt. Folgende Antwortkategorien sind an dieser Stelle vorgegeben: Vernachlässigung, psychische Misshandlung, körperliche Misshandlung und sexuelle Gewalt.

Analog zu den Vorjahren stellt die Vernachlässigung auch im Jahr 2020 die mit Abstand häufigste Form der Kindeswohlgefährdung dar. Sie lag bei knapp 60 % der Fälle einer (latenten) Kindeswohlgefährdung vor. Dieses Ergebnis deckt sich mit diversen deutschen und internationalen Studien, die ebenfalls belegen, dass Vernachlässigung von Kindern quantitativ betrachtet die bedeutendste Gefährdungslage darstellt, wobei hohe Überlappungsraten mit weiteren Gefährdungslagen üblich sind (vgl. Galm et al. 2010: 7, 40). In 37,2 % der Fälle wurde psychische Misshandlung als Art der Kindeswohlgefährdung festgestellt, körperliche Misshandlung bei 26,9 %. Sexuelle Gewalt wurde in 5,3 % der Fälle als Art der Kindeswohlgefährdung angegeben. In allen bisherigen Berichtsjahren waren die Anteile für sexuelle Gewalt in Rheinland-Pfalz auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Anteilswert auf der Bundesebene fällt nahezu identisch aus. An dieser Stelle wird ein hohes Dunkelfeld

vermutet, worauf auch verschiedene Studien hinweisen: Als Delikt im Nahbereich (d.h. ausgehend von bekannten Personen aus der Familie und dem Freundes- oder Bekanntenkreis) ist sexueller Missbrauch von großer Angst und Scham der Betroffenen gekennzeichnet und somit gegebenenfalls schwerer aufzudecken. Fremde Täterinnen und Täter werden hingegen eher gemeldet (Schätzungen zum Dunkelfeld vgl. Deegener/Körner 2005). Der geringe Anteil könnte auch damit erklärt werden, dass Anzeichen auf einen sexuellen Missbrauch womöglich erst im weiteren Verlauf einer Hilfe/Intervention deutlich werden, nicht bereits im Zeitraum der Gefährdungseinschätzung, wo das gegebenenfalls auffällige Verhalten des Kindes noch nicht mit einem möglichen sexuellen Missbrauch in Verbindung gebracht wird. Beim folgenden Merkmal sind Mehrfachnennungen möglich, wodurch die Summe der angegebenen Werte in der Abbildung mehr als 100 % ergeben kann.

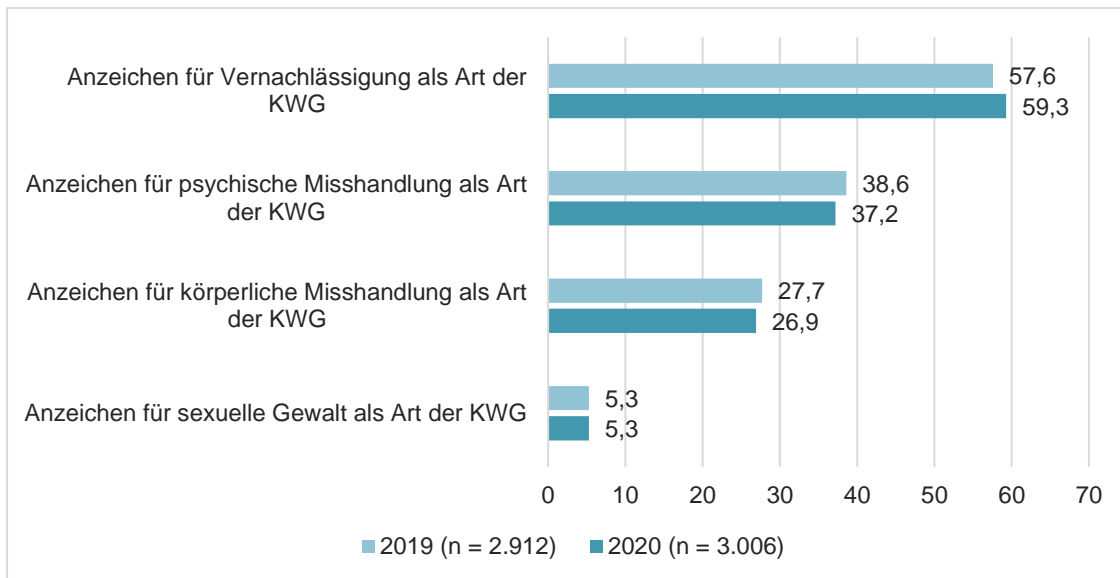


Abbildung 5 „Art der Kindeswohlgefährdung“ (nur Fälle mit (latenter) Gefährdung, Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Kombinationen von Gefährdungen: Mehrfachbetroffene

Auf Basis der Daten 2020 wurde erneut ausgewertet, bei wie vielen Fällen mehrere Arten von Gefährdungen gleichzeitig vorlagen, d.h. in wie vielen Fällen Kinder und Jugendliche laut Einschätzung der Fachkräfte von zwei oder drei Gefährdungsformen betroffen waren („Mehrfachbetroffene“) und welche häufigen Kombinationen es gab. Dabei zeigte sich, dass in knapp einem Viertel der Fälle mit festgestellter (latenter) Gefährdung (23,7 %) mehrere Arten von Gewalt oder Vernachlässigung festgestellt wurden. In 19,4 % aller Fälle von (latenter) Kindeswohlgefährdung hatten die Jugendämter zwei verschiedene Gefährdungsarten festgestellt, in 3,9 % waren es drei und in 0,4 % der Fälle lagen alle vier Gefährdungsarten vor. Die häufigste Kombination bildeten

Vernachlässigungen und psychische Misshandlungen (8,6 % aller Fälle von (latenter) Kindeswohlgefährdung). Am zweithäufigsten hatten die jungen Menschen 2020 psychische und körperliche Misshandlungen erlebt (6,1 %).

Festgestellte Anhaltspunkte für eine bestehende Kindeswohlgefährdung⁹

Die üblicherweise unterschiedenen Kategorien der Kindeswohlgefährdung werden in der fachlichen Debatte zum Kinderschutz immer wieder kritisiert. Insbesondere Vernachlässigung und Misshandlung seien zu global definiert. Konkrete Erscheinungsformen und Schweregrade ließen sich nicht abbilden (vgl. Deegen/Körner 2008, 11). In Rheinland-Pfalz wurde daher eine zusätzliche Frage in den Erhebungsbogen aufgenommen, mit deren Hilfe die festgestellten Anhaltspunkte

⁹ Diese Variable wird ausschließlich in Rheinland-Pfalz erhoben.

für eine bestehende Kindeswohlgefährdung genauer dokumentiert werden können. So ist eine Differenzierung bzw. Konkretisierung der eher globalen Kategorien Vernachlässigung, psychische Misshandlung, körperliche Misshandlung und sexuelle Gewalt möglich. Mit einer umfangreichen Itemliste dokumentieren die Fachkräfte, welche Anhaltspunkte im einzelnen Fall für eine Kindeswohlgefährdung festgestellt wurden (Mehrfachnennungen möglich, vgl. Abbildung 11).

Die am häufigsten angegebene Gefährdungslage stellt im Hinblick auf alle Gefährdungseinschätzungen mit 45,6 % ein unangemessenes/inkonsistentes Erziehungsverhalten der Eltern dar. Mit 35,4 % sind Suchtproblematiken und/oder psychische Auffälligkeiten/Erkrankungen der erziehenden Personen am zweithäufigsten angegeben. Fast ebenso häufig (34,2 %) werden Partnerschaftskonflikte genannt. Im Rahmen einer Sonderauswertung wurde der Anhaltspunkt Sucht/psychische Erkrankung für eine Kindeswohlgefährdung im § 8a - Bericht 2017 näher beleuchtet (vgl. MFFJIV 2018). Der Forschungsliteratur ist zu entnehmen, dass Kinder, in deren Familien Partnerschaftskonflikte und -gewalt vorherrschen, deutlich häufiger selbst Opfer von Gewalt werden (vgl. Kindler 2011b). Zusätzlich kann auch eine miterlebte, nur zwischen den Partnern stattfindende Gewalt gefährdende Auswirkungen auf das Kindeswohl haben (vgl. Reinhold/Kindler 2006, 19-2 und Kindler 2006, 29-1).

Verhaltensauffälligkeiten bzw. Selbstgefährdung und/oder psychische Auffälligkeiten des Kindes werden in einem Drittel der Fälle (33,3 %) als Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung berichtet, eine unangemessene Versorgung des Kindes in 29,4 % der Fälle dokumentiert.

In 28,7 % der Fälle wurde ein unzureichender Schutz vor Gefahren durch Dritte oder die Verletzung der Aufsichtspflicht als kindeswohlgefährdender Anhaltspunkt ausgemacht. Betrachtet man die häusliche Wohnsituation, wird bei 16,6 % der Fälle eine Vermüllung der Wohnung bzw. eine desolante Wohnsituation oder drohende/bestehende Wohnungslosigkeit festgestellt (vgl. Abb. 11). Betrachtet man diese Befunde differenziert nach dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung, ergibt sich folgendes Bild (ohne Abbildung): Bei Fällen mit festgestellter Kindeswohlgefährdung wurden Anhaltspunkte wie die unangemessene Versorgung, körperliche Verletzungen des Kindes, massive Konflikte zwischen jungem Menschen und Eltern(teil) sowie der unzureichende Schutz vor Gefahren durch Dritte überdurchschnittlich häufig angegeben.

Konkretisierung der globalen Formen von Kindesmisshandlung

Bei differenzierter Betrachtung der „globalen“ Kategorien Vernachlässigung, psychische Misshandlung, körperliche Misshandlung und sexuelle Gewalt ergibt sich folgende Verteilung (ohne Abbildung):

Gaben die Fachkräfte bei der Variable „Art der Kindeswohlgefährdung“ *Anzeichen für Vernachlässigung* an, dokumentierten sie bei der Variable „Anhaltspunkte für eine Gefährdung“ überdurchschnittlich häufig die unangemessene Versorgung des Kindes (45,5 %), die nicht altersgemäße Entwicklung (23,3 %), ein unangemessenes/inkonsistentes Erziehungsverhalten (49,7 %), eine Suchtproblematik und/oder psychische Auffälligkeiten der erziehenden Personen (42,0 %) sowie die Vermüllung der Wohnung bzw. eine desolante Wohnsituation (26,9 %) als Anhaltspunkte. Auch der Wert für den Anhaltspunkt unzureichender Schutz vor Gefahren durch Dritte, Verletzung der Aufsichtspflicht ist erhöht (34,6 %).

Wurde im Zuge der Gefährdungseinschätzung eine *körperliche Misshandlung* festgestellt, zeigten sich überdurchschnittlich häufig Anhaltspunkte wie körperliche Verletzungen (42,4 %), Verhaltensauffälligkeiten, Selbstgefährdung und/oder psychische Auffälligkeiten des Kindes (39,0 %), ein unangemessenes/inkonsistentes Erziehungsverhalten der Eltern (57,4 %) sowie massive Konflikte zwischen dem jungen Menschen und Eltern(teil) (33,5 %). Bei jenen Fällen, bei denen Anzeichen für eine *psychische Misshandlung* angegeben

wurden, zeigten sich folgende Anhaltspunkte überdurchschnittlich häufig: Verhaltensauffälligkeiten, Selbstgefährdung und/oder psychische Auffälligkeiten des Kindes (40,2 %), unangemessenes/inkonsistentes Erziehungsverhalten (48,7 %), Partnerschaftskonflikte (51,8 %), Suchtproblematiken und/oder psychische Auffälligkeiten/Erkrankungen der erziehenden Personen (39,0 %) sowie massive Konflikte zwischen dem jungen Menschen und Eltern(teil) (22,5 %).

Lag als Art der Kindeswohlgefährdung *sexuelle Gewalt* vor, wurden von den Fachkräften überdurchschnittlich häufig folgende Anhaltspunkte dokumentiert: Verhaltensauffälligkeiten, Selbstgefährdung und/oder psychische Auffälligkeiten des Kindes (46,5 %) und unzureichender Schutz vor Gefahren durch Dritte bzw. Verletzung der Aufsichtspflicht (54,2 %). Zudem gibt es einen deutlich erhöhten Anteil an Angaben in der Kategorie „Sons-tige“ (20,1 %), was als Hinweis darauf ge-deutet werden kann, dass es noch weitere Anhaltspunkte gibt, die in der Itemliste nicht abgefragt werden.

Da bei diesem Merkmal Mehrfachnennungen möglich sind, kann die Summe der angegebenen Werte in der Abbildung über 100 % ergeben.

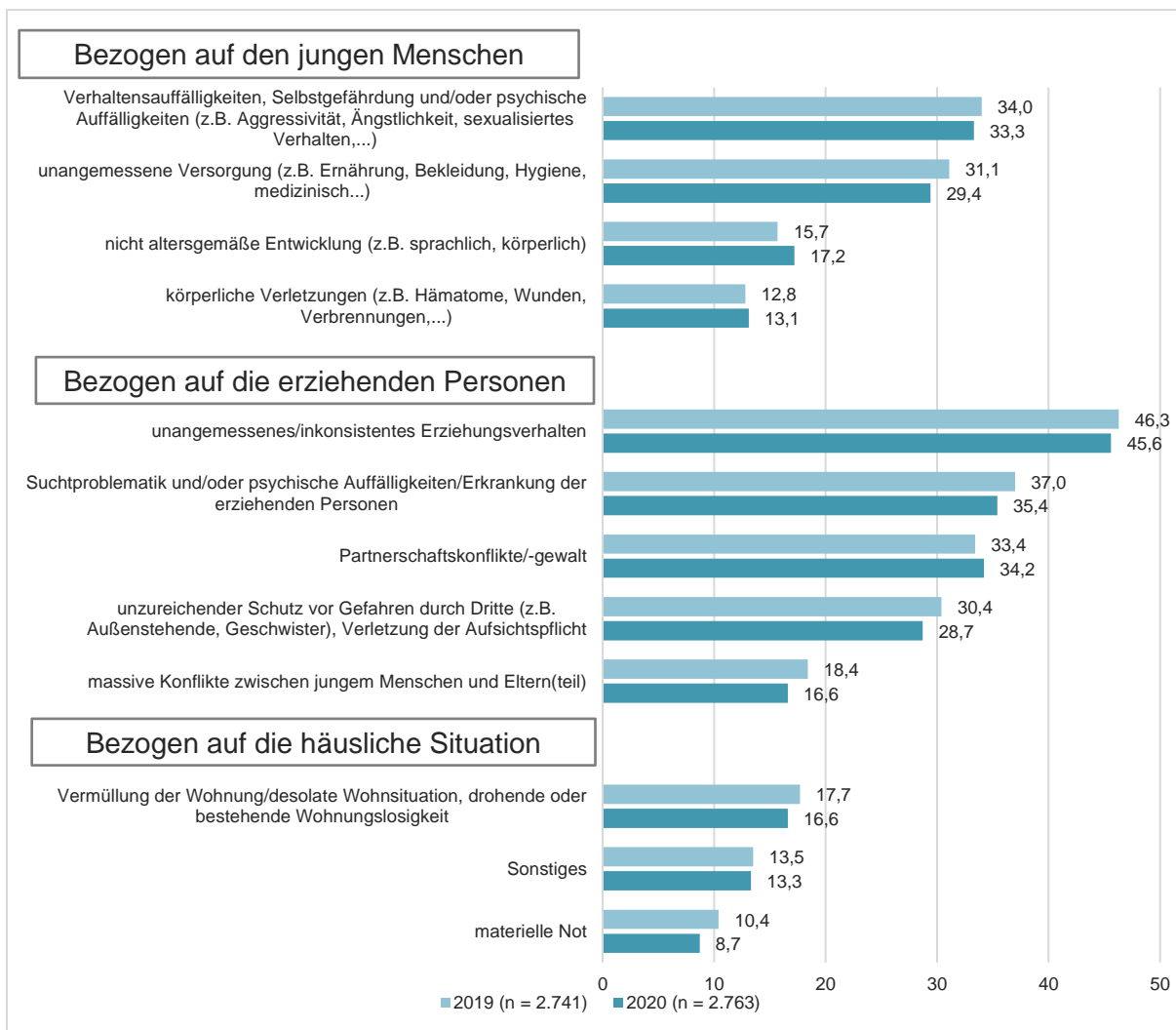


Abbildung 6 „Bitte konkretisieren Sie, welche Anhaltspunkte Sie beim Kind/Jugendlichen/der Familie festgestellt haben“ (nur Fälle mit (latenter) Gefährdung, Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Anrufung des Familiengerichtes

Im Jahr 2020 wurde in etwa jedem 10. Fall das Familiengericht angerufen. Damit liegt der Wert leicht unter dem Ergebnis des

Vorjahres (12,7 %). In 89,5 % der Fälle haben die Jugendämter im Zuge der Gefährdungseinschätzung keine Mitteilung an das Familiengericht vorgenommen.

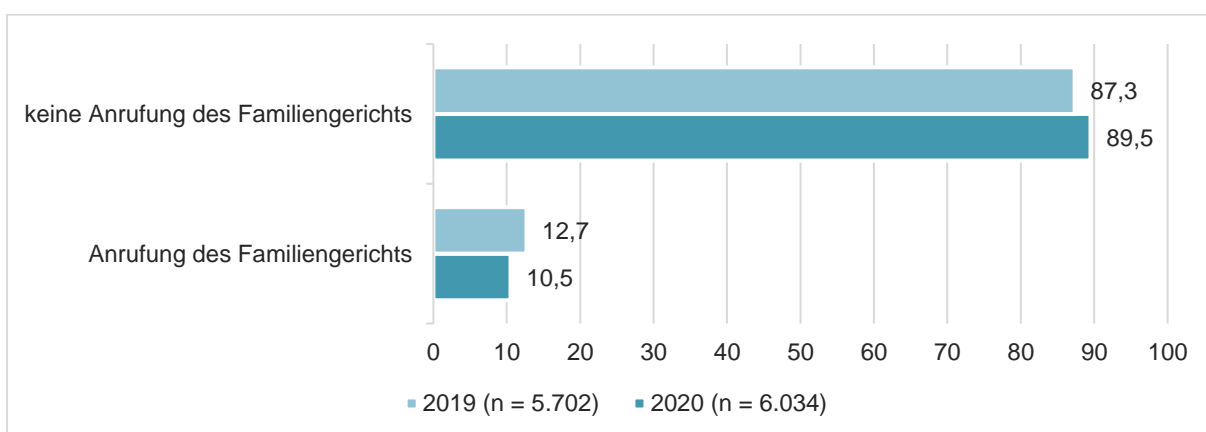


Abbildung 7 Anrufung des Familiengerichtes (nur Fälle mit (latenter) Gefährdung und Hilfebedarf, Angaben in Prozent)

Einleitung von Hilfen als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung¹⁰

Analog zu der Erfassung des Hilfebezugs zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung werden im Erhebungsbogen in Rheinland-Pfalz ebenfalls in Bezug auf die neu eingeleiteten/geplanten Hilfen als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung sowohl zusammenfassende Kategorien als auch alle einzelnen Hilfen abgefragt, die im Anschluss an die Gefährdungseinschätzung eingerichtet wurden. Dies erlaubt eine detaillierte Aufgliederung der zusammengefassten Hilfekategorien (vgl. Abb. 13).

Unabhängig davon, ob tatsächlich eine Kindeswohlgefährdung vorlag, wurden in etwa jedem vierten Fall Hilfen zur Erziehung gem. §§ 27 ff. SGB VIII, Eingliederungshilfen gem. § 35a SGB VIII oder Hilfen gem. § 19 SGB VIII neu eingerichtet. Dabei wurden tendenziell eher niedrigschwellige Angebote sowie teilstationäre Hilfen eingeleitet bzw. angeboten. Differenziert man die Ergebnisse nach dem Interventionsgrad, ergibt sich für 2020 folgendes Bild (übergeordnete Kategorien):

Vorläufige Schutzmaßnahmen nach § 42 SGB VIII (Inobhutnahmen) erfolgten in 10,1 % der Fälle.

Familienersetzende Hilfen zur Erziehung nach §§ 27, 33 bis 35 SGB VIII wurden in 7,2 % der Fälle eingeleitet. Dabei handelt es sich in Rheinland-Pfalz überwiegend um Heimerziehung/sonstige betreute Wohnformen gem. § 34 SGB VIII (5,3 %) oder um Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII (1,8 % aller gültigen Fälle).

Ambulante/teilstationäre Hilfen zur Erziehung nach §§ 27-32, 35 SGB VIII wurden in 24,3 % der Fälle installiert. Dieser Anteil geht größtenteils auf die Sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31 SGB VIII zurück (18,9 %). Deutlich kleinere Anteile stellen Hilfen nach § 30 SGB VIII (2,6 %, Erziehungsbeistand/Betreuungshelfer:innen), § 27 Abs. 2 SGB VIII (1,5 %, flexible Erziehungshilfen), § 32 SGB VIII (1,1 %, Tagesgruppe) und § 29 SGB VIII (0,7 %, Soziale Gruppenarbeit) dar.

Eine *Erziehungsberatung* nach § 28 SGB VIII wurde in 2,9 % der Fälle neu eingerichtet.

Eine *Unterstützung* nach §§ 16-18 SGB VIII erfolgte bei 27,8 % aller gültigen Fälle und damit am häufigsten. Dabei ging es in 23,9 % der Fälle um eine formlose Beratung nach § 16 SGB VIII, gefolgt von der Trennungs- und Scheidungsberatung nach §§ 17, 18 SGB VIII in 4,2 % der Fälle. In 2,8 % der Fälle wurden frühe Hilfen/niedrigschwellige Hilfen durchgeführt.

¹⁰ In der Bundesstatistik werden lediglich die übergeordneten Hilfekategorien erhoben. Zusätzlich werden in Rheinland-Pfalz die einzelnen Hilfearten erfasst, um ein detaillierteres Bild der Hilfestellung zu erhalten.

Andere, im Fragebogen nicht explizit genannte Hilfen wurden in knapp jedem zehnten Fall (9,8 %) eingeleitet. Die Fortführung der bisherigen Leistungen erfolgte in 18,6 % der Fälle.

Bei diesem Merkmal sind Mehrfachnennungen möglich, sodass die Summe der

angegebenen Werte in der Abbildung mehr als 100 % ergibt.

In Abbildung 13 sind die Hilfekategorien des Erhebungsbogens der Bundesstatistik dargestellt sowie die einzelnen Hilfearten differenziert dargestellt.

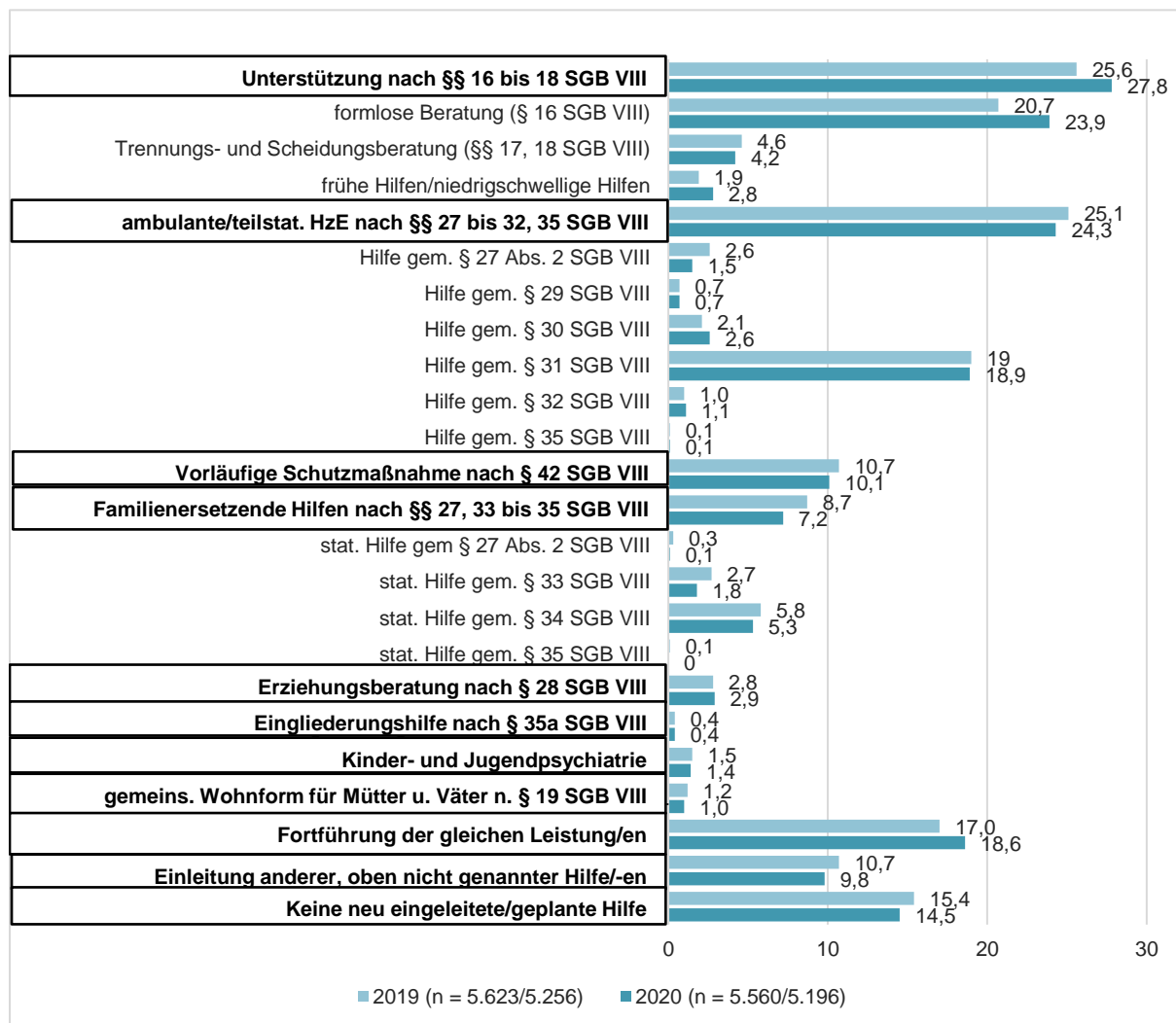


Abbildung 13 Neu eingerichtete Hilfen als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung (nur Fälle mit (latenter) Gefährdung oder Hilfebedarf, Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, n = Oberkategorien/differenzierte Hilfen, 2019 und 2020)

Gefährdungseinschätzung – Die Ergebnisse im Überblick

- Ein direkter Kontakt zum Kind/der Familie wurde bei einem Großteil aller Meldungen – in rund 83 % der Fälle – als erster fachlicher Schritt zur Einschätzung der Situation unternommen. Dieser Kontakt fand dabei in Form von angekündigten oder unangekündigten Hausbesuchen, Gesprächen im oder außerhalb des Jugendamtes, über Kontrollauflagen/ Kontrollbesuche durch den ASD oder durch eine unmittelbare Inobhutnahme des Kindes statt. In 80,9 % der Fälle erfolgte eine Besprechung im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte nach dem 4-Augen-Prinzip und/oder in 79,3 % eine methodisch strukturierte kollegiale Beratung zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos.
- Bereits am Tag der Meldung wurde bei 1.449 der betroffenen Kinder/Familien ein direkter Kontakt über die Fachkraft des Sozialen Dienstes hergestellt (25,2 %). Innerhalb der ersten Woche nach Eingang der Meldung erfolgte in knapp zwei Drittel der Fälle (61,5%) ein direkter Kontakt.
- Die Mitwirkungsbereitschaft der Eltern bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos war bei gut zwei Drittel der Fälle „in vollem Umfang vorhanden“ oder „vorhanden“. Eltern, bei denen sich der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung erhärtete, zeigten sich weniger zur Mitwirkung bereit als jene Eltern, bei denen sich dieser Verdacht nicht bestätigte.
- Eine Kindeswohlgefährdung oder latente Kindeswohlgefährdung wurde bei gut einem Drittel (34,4 %) der Gefährdungseinschätzungen festgestellt – etwas seltener als im Vorjahr (35,8 %). Bei 14,9 % der Verfahren wurde von den Fachkräften als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung eine Kindeswohlgefährdung und bei 19,5 % eine latente Kindeswohlgefährdung festgestellt. Zudem wurde bei gut einem Drittel der Kinder und Jugendlichen im Verlauf des Verfahrens zwar keine Kindeswohlgefährdung, dafür aber Hilfe-/Unterstützungsbedarf festgestellt (34,1 %). In den kreisangehörigen Städten lassen sich etwas größere Anteile von Kindeswohlgefährdungen feststellen als in den Landkreisen und den kreisfreien Städten.
- Die häufigste Art der Gefährdung war 2020 mit 59,3 % die Vernachlässigung, gefolgt von der psychischen Misshandlung mit 37,2 %. Mit Blick auf differenziertere Anhaltspunkte für eine Gefährdung zeigte sich ähnlich wie im Vorjahr am häufigsten das unangemessene/inkonsistente Erziehungsverhalten der Eltern. Des Weiteren wurden Suchtproblematiken und/oder psychische Auffälligkeiten/Erkrankungen der erziehenden Personen, Verhaltensauffälligkeiten,

Selbstgefährdung und/oder psychische Auffälligkeiten des Kindes oder Jugendlichen, unangemessene Versorgung sowie Partnerschaftskonflikte/-gewalt am häufigsten beobachtet. In mehr als einem Viertel der Fälle mit festgestellter (latenter) Gefährdung (25,9 %) wurden mehrere Arten von Gewalt oder Vernachlässigung festgestellt. Die häufigste Kombination waren Vernachlässigungen und psychische Misshandlungen.

- Das Familiengericht wurde in 10,5 % der Fälle angerufen.
- Unabhängig davon, ob eine Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde oder nicht, wurden in knapp einem Viertel (23,5 %) aller Fälle als Ergebnis einer Gefährdungseinschätzung Hilfen gem. §§ 19, 27ff, 35a SGB VIII eingerichtet. Eher niedrigschwellige Angebote und teilstationäre Hilfen stellten dabei den größten Teil dar. Eine formlose Beratung der Kinder und Jugendlichen durch den Sozialen Dienst (23,9 %) erfolgte in etwa jedem vierten Fall, ggf. in Verbindung mit anderen Hilfen (Mehrfachnennungen waren möglich). Eine sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII) wurde in 18,9 % der Fälle unterstützend tätig. Familienersetzende Hilfen zur Erziehung nach §§ 27, 33 bis 35 SGB VIII wurden in 7,2 % der Fälle eingeleitet.

4.3 Angaben zur aktuellen Lebenssituation

In der Forschungsliteratur werden eine Reihe von Risikofaktoren beschrieben, die eine prekäre Lebenslage und in der Folge möglicherweise auch eine Kindeswohlgefährdung begünstigen können. Dabei stehen insbesondere Armut bzw. damit zusammenhängende Entwicklungsrisiken im Fokus, die zu einer gesteigerten Stressbelastung und in der Folge zu vermehrter Reizbarkeit, Strafbereitschaft und geringem Feingefühl der Eltern im Kontext von Überforderungssituationen führen können, die das Risiko für ein das Kindeswohl gefährdendes Verhalten möglicherweise erhöhen. Aus diesem Verhalten können Entwicklungsdefizite, Unterversorgung, Vernachlässigung und soziale Ausgrenzung der Kinder resultieren. Verschiedene Risikofaktoren können gehäuft auftreten, sich gegenseitig bedingen oder verstärken. So können z. B. zusätzlich zum Risikofaktor Armut eine alleinerziehende Lebensform, eine hohe Kinderzahl oder das junge Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes als weitere Faktoren innerhalb der Familie auftreten, die das Risiko weiterhin erhöhen. Allerdings gibt es auch eine Reihe von Ressourcen, beispielsweise ein positives Familienklima und eine sichere Eltern-Kind-Bindung, die zu einer Abschwächung des Risikofaktors Armut und der damit einhergehenden Lebenssituation führen können (vgl. Galm et al. 2010, 15; Reinhold/Kindler 2006, 19-2).

Vor diesem Hintergrund sollten Kausalitäten nur mit Bedacht abgeleitet werden. Demnach ist nicht davon auszugehen, dass eine prekäre Lebenssituation zwangsläufig das Auftreten einer Kindeswohlgefährdung nach sich zieht, sondern, dass weitere Faktoren und Lebensumstände eine Rolle spielen. In der Forschungsliteratur gibt es auch einige Vertreterinnen und Vertreter, die die Vorhersagekraft von (vor allem relativer) Armut für Gefährdungen relativieren und davor warnen, die Bedeutung zu überschätzen¹¹.

In der rheinland-pfälzischen Erhebung werden mehrere Aspekte der Lebenssituation der Familien, die in der Bundesstatistik nicht zu finden sind, mitberücksichtigt, um auf diese Weise die Bedeutung der Lebenssituation im Kontext von Kindeswohlgefährdung differenzierter abbilden zu können. Zu diesen Merkmalen zählen das Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes, die Einkommenssituation der Familie sowie die Anzahl der minderjährigen im Haushalt lebenden Kinder bzw. Jugendlichen. Der gewöhnliche Aufenthaltsort des Kindes wird auch in der Bundesstatistik erhoben.

Familiäre Lebensform, in der die jungen Menschen aufwachsen

Analog zu den Befunden der Vorjahre lebten auch im Erhebungsjahr 2020 die meisten von einer Gefährdungseinschätzung

betroffenen jungen Menschen mit beiden leiblichen Elternteilen zusammen (42,0 %) oder bei einem alleinerziehenden Elternteil (40,1 %). In 12,8 % der Fälle lebten die Kinder oder Jugendlichen in einer Stiefelternkonstellation, also zusammen mit neuem Partner bzw. neuer Partnerin des jeweiligen Elternteils. Andere Lebensformen, wie z.B. das Aufwachsen bei Großeltern/Verwandten, in stationären Einrichtungen oder in einer Pflegefamilie sind deutlich geringer vertreten und machten insgesamt nur 5,0 % aus.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil bzw. Stiefelternkonstellationen mit 52,9 % bei den Gefährdungseinschätzungen deutlich überrepräsentiert. Laut Statistischem Landesamt gab es im Jahr 2020 in Rheinland-Pfalz 116.000 Alleinerziehende (20,0%), weitere 41.000 (7,0 %) waren Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern (Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2021).

Alleinerziehende Mütter oder Väter stehen vermehrt im Fokus der Forschung. Betroffene Personen stehen vor der besonderen Herausforderung, Familie und Erwerbstätigkeit miteinander zu vereinbaren und zugleich die alleinige Verantwortung für diese alltäglich anfallenden Aufgaben der Erwerbstätigkeit, Kinderbetreuung und des Haushalts allein zu tragen, was häufig als hohe Belastung empfunden wird (vgl.

¹¹ Ausführlich hierzu Galm et al. 2010, 13ff.; besonders leistungswert zu falsch verstandenen Forschungsergebnissen

und der Über- bzw. Unterschätzung der Vorhersagekraft von Risikofaktoren auch Kindler 2011b, 184ff.

Jurczyk/Klinkhardt 2014, 87f.). Die von Erschöpfung gezeichnete Lebenssituation der Alleinerziehenden beschreibt Liebisch wie folgt: „Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Überlastung, die Diskriminierung, die Ungleichbehandlung und die daraus resultierende Erschöpfung Alleinerziehender in der Regel aus Strukturen resultiert, die das Leben der meisten erwerbstätigen Mütter erschweren: „Lohnungleichheit, Vorurteile der Arbeitgeber:innen in Bezug auf Qualifizierung, Auszahlung von Provisionen und Karriereförderung sowie eine unzureichende Infrastruktur der Kinderbetreuung erfordern für die Bewältigung der Erwerbsarbeit und des Alltags mit den Kindern einen überdurchschnittlichen Kraftaufwand“ (Liebisch 2012, 152). Diese Strukturen tragen in erheblichem Maße dazu bei, die Entstehung von Problemen zu begünstigen. Ergebnisse aus dem Armutsbericht der Bundesregierung und des

Mikrozensus bestätigen, dass Alleinerziehende deutlich überproportional von Armut bzw. einem Armutsrisiko betroffen sind, überproportional häufig Leistungen nach SGB II beziehen und eine wichtige Zielgruppe bei den Hilfen zur Erziehung sind (vgl. BMAS 2013; Statistisches Bundesamt 2010). Auch der 14. Kinder- und Jugendbericht und der Familienreport verweisen auf die Verknüpfung von alleinerziehender Lebensform, Armut bzw. Armutsrisiko und Bedarf an Hilfen zur Erziehung (vgl. BMFSFJ 2013; BMFSFJ 2012). Durch die Corona-Pandemie hat sich die Situation Alleinerziehender weiter verschärft (vgl. z.B. Andresen et al. 2020). Alleinerziehende waren überdurchschnittlich häufig von Einkommenseinbußen betroffen und berichten verstärkt von Belastungen durch die Notwendigkeit der Neuorganisation der Kinderbetreuung in Phasen von Einrichtungsschließungen (BMFSFJ 2020).

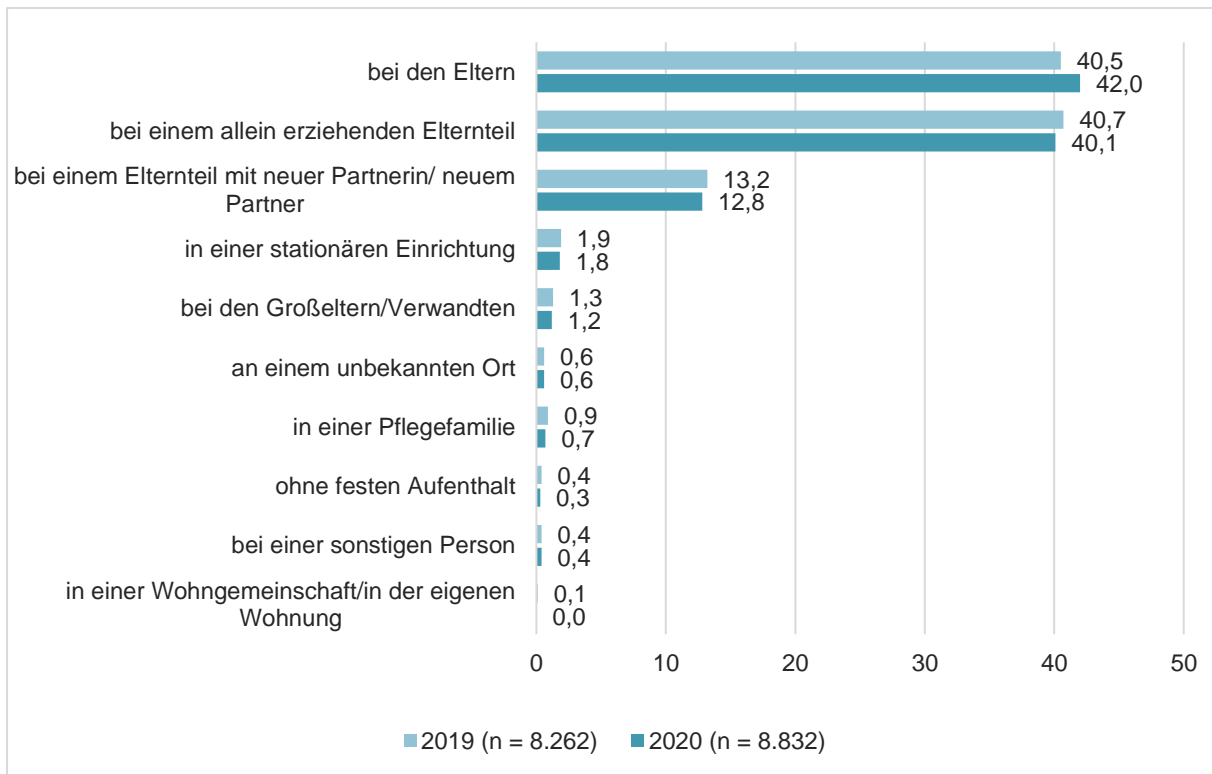


Abbildung 8 Gewöhnlicher Aufenthaltsort des/der Minderjährigen zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Einkommenssituation der Familien¹²

Da Armut bzw. die damit verbundene Lebenslage als starker Risikofaktor für das Auftreten einer Kindeswohlgefährdung gilt, werden in der rheinland-pfälzischen Erhebung Angaben zur Einkommenssituation der Familien erfasst. Diese Daten werden in der Bundesstatistik nicht berücksichtigt. Die politische Armutsdefinition ist einer der gängigen Indikatoren zur Darstellung und Messung von Armutslagen, die durch die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen wie z.B. der Grundsicherung für Arbeitssuchende gem. SGB II (früher: Sozialhilfegrenze), aber auch ALG II oder Sozialgeld dargestellt wird. Diese Kennzahl wird auch als

„bekämpfte Armut“ bezeichnet, obwohl dieser relative Armutsbegriff umstritten ist, da nicht eindeutig ist, ob Leistungsempfängerinnen und -empfänger noch als „arm“ anzusehen sind (vgl. Hanesch 2011, 57). Die Empfängerinnen und Empfänger solcher Mindestsicherungsleistungen leben in der Regel an der Grenze zum staatlich definierten und garantierten soziokulturellen Existenzminimum und können daher in vielen Lebenssituationen Benachteiligungen erfahren. Mehr als 40 % der Familien, die von einer Gefährdungseinschätzung nach § 8a SGB VIII betroffen waren, bezog ihr Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit (41,3 %). Aussagen über die Höhe der Einkommen sind an dieser

¹² Diese Variable wird ausschließlich in Rheinland-Pfalz erhoben.

Stelle nicht möglich, da hierzu keine näheren Angaben erhoben wurden. Vor diesem Hintergrund kann nicht ausgeschlossen werden, dass das Einkommen der Erwerbstätigen nur knapp über der Armutsgrenze liegt und sich betroffene Familien trotz eigener Erwerbstätigkeit in ähnlichen Armutslagen befinden wie Empfängerinnen und Empfänger von Mindestsicherungsleistungen (vgl. die Debatte zu den „working poor“, Hanesch 2011, 63).

Rund ein Drittel der Familien bezieht ihren Lebensunterhalt über soziale Transferleistungen in Form von Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld. Davon beziehen 27,9 % Arbeitslosengeld II („Hartz IV“). Landesweit bezogen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2020 nur 2,5 % der Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren

ALG II (vgl. Statistisches Landesamt 2021). Vergleicht man beide Anteile, wird deutlich, dass der Anteil von Familien mit Transferleistungsbezug im Kinderschutz deutlich höher ausfällt als im Durchschnitt der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. In 27,8 % der Fälle ist die Einkommenssituation der betroffenen Familie unbekannt, was u.a. darauf zurückzuführen ist, dass die Einkommenssituation nicht mehr erfragt wird, wenn sich Meldungen frühzeitig im Verlauf des Verfahrens als gegenstandslos erweisen.

Da bei diesem Merkmal Mehrfachnennungen möglich sind, kann die Summe der angegebenen Werte in der Abbildung mehr als 100 % ergeben.

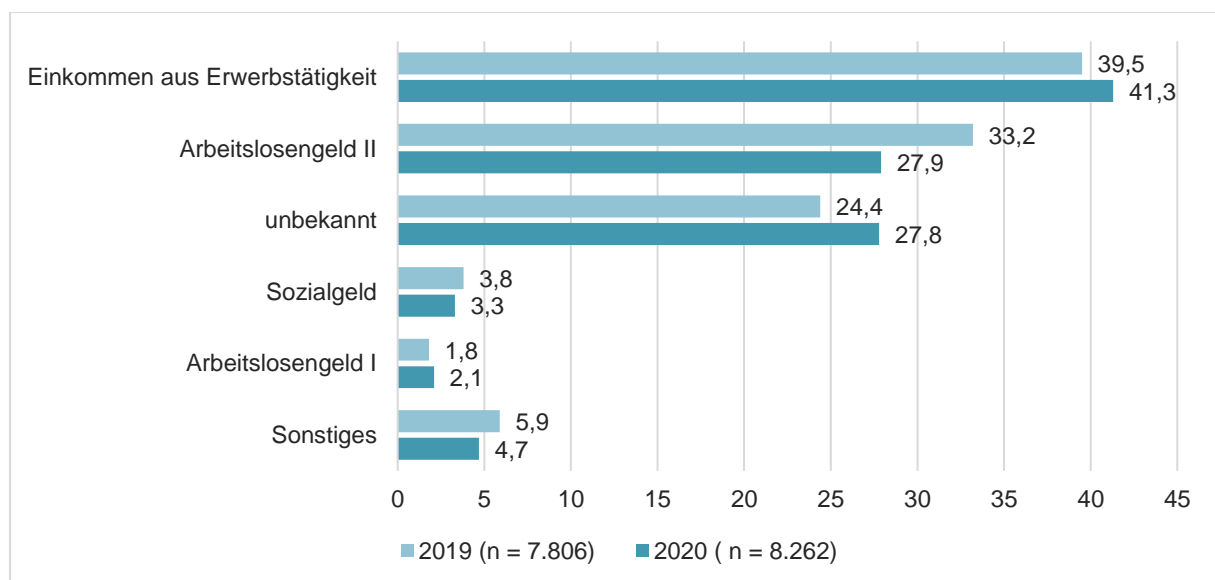


Abbildung 15 „Über welche Einkommensarten verfügte die betreuende Familie zum Zeitpunkt des Kontakts?“ (Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, 2019 und 2020)

Alter der Mutter bei der Geburt des von der Meldung betroffenen Kindes¹³

Als weiterer potentieller Risikofaktor wird in der Forschungsliteratur ein geringes Alter der Mutter bei der Geburt des Kindes benannt. Dahingehende Auswertungen machen deutlich, dass Kinder von minderjährigen bzw. jungen volljährigen Müttern von Gefährdungseinschätzungen tatsächlich überdurchschnittlich häufig betroffen sind. Im Jahr 2020 liegt der Anteil der von einer Gefährdungseinschätzung betroffenen Kinder, deren Mütter bei ihrer Geburt noch nicht volljährig waren, bei insgesamt 2,8 %. Betrachtet man diesen Wert isoliert, so mag dieser zunächst sehr niedrig erscheinen. Vergleicht man ihn jedoch mit dem Anteil der minderjährigen Mütter in der Gesamtbevölkerung (2019: 0,27 % bundesweit), wird ersichtlich, dass der Wert um ein Vielfaches erhöht ist. Auch im Kontext der Frühen Hilfen werden sehr junge Eltern als gesonderte Gruppe thematisiert (vgl. z.B. Bäcker 2008; Cierpka et al. 2013; Ziegenhain et al. 2004). Die Altersangabe bezieht sich bei dieser Erhebung auf den Zeitpunkt der Geburt

des von der Gefährdungseinschätzung betroffenen Kindes. Dadurch ist nicht auszuschließen, dass Mütter, die bei der Gefährdungseinschätzung ihres Kindes schon volljährig sind, bei der Geburt ihres ersten Kindes minderjährig waren und sich die aktuelle Meldung auf das später geborene Geschwisterkind bezieht. Schließt man diese Mütter in die Auswertungen ein, so fällt der Anteil der jungen Mütter bzw. jungen Eltern noch einmal höher aus. Im Jahr 2020 waren 16,9 % der Mütter bei der Geburt des von einer Gefährdungsmeldung betroffenen Kindes zwischen 18 und 21 Jahren alt und zählen somit zur Gruppe der „jungen Volljährigen“.

Rund die Hälfte der Meldungen (50,1 %) bezieht sich auf Kinder, deren Mütter bei der Geburt zwischen 22 und 30 Jahre alt waren. Betrachtet man den Bundesdurchschnitt, stellt die Gruppe der 22- bis 30-Jährigen die Altersgruppe mit der höchsten Geburtenrate dar. Gleichzeitig handelt es sich aber auch um die Altersspanne, innerhalb derer Frauen am häufigsten ihr erstes Kind zur Welt bringen (vgl. aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes).

¹³ Diese Variable wird ausschließlich in Rheinland-Pfalz erhoben.

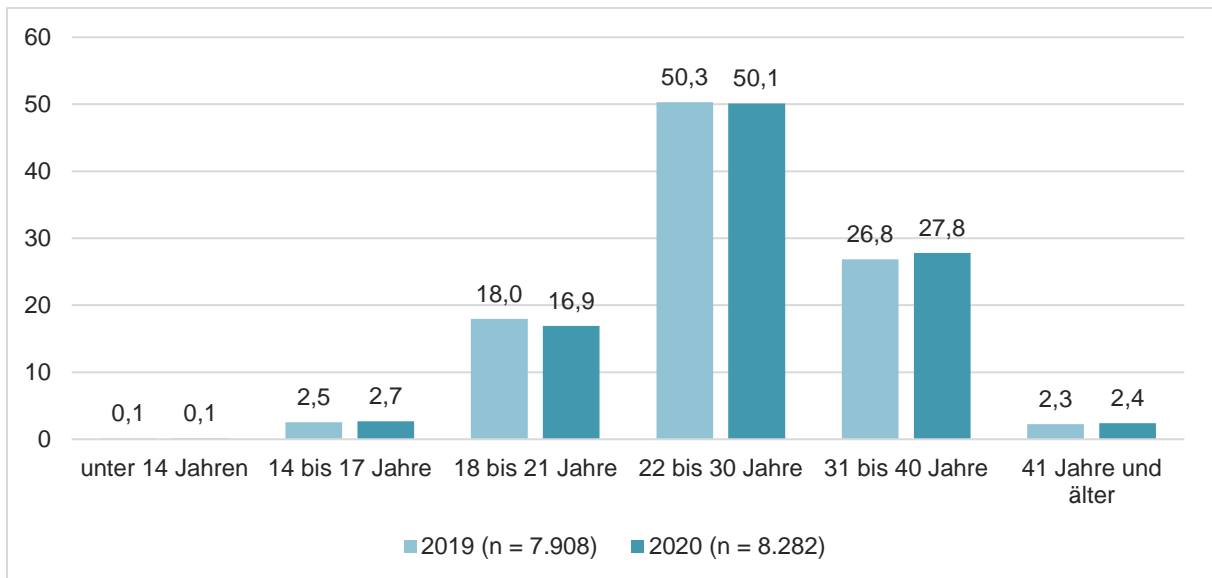


Abbildung 16 „Alter der Mutter bei der Geburt des von der Meldung betroffenen Kindes“ (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Anzahl der minderjährigen Kinder im Haushalt zum Zeitpunkt der Meldung¹⁴

Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes lebten im Jahr 2020 in Rheinland-Pfalz in Familien mit minderjährigen Kindern durchschnittlich 1,67 Kinder. Dabei wuchs rund die Hälfte der Kinder ohne Geschwisterkind auf (50,0%), in 38,3 % der Familien lebten zwei Kinder und in lediglich 11,7 % der Familien lebten drei und

mehr Kinder (Statistisches Bundesamt 2020).

Mehr als ein Drittel (35,1 %) der von einer Meldung betroffenen Familien hatte 2020 drei oder mehr Kinder und galten demnach als kinderreich. Setzt man dies in Vergleich zur Gesamtbevölkerung in Rheinland-Pfalz, so fällt der Anteil der Familien mit drei oder mehr Kindern im Kinderschutz überdurchschnittlich hoch aus.

¹⁴ Diese Variable wird ausschließlich in Rheinland-Pfalz erhoben.

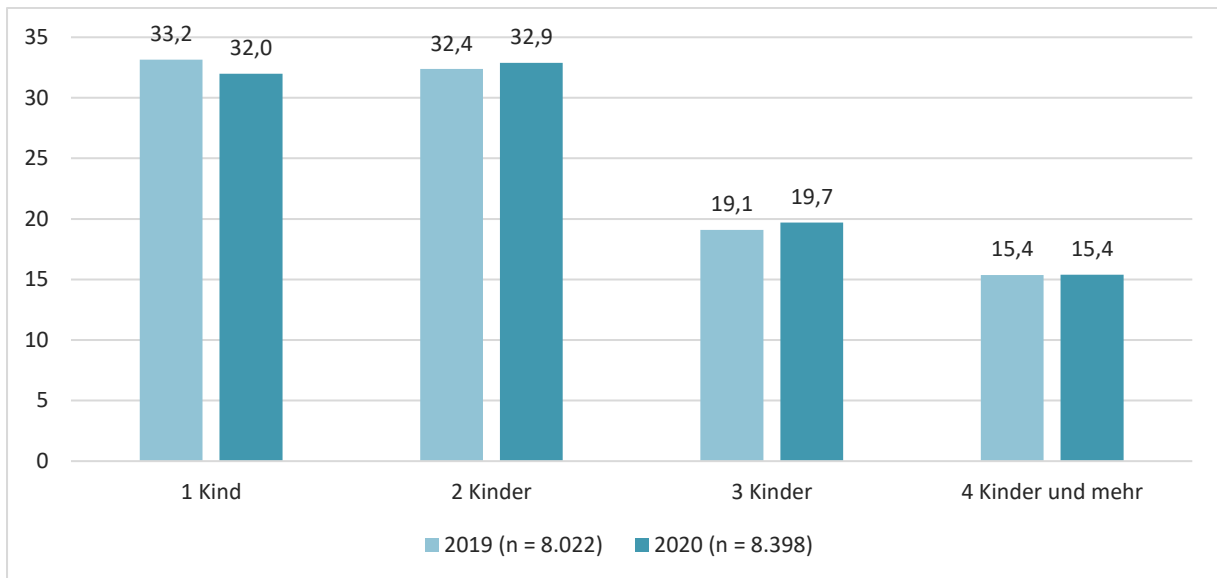


Abbildung 17 „Wie viele minderjährige Kinder lebten zum Zeitpunkt der Meldung am Aufenthaltsort des betroffenen Kindes?“ (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Angaben zur aktuellen Lebenssituation – Die Ergebnisse im Überblick

- Die Ergebnisse für 2020 zu den familiären Lebensformen, zum Transferleistungsbezug, dem Alter der Mutter bei der Geburt des betroffenen Kindes sowie dem Anteil kinderreicher Familien erlauben alle den Rückschluss, dass Kindeswohlgefährdung im Kontext prekärer Lebensverhältnisse entsteht. Die Wahrscheinlichkeit für eine Kindeswohlgefährdung in Familien mit belasteten Lebenslagen ist erhöht.
- Über die Hälfte der von einer Gefährdungseinschätzung betroffenen Kinder lebte bei einem alleinerziehenden Elternteil und gegebenenfalls mit einem Partner/einer Partnerin als Stiefelternteil. Diese beiden Familienkonstellationen sind im Kontext des Kinderschutzes deutlich häufiger vertreten als in der Gesamtbevölkerung.
- Die Ergebnisse zeigen, dass ein überdurchschnittlich hoher Anteil der von einer Gefährdungseinschätzung betroffenen Familien von Armut bedroht ist. Ein Großteil der Familien bezieht Transferleistungen des Staates.
- Insgesamt 2,8 % der Mütter, deren Kinder von einer Meldung betroffen sind, waren bei der Geburt dieses Kindes minderjährig. Damit liegt dieser Anteil deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Bei etwa jeder fünften Meldung zählte die Mutter zur Gruppe der „jungen Volljährigen“, war also zwischen 18 und 21 Jahre alt.
- Kinderreiche Familien sind im Kinderschutz deutlich überrepräsentiert: Über ein Drittel der von einer Gefährdungseinschätzung betroffenen Familien hatten drei und mehr Kinder.

4.4 Angaben zu den betroffenen jungen Menschen

Gemäß § 8a SGB VIII werden im Erhebungsbogen zu den Gefährdungseinschätzungen Angaben zu den betroffenen Kindern und Jugendlichen erfasst. Im Fokus der Betrachtung liegen dabei Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund des Kindes.

Alter der von der Meldung betroffenen jungen Menschen

In Abbildung 18 ist die Verteilung der Altersgruppen der von einer Gefährdungseinschätzung betroffenen Kinder dargestellt. Diese erweist sich im Zeitraum der Erhebungen seit 2010 als zeitstabil. Auch im Jahr 2020 zeigt sich, dass alle Altersgruppen des Kindes- und Jugendalters vertreten sind. Gut jedes fünfte betroffene Kind (22,3 %) gehört zur Gruppe der unter 3-Jährigen, etwas mehr als die Hälfte (53,7 %) der Gefährdungseinschätzungen bezieht sich auf Kinder im Alter zwischen 3 und 12 Jahren. Die Anzahl der Kinderschutzverdachtsfälle in Rheinland-Pfalz nimmt mit zunehmendem Alter ab. Nichtsdestotrotz ist jedes zehnte Kind (10,0 %) zum Zeitpunkt der Meldung zwischen 15 und 18 Jahren alt.

Der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung bestätigt sich bei Kindern im Alter von unter einem Jahr (35,3 %) sowie bei älteren Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 12 bis unter 15 Jahren (36,6 %)

und 15 bis unter 18 Jahren (42,5 %) vergleichsweise häufig. Bei der Altersgruppe der unter 1-Jährigen kann dieses Ergebnis auch auf eine generell hohe Vulnerabilität zurückgeführt werden. Für Risiko- und Gefährdungseinschätzungen im Bereich der frühen Kindheit fällt der zeitliche Handlungsspielraum meist sehr gering aus, weshalb „eine rasche und präzise Entscheidung im Einzelfall“ (Ostler/Ziegenhain 2008, 68) erforderlich ist. Betrachtet man die Altersgruppe der ab 12-Jährigen, so stellt man fest, dass diese Gruppe innerhalb der letzten neun Jahre deutlich wachsende Anteile in allen Gefährdungseinschätzungen einnimmt. Dabei hat sich der Anteil der 15- bis unter 18-Jährigen am stärksten erhöht. Dieser Befund verdeutlicht, dass ältere Kinder und Jugendliche im institutionellen Kinderschutz zunehmend Beachtung finden (vgl. Böllert/Wazlawik 2012). Auch die fachliche Debatte nimmt sich dem Kinderschutz bei Jugendlichen zunehmend an: So werden Jugendliche als "vergessene Zielgruppe im Kinderschutz" bezeichnet und die Fragen aufgeworfen, was Gefährdungslagen Jugendlicher im Sinne des § 8a SGB VIII sind, was gewichtige Anhaltspunkte sein können und ob der Schutzauftrag des § 8a SGB VIII bis zur Volljährigkeit gilt bzw. es analog zu den Frühen Hilfen auch gezielt Hilfen für Jugendliche geben müsse (vgl. Kindler 2011a; Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik 2011).

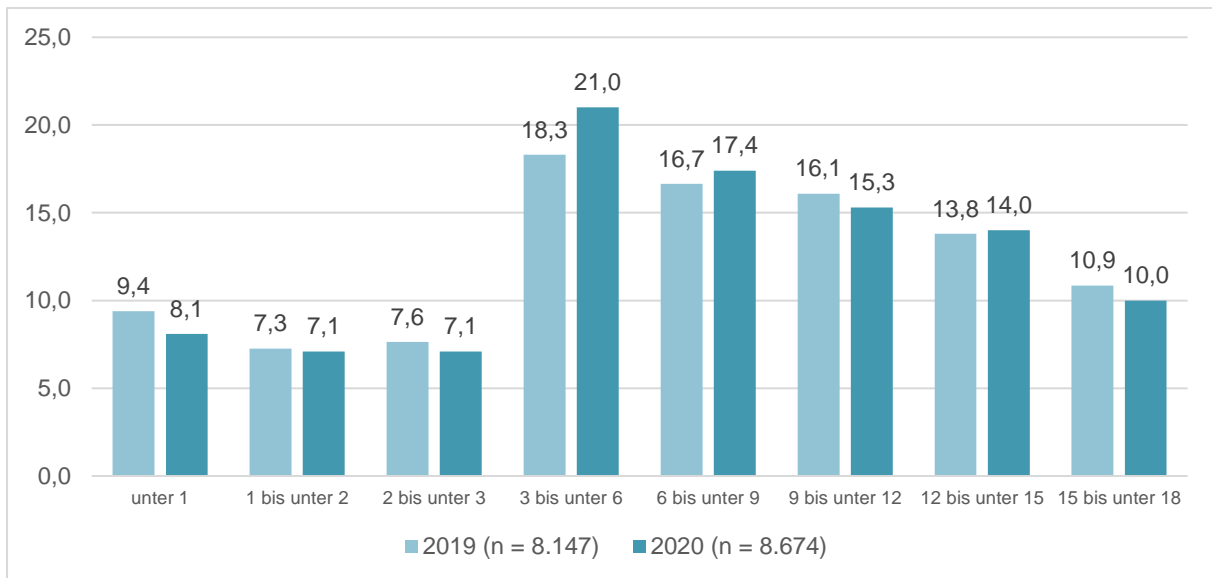


Abbildung 18 Alter des jungen Menschen zum Zeitpunkt der Meldung (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Geschlecht der von der Meldung betroffenen jungen Menschen

Wie auch im Vorjahr zeigt sich im Rahmen der Erhebung im Jahr 2020, dass Mädchen und Jungen nahezu gleich häufig von einer Gefährdungseinschätzung nach § 8a SGB VIII betroffen sind (Mädchen: 48,4 %, Jungen 51,4 %). Dabei zeigt die differenzierte Analyse nach Altersgruppen, dass in den jüngeren Altersgruppen (bis 12 Jahre) etwas häufiger Jungen, in den

höheren Altersgruppen (insbesondere 15 bis 18 Jahre) etwas häufiger Mädchen betroffen sind (ohne Abbildung). Damit verbunden sind auch geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Anhaltspunkte für Gefährdungen, die auf geschlechtsspezifische Bewältigungsmuster hinweisen (bei Jungen häufiger Verhaltensauffälligkeiten, bei älteren Mädchen häufiger selbstgefährdendes Verhalten sowie Selbstmeldungen).

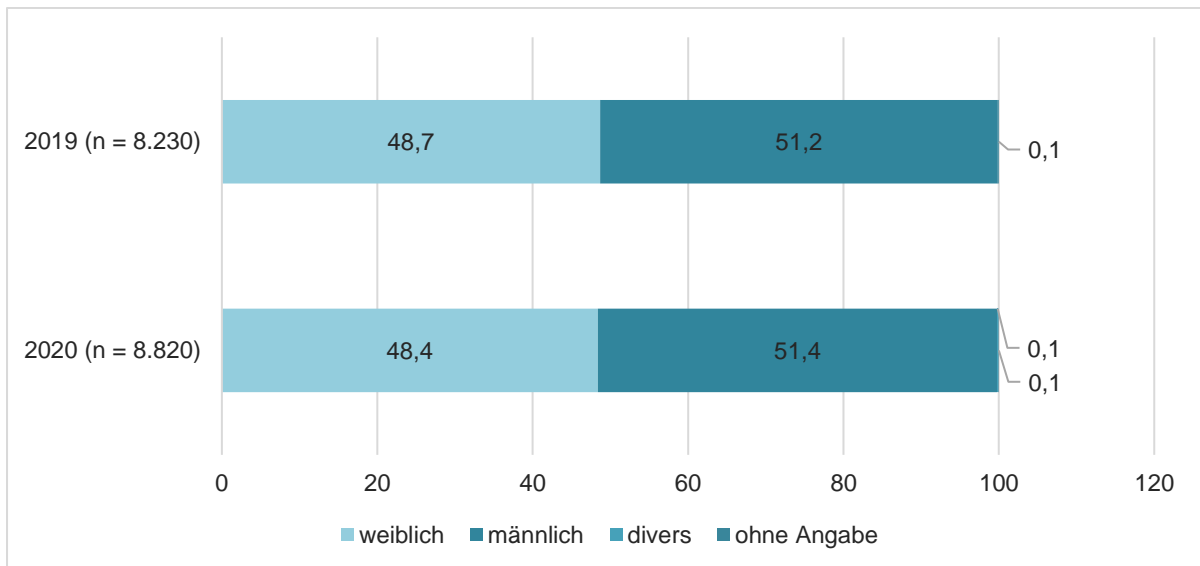


Abbildung 19 Geschlecht des von der Meldung betroffenen jungen Menschen (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Migrationshintergrund der von der Meldung bzw. Gefährdungseinschätzung betroffenen Kinder¹⁵

Im Jahr 2020 betrafen 36,1 % der Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII Kinder und Jugendliche mit einem Migrationshintergrund (Definition des Mikrozensus). Im Vorjahr lag der entsprechende Anteil mit 37,5 % auf einem ähnlichen Niveau.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung in Rheinland-Pfalz betrug der Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Jahr 2020 rund 40 % (vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2021). Der Befund macht deutlich, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund – entgegen der öffentlichen Wahrnehmung – weder häufiger noch seltener vom Verdacht auf Kindeswohlgefähr-

dung betroffen sind als Kinder ohne Migrationshintergrund. Auch erhärtete sich der Verdacht bei Kindern in Familien mit Migrationshintergrund nicht signifikant häufiger als in Familien ohne Migrationshintergrund. Familien mit Migrationshintergrund stellen eine zentrale Zielgruppe im Kinderschutz dar, jedoch nicht, weil sie weniger gut in der Lage sind, ihre Kinder zu schützen, sondern, weil sie zunehmend hohe Anteile an der Gesamtbevölkerung stellen. Detailliertere Auswertungen des Merkmals „Migrationshintergrund“ verweisen darauf, dass es vor allem viele Gemeinsamkeiten zwischen den Gruppen mit/ohne Migrationshintergrund gibt und sich somit auch hier vor allem allgemeine professionelle Fragen stellen. Unterschiede zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund können nur vereinzelt festgestellt werden (ausführlich wurde der Zusammenhang Migration und Kinderschutz im

¹⁵ Diese Variable wird ausschließlich in Rheinland-Pfalz erhoben.

§ 8a-Bericht 2015 in Form eines Sonderkapitels ausgearbeitet (vgl. Artz/de Paz Martínez 2017, Ergebnisse auch veröffentlicht in Müller/de Paz Martínez/Artz 2018)).

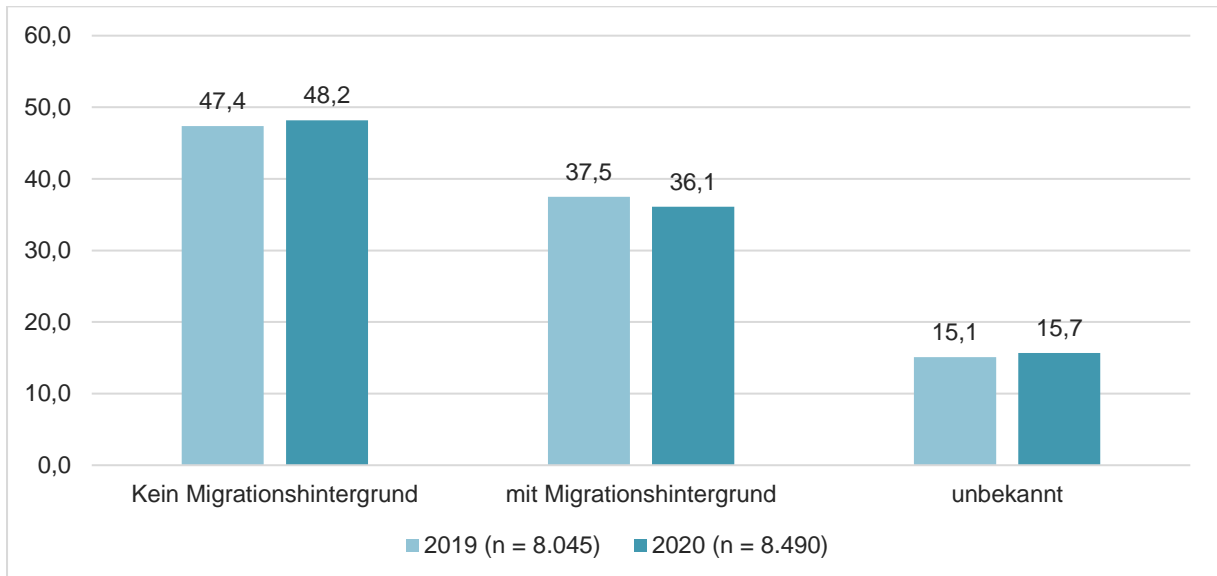


Abbildung 20 Migrationshintergrund des von der Gefährdungseinschätzung betroffenen jungen Menschen (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)

Angaben zu den betroffenen jungen Menschen – Die Ergebnisse im Überblick

- Von Gefährdungseinschätzungen nach § 8a SGB VIII sind alle Altersgruppen betroffen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang. Dabei beziehen sich gut ein Fünftel aller Gefährdungseinschätzungen auf Kinder unter drei Jahren und 20,1 % der Meldungen auf Kinder zwischen 3 und unter 6 Jahren. Gut jede zehnte Gefährdungseinschätzung bezieht sich auf Jugendliche im Alter von 15 bis unter 18 Jahren. Die Ergebnisse zeigen, dass sich für Kinder im Alter von unter einem Jahr sowie für ältere Kin-

der bzw. Jugendliche im Alter zwischen 12 und 18 Jahren der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung vergleichsweise häufiger bestätigt.

- Jungen und Mädchen sind gleichermaßen von Gefährdungseinschätzungen betroffen.
- Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind bei den Gefährdungseinschätzungen ungefähr entsprechend ihres Anteils an der unter 18-jährigen Gesamtbevölkerung in Rheinland-Pfalz vertreten. 36,1 % der im Jahr 2020 betroffenen Kinder und Jugendlichen hatten einen Migrationshintergrund.

5 Zentrale Kernbefunde

Das folgende Kapitel fasst die zentralen Befunde zu den Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII in Rheinland-Pfalz im Berichtsjahr 2020 zusammen und kommentiert diese fachlich. Die Ausführungen beziehen sich auf den Meldungskontext, die Gefährdungseinschätzung, die Verfahren im Jugendamt sowie die Lebenssituation des von der Einschätzung betroffenen jungen Menschen bzw. der Familie.

Die Gesamtzahl der § 8a-Verfahren stabilisiert sich auf einem hohen Niveau: Auch im Berichtsjahr 2020 wird für etwa ein Prozent aller Kinder und Jugendlichen in Rheinland-Pfalz eine Gefährdungseinschätzung gemäß § 8a SGB VIII durch die Fachkräfte der Jugendämter durchgeführt.

Insgesamt wurden in den 40 an der Erhebung teilnehmenden rheinland-pfälzischen Jugendämtern im Jahr 2020 8.832 Gefährdungseinschätzungen („§ 8a-Verfahren“) durchgeführt. Dies verweist auf eine ungebrochen hohe gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Kinderschutzes. Bezieht man die Zahl der Gefährdungseinschätzungen auf die Bevölkerungsgruppe der unter 18-Jährigen bedeutet dies, dass etwa ein Prozent aller Kinder und Jugendlichen, die 2019 in den 40 rheinland-pfälzischen Städten und Landkreisen lebten, zum Gegenstand einer Gefährdungseinschätzung geworden sind (Eckwert 14,1 in Rheinland-Pfalz).

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Gefährdungseinschätzungen um 6,9 % gestiegen. Damit fällt der Zuwachs etwas geringer aus, als in den vergangenen Jahren (z.B. von 2018 auf 2019 um 8,7 %) – der Trend steigender Zahlen im Kinderschutz setzt sich jedoch fort. Von besonderem Interesse war im Jahr 2020 zudem die Frage, ob und inwiefern die Coronapandemie und die damit verbundenen zeitweisen Schließungen von Institutionen des öffentlichen Lebens Einfluss auf die Zahl der § 8a-Verfahren gehabt haben. Nach bisheriger Datenlage lassen sich diesbezüglich keine Veränderungen feststellen (vgl. hierzu ausführlich *ism gGmbH 2021a*). Das bedeutet, dass trotz der Schließung von Kindertagesstätten und Schulen den Jugendämtern aus funktionierenden Kinderschutznetzwerken heraus mögliche Gefährdungen gemeldet wurden.

Die zeitnahe und fachlich qualifizierte Bearbeitung der gemeldeten Gefährdungen durch die Jugendämter bindet hohe zeitliche und personelle Kapazitäten: Im Zuge der Gefährdungseinschätzung wird bei 83 % der Fälle der direkte Kontakt zum jungen Menschen bzw. der Familie gesucht.

Ganz unabhängig davon, ob sich der Verdacht einer Kindeswohlgefährdung später erhärtet oder nicht zieht jede Mitteilung ans Jugendamt ein aufwändiges Einschätzungsverfahren über die mögliche Gefährdungslage nach sich. Für die Sicherstellung eines qualifizierten Kinderschutzes ist

es notwendig, dass jedes Jugendamt über ein transparent geregeltes und an die jeweiligen Voraussetzungen vor Ort angepasstes Verfahren zur Gefährdungseinschätzung verfügt. Verbindliche Absprachen über Instrumente, methodisch strukturierte Vorgehensweisen und Formen der Dokumentation dienen in strittigen Fällen darüber hinaus auch der Absicherung der Fachkräfte. Hierzu verfügen die Jugendämter über ein breites Spektrum an vielfältigen fachlichen Schritten der Kontaktaufnahme, der Informationseinkholung bzw. des Einbezugs anderer hilfebringender Dienste, um zu einer belastbaren Risikoeinschätzung zu gelangen. Im Rahmen dieser Schritte fand im Jahr 2020 in über drei Viertel aller Fälle (79,3 %) eine methodisch strukturierte kollegiale Fallberatung statt. Besprechungen im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte (4-Augen-Prinzip) erfolgten in 80,9 % der Fälle (Mehrfachnennungen möglich). In jeweils ca. 30 % der Fälle wurde ein angekündigter (29,8 %) und/oder unangekündigter (30,9 %) Hausbesuch durchgeführt, um einer Gefährdungsmeldung nachzugehen. Darüber hinaus fanden weitere Gespräche – auch unter Einbezug anderer Institutionen – statt, um den jeweiligen Hilfebedarf im persönlichen Kontakt zu klären. In insgesamt rund 83 % aller Meldungen wurde als fachlicher Schritt ein persönlicher Kontakt mit dem Kind bzw. der Familie aufgenommen und zwar in Form von Hausbesuchen, Gesprächen im oder außerhalb des Jugendamtes und/oder Inobhutnahmen.

Im Vergleich zum Vorjahr (85,4 %) hat sich dieser Anteil kaum verändert. Entsprechend wurden auch in Zeiten der Corona-Pandemie Wege gefunden, diese fachlichen Schritte – unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregulungen – regulär durchzuführen. Die Auswertung der Reaktionszeit, d. h. der Zeitraum zwischen dem Eingang der Meldung und dem Erstkontakt mit dem jungen Menschen belegt, dass auch im Pandemie-Jahr 2020 – trotz zum Teil notwendig gewordener Veränderungen in den Abläufen und einem Aufbrechen der Verfahrensroutinen – zeitnah auf die eingehenden Meldungen reagiert werden konnte: Wie im Vorjahr fand in über einem Viertel der Fälle bereits am Tag des Eingangs der Meldung ein persönlicher Kontakt zur Familie bzw. dem von der Meldung betroffenen jungen Menschen statt. Bei knapp zwei Drittel der Fälle erfolgte ein solcher Kontakt innerhalb der ersten Woche.

Die Befunde zu den fachlichen Schritten und der Reaktionszeit verdeutlichen die hohen zeitlichen und personellen Ressourcen, die die Bearbeitung der Gefährdungseinschätzungen im Nachgang einer § 8a SGB VIII-Meldung im Jugendamt bindet. Jugendämter benötigen entsprechend ausreichend Ressourcen, um jeder Meldung möglichst zeitnah und professionell nachzugehen und damit einen qualifizierten Kinderschutz gewährleisten zu können. Die Anforderungen an das diesbezüglich notwendige fachliche Wissen und Können sind dabei im Zuge der Qualitätsdebatte

im Kinderschutz nicht weniger geworden (vgl. AGJ 2019). So haben die neuen Reformen und fachlichen Debatten vielfältige Aktivitäten im Handlungsfeld Kinderschutz angestoßen, gleichzeitig aber auch Verunsicherungen und Irritationen im Feld ausgelöst (vgl. Heinitz/Schone 2013, 622). Insbesondere der Allgemeine Soziale Dienst steht im Zuge dieser Entwicklung vor der Herausforderung, sich neu etablierte Verfahren und Handlungsabläufe im Kinderschutz anzueignen und diese stetig zu verbessern. Dabei wird der steigende Personalbedarf in der Kinder- und Jugendhilfe – gerade auch in den ASDs – zum großen Teil mit Berufsanfängerinnen und -anfängern gedeckt, was Fragen zu sinnvollen Einarbeitungskonzepten und notwendigem Wissen und Fertigkeiten junger Fachkräfte im Kinderschutz aufwirft (ebd.). Die Daten deuten darauf hin, dass die Anzahl der Kinderschutzmeldungen bzw. Gefährdungseinschätzungen weiterhin als bedeutender Faktor der Arbeitsbelastung in den Sozialen Diensten zu beobachten ist und Ressourcen für Investitionen in kontinuierliche Fortbildung sowie Qualifizierung der Fachkräfte bereitzustellen sind.

Die im Jahr 2008 im Rahmen des Landeskinderschutzgesetzes angestoßenen Prozesse zum Aufbau lokaler Netzwerke Frühe Hilfen und Kinderschutz zeigen in mittlerweile landesweit etablierten Arbeitsstrukturen zwischen den unterschiedlichen Sozialleistungsbereichen,

Schulen und dem Gesundheitssystem Wirkung. Die Kooperationen bilden sich in der vielfältigen Zusammensetzung der meldenden Personen und Institutionen ab.

Im Zuge der fachlichen Debatten um einen gelingenden Kinderschutz hat sich ein breit geteiltes Verständnis entwickelt, dass es das Zusammenwirken aller gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure braucht, die beruflich in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen, um deren verlässlichen Schutz sicherzustellen. Rheinland-Pfalz hat mit dem Landeskinderschutzgesetz 2008 den Grundstein für den Aufbau und die Etablierung vielfältiger Netzwerkstrukturen rund um Frühe Hilfen und Kinderschutz in den Kommunen gelegt und interdisziplinäre Kooperationen zwischen Kinder- und Jugendhilfe und anderen Systemen strukturell gestärkt. Die so entstandenen lokalen Netzwerke Frühe Hilfen und Kinderschutz haben sich mittlerweile etabliert und gefestigt (vgl. MFFJIV 2020, 57 ff.). In den Befunden zu den meldenden Personen und Institutionen spiegeln sich diese bestehenden Netzwerke bzw. getroffene Kooperationsvereinbarungen zur Umsetzung des § 8a SGB VIII vor Ort oftmals wider. Aus den Ergebnissen zur Zusammensetzung der Gruppe der Meldenden in den einzelnen Jugendämtern können Hinweise abgeleitet werden, wo Kooperationen bereits entwickelt sind und wo es sinnvoll sein könnte, Kooperationsstrukturen gegebenenfalls noch auf- oder auszubauen. Zu-

dem können Meldende durch ihre Kontaktaufnahme mit dem Jugendamt den Zugang zur Familie und somit auch den Prozess der Zusammenarbeit wesentlich mitbestimmen. So ist z. B. davon auszugehen, dass die Meldung über eine Regelinstitution wie die Schule oder die Kindertagesstätte die weitere Arbeit mit der Familie und somit auch den gesamten Hilfeprozess tendenziell in eine andere Richtung lenkt als eine Meldung, die beispielsweise aus einer Eskalation mit Beteiligung der Polizei resultiert. Die Kooperation mit Meldegruppen aus anderen Systemen (Gesundheit, Bildung, Strafverfolgung) ist besonders herausfordernd, wenn sich die grundlegenden Paradigmen und Logiken deutlich von jenen der Kinder- und Jugendhilfe unterscheiden. Hier gilt es, im Rahmen einer Annäherung zu einem gegenseitigen Verständnis der Systeme, der Handlungsroutinen, der Begriffe und der unterschiedlichen Aufgaben zu gelangen. Neben den Meldungen von Personen aus dem sozialen Nahraum der betroffenen jungen Menschen, wie z. B. Nachbarn oder Verwandten, spielen vor allem Meldungen von Institutionen wie Polizei, Schule, sowie Akteurinnen und Akteuren aus dem Gesundheitswesen oder Einrichtungen bzw. Diensten der Hilfen zur Erziehung eine große Rolle. Dies gilt auch für das Pandemie-Jahr 2020. Zwar lassen sich hier unterjährig leichte Corona-Effekte durch die Schließung von Schulen und Kindertagesstätten in Phasen des Lockdowns feststellen (vgl. hierzu ausführlich

ism gGmbH 2021a), insgesamt sind die Anteile der Gefährdungsmeldungen, die auf die Institutionen Schule (7,7 %) und Kita (2,6 %) zurückgehen, jedoch nur leicht gesunken. Die quantitativ bedeutendste Meldegruppe stellen im Jahr 2020 wie auch in den Vorjahren Polizei/Gericht/Staatsanwaltschaft dar.

Seit Beginn des Monitorings sind im Kinderschutz alle Altersgruppen im Blick der Jugendämter. Dies gilt auch für das Jahr 2020.

Die bundesweite Diskussion um Frühe Hilfen und Kinderschutz bezieht sich zwar häufig vor allem auf jüngere Kinder, die § 8 a-Statistik zeigt jedoch von Beginn an, dass auch die 15- bis unter 18-Jährigen im Blickfeld der Sozialen Dienste im Jugendamt sind. Auch wenn sich die Altersverteilung im Zeitraum der Erhebungen seit 2010 insgesamt als recht stabil erweist, ist ein leichter Anstieg des Anteils der betroffenen jungen Menschen ab 12 Jahren festzustellen. Der Anteil der 15- bis unter 18-Jährigen hat sich dabei am stärksten erhöht. Im Jahr 2020 bezog sich jede zehnte Gefährdungsmeldung auf junge Menschen dieser Altersgruppe. Dieser Befund macht deutlich, dass ältere Kinder und Jugendliche im institutionellen Kinderschutz zunehmend Beachtung finden (vgl. bereits 2012 Böllert/Wazlawik 2012). Auch die fachliche Debatte nimmt sich dem Kinderschutz bei Jugendlichen zunehmend an: So werden Jugendliche als "vergesene Zielgruppe im Kinderschutz" bezeichnet und fachlich-konzeptionelle Fragen an

die Verfahren aufgeworfen (vgl. Kindler 2011a). Die Besonderheiten der verschiedenen Altersgruppen im Kinderschutz wurden im § 8a-Bericht 2016 in Form eines Sonderkapitels aufbereitet (vgl. MFFJIV 2017).

Trotz dieser Entwicklung handelt es sich im Kinderschutz nach wie vor zu großen Teilen um (Klein-)Kinder. Gut jedes fünfte betroffene Kind gehört zur Gruppe der unter 3-Jährigen (22,3 %), bei weiteren 21,0 % handelt es sich um junge Menschen im Kita-Alter (3 bis unter 6 Jahre). Während eine latente Gefährdung in allen Altersgruppen ähnlich häufig dokumentiert wird, bestätigt sich der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung bei Kindern im Alter von unter einem Jahr sowie bei älteren Kindern und Jugendlichen (zwischen 12 und 15 sowie zwischen 15 und unter 18 Jahren) vergleichsweise häufig. Bei der Gruppe der unter 1-Jährigen lässt sich dieses Ergebnis sicher auf die hohe Vulnerabilität von Säuglingen und Kleinkindern zurückführen.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind bei den „8a-Verfahren“ entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung vertreten. Im Jahr 2020 beziehen sich landesweit 36,1 % der Gefährdungseinschätzungen auf Kinder mit Migrationshintergrund.

Familien mit Migrationshintergrund stellen eine zentrale Zielgruppe im Kinderschutz dar, jedoch nicht, weil sie weniger in der

Lage sind, ihre Kinder zu schützen, sondern weil sie zunehmend hohe Anteile an der Gesamtbevölkerung stellen. Im Jahr 2020 lag der Anteil an jungen Menschen mit Migrationshintergrund in der rheinland-pfälzischen Gesamtbevölkerung bei rund 40 % (unter 18-Jährige, vgl. Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2021; eigene Anfrage). Dies entspricht in etwa ihrem Anteil im Kinderschutz (36,1 %). Beim Vergleich der Gefährdungseinschätzungen in Familien mit und ohne Migrationshintergrund deuten viele ähnliche Befunde zwischen den beiden Gruppen auf allgemeine professionelle Herausforderungen im Kinderschutz. Aus vereinzelt Unterschieden leiten sich mögliche Ansatzpunkte für eine migrationssensible Ausgestaltung des Handlungsfeldes Kinderschutz ab, wie sie auch im Modellprojekt „Migrationssensibler Kinderschutz“ (IGfH/ism) erstmals aufgezeigt wurden (vgl. Jagusch et al. 2012; für ausführliche und differenzierte Befunde zu den Gefährdungseinschätzungen nach Migrationshintergrund vgl. MFFJIV 2016; de Paz Martínez/Artz 2017).

Die Arbeit der Sozialen Dienste mit Migrationsfamilien ist bereits Normalität. In der Praxis kann sie aus verschiedenen Gründen als herausfordernd erlebt werden (Verunsicherungen hinsichtlich vermeintlich anderer „kultureller“ Praktiken, Unkenntnis der Lebenssituation, Unsicherheit aufgrund bestehender Stereotype, Fremdheitsgefühle u. ä.). Es zeichnet sich ab, dass das Thema Migration vor dem Hinter-

grund der demographischen Entwicklungen auch perspektivisch von wachsender Bedeutung sein wird. Die vergleichsweise junge Altersstruktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund lässt anwachsende Anteile der Menschen mit Migrationshintergrund erwarten, was insbesondere für die jungen Altersgruppen gilt. Auch die Zuwanderung von Geflüchteten aus Krisengebieten seit 2015 und die teils erfolgte dauerhafte Niederlassung hat ein steigendes Interesse an migrationspezifischen Fragestellungen im Kinderschutz ausgelöst. Hier zeigt sich ein Fortbildungs- und Aufklärungsbedarf, um Hemmschwellen auf beiden Seiten zu senken und ein fachliches und normalisierendes Miteinander zwischen Fachkräften und allen jungen Menschen und ihren Familien unabhängig von der Herkunft gestalten zu können.

Zwar kann das Aufwachsen in Armut nicht mit einer Gefährdungslage gleichgesetzt werden, Armut erweist sich jedoch als starker Risikofaktor für das Auftreten einer Kindeswohlgefährdung: Im Kinderschutz sind Familien mit Transferleistungsbezug überrepräsentiert.

Rund ein Drittel der Familien, die von einer Gefährdungseinschätzung betroffen waren, bezog im Jahr 2020 ihren Lebensunterhalt über soziale Transferleistungen (ALG I, ALG II oder Sozialgeld). Armut tritt häufig mit weiteren risikobehafteten Faktoren der Lebenslage, wie z. B. der alleiner-

ziehenden Lebensform, einer hohen Kinderzahl oder einem jungen Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes auf. Nicht selten gehen mit schwierigen materiellen Rahmenbedingungen auch ein Mangel an sozialen Ressourcen sowie individuelle Bewältigungsprobleme einher, die zu Überforderungen führen und somit das Erziehungsgeschehen beeinflussen können. Es sind demnach in der Regel die Lebensbedingungen insgesamt, die zu einem erhöhten Risiko für unangemessenes Erziehungsverhalten bzw. Mangelsituationen in der Versorgung von Kindern und Jugendlichen beitragen können. Kausalitäten abzuleiten, die das Auftreten einer Kindeswohlgefährdung im Kontext einer prekären Lebenssituation zwangsläufig voraussagen, wäre an dieser Stelle demnach nicht zulässig. Je nach Fall können protektive Faktoren negative Ereignisse und Umstände kompensieren und abwenden (vgl. hierzu die vielfältigen Befunde aus der Resilienzforschung).

Dennoch lassen sich in den Daten bestimmte Lebenssituationen benennen, die das Risiko für das Auftreten einer Kindeswohlgefährdung begünstigen. Risikofaktoren stellen neben dem Bezug von Arbeitslosengeld II alleinerziehende Elternteile, kinderreiche Familien oder Familien mit einem jungen Alter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes dar. Diese Gruppen sind im Kinderschutz im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich überrepräsentiert.

Diese Befunde verweisen auf die Notwendigkeit, Familien in prekären Lebenslagen bei der Ausgestaltung der Unterstützungsleistungen noch stärker in den Blick zu nehmen. Sinnvoll erscheinen die Entwicklung von Hilfskonzepten, die gezielt auf die Bedarfe dieser Familien zugeschnitten sind, sowie der Ausbau und die Weiterentwicklung präventiver Angebote im Kontext einer nicht-stigmatisierenden Regelstruktur. Derart können Familien in schwierigen Situationen entlastet und mögliche Problemeskalationen rechtzeitig vorgebeugt werden.

Etwa zwei Drittel der Familien, die mit einer Gefährdungseinschätzung in Berührung kommen, sind dem Sozialen Dienst der Jugendämter bereits bekannt. Nicht selten werden die Verfahren zur Gefährdungseinschätzung zudem aus laufenden Hilfen heraus veranlasst.

Die öffentliche Kinder- und Jugendhilfe stellt Familien heute ein breites Spektrum an völlig unterschiedlichen Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfeleistungen sowie Regelstrukturangeboten im Rahmen von Kindertagesbetreuungen oder der Jugendarbeit bereit. Über diese häufig niedrigschwelligen und vielfältigen Zugangswege kommt das Jugendamt mit einem Großteil der Familien in der Kommune in Kontakt, woran sich eine (auch niedrigschwellige) Beratung anschließen kann. Das Jugendamt ist heute ein normaler Bestandteil der sozialen Infrastruktur und so-

mit längst nicht mehr nur mit „Randgruppenfamilien“ oder „Problemfällen“ befasst. Gerade im Kontext eines präventiven Kinderschutzes sind diese frühen Kontakte und Zugänge für alle Familien in der Kommune ausdrückliches Ziel. Entsprechend verwundert der Befund nicht, dass seit Beginn der Erhebungen ein konstant hoher Anteil der gemeldeten Familien dem Jugendamt zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung bereits bekannt war (ca. zwei Drittel). Kinderschutzverdachtsmeldungen betreffen demnach häufig Familien, die das Jugendamt aus unterschiedlichen Zusammenhängen bereits kennt. Dieser Befund bietet zentrale Ansatzpunkte für die Weiterentwicklung gezielter Präventionsansätze im Jugendamt (vgl. Müller et al. 2012). In Familien, die dem Jugendamt bereits bekannt waren, bestätigte sich der Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung etwas häufiger als in bislang unbekanntem Familien. Darüber hinaus wurde in diesen Fällen etwas häufiger eine stationäre Hilfe eingeleitet oder eine Inobhutnahme durchgeführt. Die Fachkräfte im ASD benötigen demnach sowohl entsprechende Rahmenbedingungen als auch fachliches Wissen, um insbesondere Familien in prekären und risikobehafteten Lebenssituationen gut begleiten und unterstützen zu können. Der Befund sollte deshalb auch immer den Ausgangspunkt kritischer Reflektionen von Hilfeförderungspraxis bilden, die auf nur kurze Helfelaufzeiten setzt, weil die Jugendämter vor dem Hintergrund steigender Fallzahlen

und steigender Kosten stark unter Druck stehen.

Im Jahr 2020 lag der Anteil der Familien, die dem Jugendamt bzw. dem ASD aus früheren Beratungen bereits bekannt waren, bei 61,9 %. Knapp 42 % der Familien befanden sich zum Zeitpunkt des § 8a-Verfahrens im Hilfebezug (Leistungen und Unterstützungen der Kinder- und Jugendhilfe nach §§ 16-18, 19, 27-35, 35a, 42 SGB VIII). Dabei handelte es sich im Jahr 2020 insbesondere um formlose Beratungen nach § 16 SGB VIII und die Sozialpädagogische Familienhilfe nach § 31 SGB VIII (jeweils 16,4 %), sowie Trennungs- und Scheidungsberatung nach §§ 17, 18 SGB VIII (4,8 %). Um das Wohl von Kindern und Jugendlichen, die bereits Hilfen erhalten, sicherzustellen, braucht es tragfähige Kooperationsstrukturen und Verfahren, welche die Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern in der Kinderschutzarbeit entsprechend den Vorgaben des § 8a SGB VIII regeln. Zentral ist hier insbesondere Rollenklarheit in der Kooperation zwischen öffentlichem und freiem Träger der Kinder- und Jugendhilfe, um das Verfahren für alle Beteiligten transparent zu gestalten und in enger Abstimmung zu gemeinsamen Einschätzungen der Situation gelangen zu können. In Einzelfällen kann die Zusammenarbeit belastet werden, wenn die Bewertungen des öffentlichen und freien Trägers hinsichtlich der Frage auseinandergelassen, ob der Schutz des Kindes oder die Unterstützung der Familie im Vordergrund stehen sollen

(vgl. Schrapper 2008). In solchen Fällen, in denen die Wahrnehmungsperspektiven – und somit auch häufig die einzuleitenden Schritte – voneinander abweichen, sollten Verfahren installiert sein, die eine befriedigende Klärung sowohl im Sinne des jungen Menschen als nach Möglichkeit auch der Familie gewährleisten können.

Die Verdachtsmeldungen bestätigten sich in etwa jeder dritten durchgeführten Gefährdungseinschätzung. Die Fachkräfte kommen dabei in 14,9 % der Fälle zu dem Ergebnis, dass eine Kindeswohlgefährdung vorliegt, in 19,5 % wird eine latente Gefährdung festgestellt. Über ein weiteres Drittel der Meldungen (34,1 %) ergeben sich wichtige Zugänge zu Hilfe und Unterstützung.

Im Berichtsjahr 2020 lag der Anteil bestätigter (akuter oder latenter) Kindeswohlgefährdung in der Summe bei 34,4 %. Mit 34,1 % ähnlich hoch fällt der Anteil der Meldungen aus, bei denen die Fachkräfte im Rahmen der Gefährdungseinschätzung zu dem Ergebnis kamen, dass keine Kindeswohlgefährdung vorliegt, jedoch ein Hilfebedarf in unterschiedlicher Form und Intensität identifiziert wurde. Auch bei diesen Fällen war demnach ein Tätigwerden des Jugendamtes in unterschiedlichem Umfang notwendig. Hier konnten Hilfezugänge zu Familien und den jungen Menschen geschaffen werden. In 31,5 % der Fälle wurde weder eine Kindeswohlgefährdung noch ein weiterer Hilfebedarf festgestellt. Dies schließt allerdings auch jene

Fälle mit ein, in denen zum Meldungszeitpunkt bereits eine Hilfe eingerichtet war. Insgesamt zeigt sich damit zum einen, dass Meldungen nach § 8a SGB VIII wichtige Zugänge zu Familien mit Hilfebedarf unterschiedlicher Ausprägung eröffnen. So wurde im Jahr 2020 bei 68,5 % der Familien im Rahmen der Verfahren zur Gefährdungseinschätzung mindestens ein Hilfebedarf sichtbar. Gleichzeitig wird sichtbar, dass die meldenden Institutionen und Personen eine Meldung in der Regel nicht überstürzen, sondern zunächst sorgfältig beobachten und sich mit begründeten Anhaltspunkten an das Jugendamt wenden. Jedoch zeigen sich zwischen den einzelnen Institutionen bzw. Personen teils erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Meldeverhaltens: Anonyme Meldungen sowie Meldungen durch Bekannte und Nachbarn erweisen sich tendenziell etwas häufiger als „falsche Meldungen“ als dies in anderen Meldegruppen der Fall ist. Der Anteil bestätigter (latenter) Kindeswohlgefährdungen ist hingegen bei Meldungen durch Einrichtungen der Jugendarbeit bzw. der Kinder- und Jugendhilfe sowie durch Kitas und Schulen deutlich erhöht.

Analog zu den Vorjahren ist die Vernachlässigung 2020 mit knapp 60 % die häufigste Art der Kindeswohlgefährdung, gefolgt von der psychischen (37,2 %) und/oder körperlichen Misshandlung (26,9 %). Gefährdungen werden am häufigsten im Kontext von unangemessenem/inkonsistentem Erziehungsverhalten, Suchtproblematiken bzw.

psychischen Auffälligkeiten der erziehenden Personen, Verhaltensauffälligkeiten bzw. Selbstgefährdungen des Kindes sowie Partnerschaftskonflikten/-gewalt dokumentiert.

In Fällen, in denen durch die Fachkräfte eine Kindeswohlgefährdung oder eine latente Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde, lagen in 59,3 % Anzeichen für Vernachlässigung des Kindes vor. Mit einem Anteil von 37,2 % wurden Anzeichen für eine psychische Misshandlung am zweithäufigsten genannt. Anzeichen für eine körperliche Misshandlung wurden in 26,9 % und/oder Anzeichen für sexuelle Gewalt in 5,3 % der Fälle festgestellt (Mehrfachnennungen möglich). In 23,7 % der bestätigten (latenten) Kindeswohlgefährdungen schätzten die Fachkräfte zudem mehr als eine Art der Gefährdung ein – also eine Kombination aus den vier genannten Arten der Kindeswohlgefährdung. In der rheinland-pfälzischen Erhebung erlaubt eine umfangreiche Itemliste, die die globalen Gefährdungskategorien spezifiziert, die differenzierte Benennung festgestellter Anhaltspunkte für eine Gefährdung, wodurch eine Konkretisierung der Gefährdungslage ermöglicht wird.

Bezogen auf den jungen Menschen werden im Jahr 2020 als häufigster Anhaltspunkt „Verhaltensauffälligkeiten, Selbstgefährdung und/oder psychische Auffälligkeiten“ (33,3 %) durch die Fachkräfte benannt. Bezogen auf das Verhalten der erziehenden Personen wird am

häufigsten – in 45,6 % der Fälle – ein unangemessenes/inkonsistentes Erziehungsverhalten der Eltern als Anhaltspunkt für eine Gefährdungslage festgestellt. An zweiter Stelle stehen in 35,4 % der Fälle Suchtproblematiken und/oder psychische Auffälligkeiten/Erkrankungen der erziehenden Personen (vgl. für eine vertiefende Auswertung zum Risikofaktor „psychische Erkrankung/Sucht“ MFFJIV 2018). Ebenfalls sehr häufig (34,2 %) wurden Partnerschaftskonflikte/-gewalt als Gefährdungslage benannt.

Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung gehen Hand in Hand: Im Anschluss an die Gefährdungseinschätzung werden Hilfen zur Erziehung oder niedrigschwellige Angebote installiert.

Die medial geführte Kinderschutzdebatte hat zu einer deutlich gesteigerten öffentlichen Sensibilität für Not- und Problemlagen von jungen Menschen geführt, was in der Konsequenz auch ein erhöhtes Aufkommen an Meldungen bezüglich einer möglichen Kindeswohlgefährdung mit sich bringt, an die sich wiederum Hilfen anschließen (vgl. AGJ 2019).

Die aktuellen Befunde zu den Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII zeigen, dass auch abseits von festgestellten Kindeswohlgefährdungen oder (latenten) Gefährdungslagen in vielen Fällen Hilfe- oder Unterstützungsbedarfe festgestellt werden, auf die häufig mit z. B. formlosen Betreuungen und Beratungen der

Familien durch den Sozialen Dienst oder niedrigschwellige Hilfen bzw. Frühe Hilfen reagiert wird. Bezogen auf alle von einer Meldung betroffenen jungen Menschen – unabhängig davon, ob tatsächlich eine Kindeswohlgefährdung vorlag oder nicht – wurden in etwa jedem vierten Fall Hilfen zur Erziehung gem. §§ 27 ff. SGB VIII, Eingliederungshilfen gem. § 35a SGB VIII oder Hilfen gem. § 19 SGB VIII eingeleitet. In 18,6 % der Fälle wurde zudem die bereits installierten Hilfen weitergeführt oder intensiviert. Tendenziell wurden eher niedrigschwellige Angebote sowie teilstationäre Hilfen eingeleitet. In Fällen, bei denen eine akute Kindeswohlgefährdung festgestellt wurde, wurden hingegen in der Regel eingriffsintensivere Hilfen eingesetzt, die zur Abwendung der (drohenden) Gefährdung durchgeführt wurden.

Die in den letzten Jahren steigende Zahl der Hilfen zur Erziehung stellt in Anbetracht der nur begrenzt zur Verfügung stehenden Ressourcen eine Herausforderung dar, welcher mit der Steuerung durch den öffentlichen Jugendhilfeträger begegnet werden muss. Denn nur die richtige Hilfe zum geeigneten Zeitpunkt ist auch ökonomisch (vgl. MIFKJF 2012). Im Kontext des Kinderschutzes sind die Steuerungsmöglichkeiten des Jugendamtes im Umgang mit Meldungen gem. § 8a SGB VIII jedoch begrenzt, da gem. § 8a SGB VIII Abs. 1 bei Eingang einer Meldung ein abgestimmtes Verfahren im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte zwingend erforderlich ist). Stellt sich in diesem Prozess heraus,

dass eine Hilfe zur Erziehung notwendig und geeignet ist, ist der öffentliche Jugendhilfeträger verpflichtet, diese Hilfe zu gewähren. Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz gehen an dieser Stelle Hand in Hand.

Dennoch sind mit Blick auf den Kinderschutz einzelne Steuerungsmöglichkeiten zu nennen, die gezielt vorangetrieben werden können. Wird die Grundannahme akzeptiert, dass „Jugendhilfe nur als Ganzes wirksam schützt“ (Schrappert 2008), so ist es wichtig, dass präventive Maßnahmen, die langfristig verhindern, dass Problemlagen sich verfestigen, in den Kommunen möglichst frühzeitig zur Verfügung gestellt werden. Somit können eingriffsintensivere und bisweilen teurere Hilfen zumindest teilweise vermieden werden.

Kinderschutz in Zeiten von Corona

Die Ergebnisse des vorliegenden Berichtes zeigen, dass die Jugendämter während der gesamten Pandemiezeit 2020 ihre Kinderschutzaufgaben verantwortlich wahrgenommen haben (vgl. hierzu ausführlich in gGmbH 2021a). Die Befunde zu den verschiedenen Aspekten der § 8a-Verfahren (Entwicklung der Fallzahlen, Aktivität der Meldenden, Ergebnis der Gefährdungseinschätzung), sowie zu den betroffenen jungen Menschen (Alter, Bekanntheit der Familie) und den Arbeitsweisen in den Jugendämtern (fachliche Schritte, Reaktionszeit) weisen eine erstaunlich hohe Konstanz im Vergleich zum Vorjahr auf. Im Jahr 2020 setzt sich auch

der Trend der ansteigenden Fallzahlen der letzten Jahre fort. In Rheinland-Pfalz wurden insgesamt 6,9 % mehr Fälle bearbeitet als im Vorjahr. Im landesweiten Durchschnitt sind bei der Anzahl der Meldungen keine „Einbrüche“ oder großen Lücken erkennbar, wie dies teils befürchtet wurde – auch nicht in der Zeit des ersten Lockdowns von Institutionen wie Schule, Kita, Beratungsstellen, Einrichtungen der Jugendarbeit/Kinder- und Jugendhilfe im März und April 2020. So erreichten die Jugendämter auch in den Lockdown-Phasen (April, Mai 2020) weiterhin § 8a-Meldungen aus den geschlossenen oder nur im Notbetrieb geöffneten Institutionen. Zwar gingen in den Monaten April und Mai die eingehenden Meldungen aus Schulen etwas zurück (Kita nur leicht), insgesamt melden dafür andere Personen (z.B. Eltern, Bekannte/Nachbarn, Verwandte, anonyme Meldungen) und Institutionen häufiger (z.B. Einrichtungen der Jugendarbeit/Kinder- und Jugendhilfe, Polizei konstant). Diese Befunde verdeutlichen, dass die Arbeitsabläufe und -strukturen auch in der Pandemiezeit aufrechterhalten werden konnten und Kommunikations-, Netzwerk- und Kooperationsstrukturen im Kinderschutz weiterhin funktioniert haben. Zudem unterstreicht dieses Ergebnis die Notwendigkeit, Kinderschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen. Über die etablierten lokalen Netzwerke Frühe Hilfen und Kinderschutz scheint es gelungen zu sein, mit den Fa-

milien in Kontakt zu bleiben und aufmerksam zu sein für vorhandene oder aufgrund der Lockdown-Situation neu entstehende Gefährdungen.

Gleichzeitig sind zum jetzigen Zeitpunkt die mittel- und langfristigen Folgen der Pandemie auf junge Menschen und Familien noch nicht abschätzbar. Es ist davon auszugehen, dass die sozialen, ökonomischen, schulischen, politischen und gesellschaftlichen Probleme erst in den kommenden Jahren in voller Tragweite sichtbar werden. Erste Studien weisen bereits jetzt auf eine Zunahme an psychischen Belastungen und einer Verringerung der Lebensqualität durch die Corona-Pandemie bei Kindern und Jugendlichen ebenso wie bei Eltern hin (vgl. z.B. Andresen et al. 2020, Ravens-Sieberer et al. 2021, Langmeyer et al. 2020; Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung 2021). Demnach nehmen Streitigkeiten in den Familien zu, die auch häufiger eskalieren. Fehlende Möglichkeiten des Ausgleichs durch den Wegfall von Freizeitangeboten, Sorgen um Jobverlust sowie Überlastungen im Alltag – auch durch Homeschooling der Kinder – führen zu einem erhöhten Risiko für Stresssituationen in der Familie. Immer mehr junge Menschen berichten von Belastungen und blicken besorgt in ihre Zukunft (vgl. Dittmann et al. 2021). Es wird deshalb auch die Aufgabe der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfeträger sein, diese Entwicklungen im Blick zu behalten und geeignete Post-Corona-Strategien zu entwickeln (vgl. hierzu Müller et al. 2021).

Ein gezieltes Monitoring der § 8a-Mitteilungen kann hier wertvolle Hinweise liefern (vgl. hierzu die Veröffentlichungen im Rahmen der Zusatzerhebung gem.

§ 8a SGB VIII unter <https://www.berichtswesen-rlp.de/themen/8a-sgb-viii/zusatzerhebung.html>).

Kinderschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Die anhaltend steigende gesellschaftliche Aufmerksamkeit für das Thema Kinderschutz hat zu einem Bedeutungszuwachs des Kinderschutzes in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch darüber hinaus, geführt. Eine zentrale Auswirkung ist die steigende Anzahl an „§ 8a SGB VIII-Verfahren“, die von den ASDs in den Jugendämtern bearbeitet werden, meist in Kooperation und Austausch mit anderen Akteur:innen und Systemen. Jede Meldung zieht dabei ein aufwendiges Verfahren nach sich, unabhängig davon, wie die abschließende Gefährdungseinschätzung durch die Fachkräfte ausfällt: So müssen der vorhandene bzw. gegebenenfalls notwendige Schutz- bzw. Hilfebedarf abgeklärt, dieser in einem beteiligungsorientierten Verfahren gemeinsam mit den Familien erarbeitet und gegebenenfalls in einen Schutzplan übersetzt werden. Um diesem Schutzauftrag gerecht zu werden, reagieren Jugendämter innerhalb kürzester Zeit im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte und wählen unterschiedliche Wege, um einen direkten Kontakt zur Fa-


milie und zum jungen Menschen herzustellen. Hausbesuche oder Gespräche im Jugendamt gehören hierbei zum Standardverfahren der Fachkräfte. Sie stehen vor der Herausforderung, ihre Hilfebeziehung zu nutzen und in der Zusammenarbeit mit den Eltern eine Problemkongruenz und -einsicht sowie eine Bereitschaft zur Kooperation herzustellen, um unter Einbezug von Eltern und jungem Menschen geeignete und notwendige Hilfen zur Verfügung zu stellen.

Das Kinderschutzsystem in Deutschland ist deshalb als Kooperations- und Vernetzungsstruktur zu beschreiben. Denn der komplexe Prozess der Gefährdungseinschätzung erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Jugendamt und weiteren Akteur:innen im Kinderschutz wie Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen des Gesundheitswesens oder weiteren sozialen Diensten. Für eine fundierte, qualifizierte und ganzheitliche Gefährdungseinschätzung bedarf es eines fachlich abgestimmten multiprofessionellen Zusammenwirkens der unterschiedlichen Beteiligten.

Dabei beschränkt sich Kinderschutz als gesamtgesellschaftliche Aufgabe nicht auf die Intervention in akuten Krisen und Notlagen, sondern ist auf das Vorhandensein einer familienfreundlichen Infrastruktur angewiesen, welche Familien in unterschiedlichen Lebenslagen unterstützt. Die Weiterentwicklung und Optimierung des Zusammenspiels der unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilsysteme wie Schule,

Arbeitsmarkt, Justiz und Gesundheitswesen/Psychiatrie erweist sich vor diesem Hintergrund als Daueraufgabe. Nur so kann vermieden werden, dass Lücken in der sozialen Infrastruktur entstehen, die ein systematisches „durch das Netz fallen“ von Familien ermöglichen. Wie wichtig derartige Strukturen sind, hat sich im Pandemie-Jahr 2020 einmal mehr gezeigt. So haben sich die Kooperations- und Vernetzungsstrukturen im Kinderschutz auch unter den Corona-bedingten Einschränkungen als tragfähig erwiesen.

Dem öffentlichen Kinder- und Jugendhilfeträger kommt in Hinblick auf die Kooperations- und Vernetzungsstruktur im Kinderschutz eine zentrale Steuerungsfunktion zu. Zwar kann die Entstehung von Bedarfslagen durch die Jugendhilfe nicht beeinflusst werden, allerdings ist sicherzustellen, dass abgestimmte, wirkungsorientierte und den jeweiligen Bedarfslagen angepasste Hilfskonzepte zum Einsatz kommen können. Hierzu sind auskömmliche Personalressourcen im Jugendamt notwendig, damit Gefährdungsmeldungen nach den „Regeln der Kunst“ nachgegangen werden kann und um im Einzelfall fachlich und ökonomisch zu steuern. Um Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen und ihnen gute Startchancen in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, ist eine abgestimmte Kinder- und Jugendhilfe-, Sozial- und Bildungspolitik erforderlich, die



auch den Gesamtzusammenhang von Lebensbedingungen, Bewältigungsanforderungen und Teilhabechancen im Blick hat.

A Allgemeine Angaben zu der/dem Minderjährigen

Geschlecht	<input type="checkbox"/> Männlich <input type="checkbox"/> Weiblich <input type="checkbox"/> divers <input type="checkbox"/> Ohne Angabe <small>(nach §22 Absatz 3 PStG)</small>
Geburtsmonat	_____ (Monat)
Geburtsjahr	_____ (Jahr)
Migrationshintergrund des Kindes	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> unbekannt
Zeitpunkt des Abschlusses der Gefährdungseinschätzung	Monat: _____ Jahr: _____

Anmerkung:
 Als Kinder mit Migrationshintergrund zählen Sie bitte diejenigen Kinder, für die mindestens eines der beiden benannten Kriterien zutrifft: 1. Das Kind bzw. mindestens ein Elternteil hat nicht die deutsche Staatsbürgerschaft und/oder 2. Das Kind bzw. mindestens ein Elternteil stammt aus einem anderen Herkunftsland und ist nach Deutschland zu- bzw. umgewandert. Durch Einbürgerung kann bei dieser Personengruppe die deutsche

B Alter der leiblichen Eltern/ Adoptiveltern zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung

Wird das genaue Alter im Zuge des Verfahrens nicht bekannt, ist eine sorgfältige Schätzung ausreichend.

Unter 18 Jahren	<input type="checkbox"/> Vater	<input type="checkbox"/> Mutter
18 bis unter 27 Jahren	<input type="checkbox"/> Vater	<input type="checkbox"/> Mutter
27 Jahre oder älter	<input type="checkbox"/> Vater	<input type="checkbox"/> Mutter
Unbekannt	<input type="checkbox"/> Vater	<input type="checkbox"/> Mutter
Verstorben	<input type="checkbox"/> Vater	<input type="checkbox"/> Mutter

Geburtsjahr der Mutter	_____ (Jahr)	_____ (Geburtsjahr)
------------------------	--------------	---------------------

Über welche Einkommensarten verfügte die betreuende Familie zum Zeitpunkt des Kontakts? (Mehrfachnennungen möglich)	<input type="checkbox"/> Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit <input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld I <input type="checkbox"/> Arbeitslosengeld II <input type="checkbox"/> Sozialgeld <input type="checkbox"/> Sonstiges <input type="checkbox"/> unbekannt
---	---

C Gewöhnlicher Aufenthaltsort des/der Minderjährigen zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung Bitte nur eine Antwort ankreuzen.

Bei den Eltern	<input type="checkbox"/>
Bei einem allein erziehenden Elternteil	<input type="checkbox"/>
Bei einem Elternteil mit neuer Partnerin/neuem Partner (z.B. Stiefelternkonstellation)	<input type="checkbox"/>
Bei den Großeltern/Verwandten	<input type="checkbox"/>
Bei einer sonstigen Person	<input type="checkbox"/>
In einer Pflegefamilie	<input type="checkbox"/>
In einer stationären Einrichtung	<input type="checkbox"/>
In einer Wohngemeinschaft/in der eigenen Wohnung	<input type="checkbox"/>
Ohne festen Aufenthalt	<input type="checkbox"/>
An unbekanntem Ort	<input type="checkbox"/>

Wie viele minderjährige Kinder lebten zum Zeitpunkt der Meldung am Aufenthaltsort des betroffenen Kindes?

____ Kinder

D Institution oder Person/-en, die die (mögliche) Gefährdung des Kindeswohls bekannt gemacht hat/haben *Bitte nur eine Antwort ankreuzen.*

Sozialer Dienst/Jugendamt	<input type="checkbox"/>
Beratungsstelle	<input type="checkbox"/>
Andere/-r Einrichtung/Dienst der Erziehungshilfe	<input type="checkbox"/>
Einrichtung der Jugendarbeit/ Kinder- und Jugendhilfe	<input type="checkbox"/>
Kindertageseinrichtung/Kindertagespflegeperson	<input type="checkbox"/>
Schule	<input type="checkbox"/>
Hebamme/Arzt/Klinik/Gesundheitsamt u. ä. Dienste	<input type="checkbox"/>
Polizei/Gericht/Staatsanwaltschaft	<input type="checkbox"/>
Eltern(-teil)/Personensorgeberechtigte/-r	<input type="checkbox"/>
Minderjährige/-r selbst	<input type="checkbox"/>
Verwandte	<input type="checkbox"/>
Bekannte/Nachbarn	<input type="checkbox"/>
Anonyme Meldung	<input type="checkbox"/>
Sonstige	<input type="checkbox"/>
darunter... ARGE/ JobCenter	<input type="checkbox"/>
anderes Jugendamt	<input type="checkbox"/>

Bekanntheit der Familie beim Jugendamt

Wurde die Familie in der Vergangenheit bereits durch den ASD/Sozialen Dienst des Jugendamts beraten?	<input type="checkbox"/> ja
	<input type="checkbox"/> nein
	<input type="checkbox"/> unbekannt

E Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung *Bitte alles Zutreffende ankreuzen.*

Unterstützung nach §§ 16 bis 18 SGB VIII	<input type="checkbox"/> (=Filter für die Möglichkeit, Unterkategorien auszufüllen)
formlose Beratung (§ 16 SGB VIII)	<input type="checkbox"/>
darunter... Trennungs- und Scheidungsberatung (§ 17, 18 SGB VIII)	<input type="checkbox"/>
frühe Hilfen/ niedrigschwellige Hilfen	<input type="checkbox"/>
Gemeinsame Wohnform für Mütter/Väter und Kinder nach § 19 SGB VIII	<input type="checkbox"/>

Ambulante/ teilstationäre Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 bis 32, 35 SGB VIII	<input type="checkbox"/> (=Filter für die Möglichkeit, Unterkategorien auszufüllen)
Hilfe gem. § 27 Abs. 2 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Hilfe gem. § 28 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Hilfe gem. § 29 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
darunter... Hilfe gem. § 30 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Hilfe gem. § 31 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Hilfe gem. § 32 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Hilfe gem. § 35 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Familienersetzende Hilfe zur Erziehung nach §§ 27, 33 bis 35 SGB VIII	<input type="checkbox"/> (=Filter für die Möglichkeit, Unterkategorien auszufüllen)
stationäre Hilfe gem. § 27 Abs. 2 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
darunter... stationäre Hilfe gem. § 33 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
stationäre Hilfe gem. § 34 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
stationäre Hilfe gem. § 35 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Vorläufige Schutzmaßnahme nach § 42 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Keine der o. g. Leistungen wurde in Anspruch genommen	<input type="checkbox"/>

F Ergebnis der Gefährdungseinschätzung

1 Gesamtbewertung der Gefährdungssituation *Bitte nur eine Antwort ankreuzen.*

- Kindeswohlgefährdung
- Latente Kindeswohlgefährdung
- Keine** Kindeswohlgefährdung, **aber** Hilfe-/ Unterstützungsbedarf
- Weiter mit F3 (neu eingeleitete Hilfen), G und H
- Keine** Kindeswohlgefährdung und **kein** Hilfe-/ Unterstützungsbedarf

→ nur noch Fragen des ism zu H (Angaben zum Verfahren)
beantworten

2 Art der Kindeswohlgefährdung *Bitte alles Zutreffende ankreuzen.*

- Anzeichen für Vernachlässigung
- Anzeichen für körperliche Misshandlung
- Anzeichen für psychische Misshandlung
- Anzeichen für sexuelle Gewalt

Bitte konkretisieren Sie, welche Anhaltspunkte Sie beim Kind/Jugendlichen/ der Familie festgestellt haben.

(Mehrfachantworten sind möglich)

Bezogen auf das Kind/den Jugendlichen

- körperliche Verletzungen des Kindes (z.B. Hämatome, Wunden, Verbrennungen...)
- nicht altersgemäße Entwicklung des Kindes (z.B. sprachlich, körperlich)
- unangemessene Versorgung des Kindes (z.B. Ernährung, Bekleidung, Hygiene, medizinisch...)
- Verhaltensauffälligkeiten, Selbstgefährdung und/ oder psychische Auffälligkeiten des Kindes (z.B. Aggressivität, Ängstlichkeit, sexualisiertes Verhalten, massive Schulverweigerung, Berauschtsein/ Benommenheit)

Bezogen auf die erziehenden Personen

- unangemessenes/inkonsistentes Erziehungsverhalten
- unzureichender Schutz vor Gefahren durch Dritte (z.B. Außenstehende, Geschwister), Verletzung der Aufsichtspflicht
- Partnerschaftskonflikte/-gewalt
- massive Konflikte zwischen jungem Menschen und Eltern(teil)
- Suchtproblematik und/ oder psychische Auffälligkeiten/Erkrankung der erziehenden Personen

Bezogen auf die häusliche Situation

- materielle Not
- Vermüllung der Wohnung/ desolante Wohnsituation (z.B. auch Unordnung, Schimmel, unhygienischer, chaotischer Zustand, unzureichende Ausstattung), drohende oder bestehende Wohnungslosigkeit
- Sonstiges

Noch F: Ergebnis der Gefährdungseinschätzung

3 Neu eingeleitete/geplante Hilfen als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung

Bitte alles Zutreffende ankreuzen.

Unterstützung nach §§ 16 bis 18 SGB VIII		<input type="checkbox"/> (=Filter für die Möglichkeit, Unterkategorien auszufüllen)
darunter...	formlose Beratung (§ 16 SGB VIII)	<input type="checkbox"/>
	Trennungs- und Scheidungsberatung (§ 17, 18 SGB VIII)	<input type="checkbox"/>
	frühe Hilfen/ niedrigschwellige Hilfen	<input type="checkbox"/>
Gemeinsame Wohnform für Mütter/Väter und Kinder nach § 19 SGB VIII		<input type="checkbox"/>
Erziehungsberatung gem. § 28 SGB VIII		<input type="checkbox"/>
Ambulante/ teilstationäre Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 bis 32, 35 SGB VIII		<input type="checkbox"/> (=Filter für die Möglichkeit, Unterkategorien auszufüllen)
darunter...	Hilfe gem. § 27 Abs. 2 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
	Hilfe gem. § 29 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
	Hilfe gem. § 30 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
	Hilfe gem. § 31 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
	Hilfe gem. § 32 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
	Hilfe gem. § 35 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Familienersetzende Hilfe zur Erziehung nach §§ 27, 33 bis 35 SGB VIII		<input type="checkbox"/> (=Filter für die Möglichkeit, Unterkategorien auszufüllen)
darunter...	stationäre Hilfe gem. § 27 Abs. 2 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
	stationäre Hilfe gem. § 33 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
	stationäre Hilfe gem. § 34 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
	stationäre Hilfe gem. § 35 SGB VIII	<input type="checkbox"/>

Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Vorläufige Schutzmaßnahme nach § 42 SGB VIII	<input type="checkbox"/>
Kinder- und Jugendpsychiatrie	<input type="checkbox"/>
Fortführung der gleichen Leistung/-en	<input type="checkbox"/>
Einleitung anderer, oben nicht genannter Hilfe/-n	<input type="checkbox"/>
Keine neu eingeleitete/geplante Hilfe	<input type="checkbox"/>

G Anrufung des Familiengerichtes

Ja

Nein

H Angaben zum Verfahren

Welche fachlichen Schritte erfolgten im Zeitraum bis zum Abschluss der Gefährdungseinschätzung?
(*Mehrfachantworten sind möglich!*)

- Kollegiale Beratung zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos (methodisch strukturiertes Vorgehen)
- Besprechung/ Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte (4-Augen-Prinzip)
- Kontaktaufnahme mit anderen Beteiligten (z.B. Kinderschutzdienst, EB, Polizei, Gesundheitsdienste, Kita, Schule usw....)
- Einladung der Familie zu einem Gespräch ins Jugendamt
- angekündigter Hausbesuch
- unangekündigter Hausbesuch
- Gespräch mit Kind/ Familie außerhalb des Jugendamts (Kita, Schule, ...)
- unmittelbare Inobhutnahme des Kindes
- Kontrollauflagen/ Kontrollbesuche durch den ASD
- Einleitung von Hilfen im Rahmen des SGB VIII
- Einleitung von Hilfen außerhalb des SGB VIII
- Abgabe/ Weiterleitung an zuständiges Jugendamt
- Sonstiges

Bitte schätzen Sie die Mitwirkungsbereitschaft der Eltern bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos ein.

in vollem Umfang vorhanden vorhanden teils/teils kaum vorhanden überhaupt nicht vorhanden

Kam es zu einem persönlichen Kontakt mit dem Kind im Zeitraum der Gefährdungseinschätzung (entweder durch eine Fachkraft des Jugendamts oder eine Fachkraft im Auftrag des Jugendamts)?

ja --> wenn ja, wann?

nein

(Tag Mon. Jahr)

7 Literaturverzeichnis

AKJ – Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik (Hrsg.) (2018):

Aus dem Schatten der Dienstleistungsorientierung – der Kinderschutz und seine Wiederentdeckung. In: Komdat Heft 1/18. Dortmund, S. 22-26.

AGJ – Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (2019):

Das Verhältnis von Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung – Tendenzen und Auswirkungen. Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Online verfügbar unter: https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2019/Kinderschutz_und_Hilfen_zur_Erziehung.pdf.

Andresen, S./Lips, A./Möller, R./Rusack, T./Schröer, W./Thomas, S./Wilmes, J. (2020):

Kinder, Eltern und ihre Erfahrungen während der Corona-Pandemie. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie KiCo. Universitätsverlag Hildesheim. Hildesheim. Online verfügbar unter: <https://hildok.bsz-bw.de/frontdoor/index/index/docId/1081>

Bächer, K. (2008):

"...jetzt mach ich mir meine eigene Familie!" – Arbeit mit Teenager-Müttern: Risiken und Ressourcen. In: Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e.V. (Hrsg.): "In Beziehung kommen...". Kindeswohlgefährdung als Herausforderung zur Gemeinsamkeit. Köln, S. 85-93.

Beckmann, J/Lohse, K. (2021):

SGB VIII-Reform: Überblick über das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. Online verfügbar unter: https://www.dijuf.de/files/downloads/2021/Beckmann_Lohse_%C3%9Cberblick_SGB%20VIII-Reform_KJSG_Aktualisierung%20von%20JAmf%202021_178.pdf

Böllert, K./Wazlawik, M. (2012):

Kinderschutz als Dienstleistung für Kinder und Jugendliche, in: Thole, W./Retkowski, A./Schäuble, B. (Hrsg.): Sorgende Arrangements. Kinderschutz zwischen Organisation und Familie. Wiesbaden, S. 19-38.

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2021):

Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie. Online verfügbar unter: <https://www.bib.bund.de/Publikation/2021/Belastungen-von-Kindern-Jugendlichen-und-Eltern-in-der-Corona-Pandemie.html?nn=9751912>.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) (2013):

4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Lebenslagen in Deutschland. Bonn.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2012):
Familienreport 2011. Leistungen, Wirkungen, Trends. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2013):
14. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2020:
Familien in der Corona-Zeit. Herausforderungen, Erfahrungen und Bedarfe. Ergebnisse einer repräsentativen Elternbefragung im April und Mai 2020. Online verfügbar unter:
<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/163136/fdc725b0379db830cf93e0ff2c5e51b5/familien-in-der-corona-zeit-allensbach-data.pdf>

Cierpka, M./Benz, M./Doege, D./Rudolf, M. (2013):
Frühe Hilfen - Keiner fällt durchs Netz. Ein Kooperationsprojekt des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, der saarländischen Landkreise und des Regionalverbandes Saarbrücken. Bilanzbericht. Projektlaufzeit 2007–2011. Saarbrücken.

Deegener, G./Körner, W. (Hrsg.) (2005):
Kindesmisshandlung und Vernachlässigung. Ein Handbuch. Göttingen.

Deegener, G./Körner, W. (2008):
Risikoerkennung bei Kindesmisshandlung und Vernachlässigung. Theorie, Praxis, Materialien. Homburg/Münster.

De Paz Martínez, L./Artz, P. (2017):
Migration und Kinderschutz. Ism kompakt 2017/1. Mainz, 2017. Online verfügbar unter:
http://www.ism-mz.de/fileadmin/uploads/ism_kompakt/ism_kompakt_01_2017.pdf.

Deutscher Kinderschutzbund 2020:
Stellungnahme des Deutschen Kinderschutzbundes Bundesverband e.V. zur „Situation von Kindern und Jugendlichen in der Corona-Krise“. Online verfügbar unter:
https://www.dksb.de/fileadmin/user_upload/Stellungnahme_des_Deutschen_Kinderschutzbundes_Bundesverband_e.V._zur_Situation_von_Kindern_und_Jugendlichen_in_er_Corona-Krise.pdf

Dittmann, E./Döbrich, A./Grossart, A./Kühnel, S./Moos, M. (2021):
Jugend in Zeiten von Corona. Ergebnisse der Jugendbefragung in Rheinland-Pfalz 2021. Online verfügbar unter: https://mffki.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Publikationen/Kinder_und_Jugend/Ergebnisbericht_Corona-Jugendbefragung_RLP_18_08_2021.pdf

Erdmann, J./Mühlmann, T. (2021):

Werkstattbericht zur Zusatzerhebung der Gefährdungseinschätzungen gemäß § 8a Abs. 1 SGB VIII anlässlich der SARS-CoV-2-Pandemie – Erhebungszeitraum: Mai 2020 bis März 2021 - Datenstand: 25 Juni 2021 – Berichtsstand: 13. September 2021. Online verfügbar unter: https://www.akjstat.tu-dortmund.de/fileadmin/user_upload/2021_09_13_Werkstattbericht_8a-Zusatzerhebung_AKJStat_Datenstand_2021_06_25.pdf

Fegert, J. (2013/2014):

Bedingungen, Prinzipien und Herausforderungen interdisziplinärer Kooperation im Kinderschutz. In: IZKK-Nachrichten, Heft 2013/2014 (1), S. 4-9.

Forum Transfer 2021:

ASD-Arbeit während der Corona-Pandemie. Schlussfolgerungen aus einem bundesweiten Fachforum. Online verfügbar unter: https://www.forum-transfer.de/fileadmin/uploads/Bibliothek/Aktuelle_Papiere/Dokumentation_Fachforum_ASD_01_05_2021.pdf

Galm, B./Hees, K./Kindler, H. (2010):

Kindesvernachlässigung. Verstehen, erkennen, helfen. München.

Gerlach, I. (2010):

Familienpolitik. 2., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Wiesbaden.

Hanesch, W. (2011):

Armut und Armutspolitik, in: Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hrsg.) Handbuch Soziale Arbeit, München, S. 81-90.

Heinitz, S./Schone, R. (2013):

Wissen–Können–Haltung. Was künftige Fachkräfte im Kinderschutz brauchen. In: Das Jugendamt, 12/2013, S. 622-625.

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (2020a):

Profil für das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz Daten zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung und ausgewählten sozio- und infrastrukturellen Einflussfaktoren für das Jahr 2019. Online verfügbar unter: https://www.berichtswesen-rlp.de/fileadmin/uploads/downloads/PDFs/Landesprofile/Qualitaetsentwicklung_und_Berichtswesen_2019.pdf

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (2020b):

Wie hat der Kinderschutz in Rheinland-Pfalz in Zeiten von Corona funktioniert? Ergebnisse zu den Verdachtsmeldungen zu Kindeswohlgefährdungen gemäß § 8a SGB VIII bei den rheinland-pfälzischen Jugendämtern von Januar bis September 2020. Fact sheet. Online verfügbar unter: <https://www.berichtswesen-rlp.de/themen/8a-sgb-viii/zusatzerhebung.html>

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (2021a):

Kinderschutz in der Pandemie. Wie hat der Kinderschutz in Rheinland-Pfalz unter Pandemiebedingungen funktioniert? Ergebnisse zu den Verdachtsmeldungen zu Kindeswohlgefährdungen gemäß § 8a SGB VIII bei den rheinland-pfälzischen Jugendämtern im Jahr 2020 und Trends zum 1. Quartal 2021. Online verfügbar unter: <https://www.berichtswesen-rlp.de/themen/8a-sgb-viii/zusatzerhebung.html>

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (2021b – im Erscheinen):

Profil für das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz Daten zur Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung und ausgewählten sozio- und infrastrukturellen Einflussfaktoren für das Jahr 2020.

Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz gGmbH (2022 – im Erscheinen):

Kinderschutz im zweiten Jahr der Pandemie Wie hat der Kinderschutz in Rheinland-Pfalz unter Pandemiebedingungen 2021 funktioniert? Ergebnisse zu den Verdachtsmeldungen zu Kindeswohlgefährdungen gemäß § 8a SGB VIII bei den rheinland-pfälzischen Jugendämtern im 1. Halbjahr 2021. Online verfügbar unter: <https://www.berichtswesen-rlp.de/themen/8a-sgb-viii/zusatzerhebung.html>

Jagusch, B./Sievers, B./Teupe, U. (Hrsg.) (2012):

Migrationssensibler Kinderschutz. Werkbuch. Mainz.

Jurczyk, K./Klinkhardt, J. (2014):

Vater, Mutter, Kind? Acht Trends in Familien, die Politik heute kennen sollte. Gütersloh.

Kindler, H. (2006):

Welcher Zusammenhang besteht zwischen Partnerschaftsgewalt und der Entwicklung von Kindern? In: Kindler, H./Lillig, S./Blüml, H., Meysen, T., Werner, A. (Hrsg.): Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD). München, S. 29-1 - 29-4.

Kindler, H. (2011a):

Gewichtige Anhaltspunkte im Jugendalter. Kommentar. In: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik (2011): Frühe Hilfen auch für Jugendliche? Gilt der Schutzauftrag § 8a SGB VIII bis zur Volljährigkeit? Tagungsdokumentation. Berlin, S. 132-146.

Kindler, H. (2011b):

Denkfehler und andere Praxisirrtümer im Kinderschutz. Eine persönlich gefärbte Übersicht. In: Körner, W./Deegener, G. (Hrsg.): Erfassung von Kindeswohlgefährdung in Theorie und Praxis. Lengerich: Papst, S. 174-200.

Kindler, H. (2013):

Qualitätsindikatoren für den Kinderschutz in Deutschland. Analyse der nationalen und internationalen Diskussion - Vorschläge für Qualitätsindikatoren. Expertise. Beiträge zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz, Band 6, Hrsg.: NZFH, Köln.

Kindler, H. (2014):

Die Rolle von Verfahren im Kinderschutz. In: Bühler-Niederberger, D./Alberth, L./Eisentraut, S. (Hrsg.): Kinderschutz. Wie kindzentriert sind Programme, Praktiken, Perspektiven? Weinheim/Basel, S. 119–137.

Langmeyer, A./Guglhör-Rudan, A./Naab, T./Urlen, M./Winklhofer, U. (2020):

Kindsein in Zeiten von Corona. Online verfügbar unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/dasdji/news/2020/DJI_Kindsein_Corona_Ergebnisbericht_2020.pdf.

Liebisch, P. (2012):

Das eigene Leben leben: Alleinerziehende und die tägliche Klischeeüberwindung. In: Lutz, Roland (Hrsg.): Erschöpfte Familien. Wiesbaden, S. 143-153.

Mairhofer, A./Peucker, C./Pluto, L./van Santen, E./Seckinger, M. unter Mitarbeit von Gandlgruber, M. (2020):

Kinder- und Jugendhilfe in Zeiten der Corona-Pandemie: DJI-Jugendhilfeb@rometer bei Jugendämtern. Online verfügbar unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2020/1234_DJI-Jugendhilfeb@rometer_Corona.pdf.

Meysen, T. (2008):

Das Recht zum Schutz von Kindern. In: ISS (Hrsg.): Vernachlässigte Kinder besser schützen. Sozialpädagogisches Handeln bei Kindeswohlgefährdung. München, S. 15-55.

Meysen, T./ Schönecker, L. (2021):

Kinderschutz in Zeiten von Corona (KiZCo). „Atmende Verfahren“ nach §8a SGB VIII: Legitimationsgrundlage, Orientierungsrahmen und fachliche Notwendigkeit. In: Das Jugendamt Heft 10/2021: S. 494-497.

MFFJIV – Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2016):

Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung. Profil für das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz. Ergebnisse zur Umsetzung des § 8a SGB VIII in der Praxis der Jugendämter in Rheinland-Pfalz im Jahr 2015. Mainz.

MFFJIV – Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2017):

Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung. Profil für das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz. Ergebnisse zur Umsetzung des § 8a SGB VIII in der Praxis der Jugendämter in Rheinland-Pfalz im Jahr 2016. Mainz.

MFFJIV – Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2018):

Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung. Profil für das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz. Ergebnisse zur Umsetzung des § 8a SGB VIII in der Praxis der Jugendämter in Rheinland-Pfalz im Jahr 2017. Online verfügbar unter: https://www.berichtswesen-rlp.de/fileadmin/uploads/downloads/PDFs/8a/Bericht_8a_2017.pdf

MFFJIV – Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2019):

Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen im Kontext sozio- und infrastruktureller Einflussfaktoren. 6. Landesbericht 2019. Mainz. Online verfügbar unter: https://www.berichtswesen-rlp.de/fileadmin/uploads/downloads/PDFs/Landesberichte/6_Landesbericht_interaktiv.pdf

MFFJIV – Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2020):

10 Jahre Landeskinderschutzgesetz in Rheinland-Pfalz. Entwicklungstrends, Auswirkungen und Herausforderungen. Expertise. Online verfügbar unter: https://www.berichtswesen-rlp.de/fileadmin/uploads/downloads/PDFs/Landeskinderschutzgesetz/18092020_Expertise_10_Jahre_Landeskinderschutzgesetz_ism.pdf

MIFKJF – Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2011):

Kinderschutz, Kindergesundheit und Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Bilanz und Perspektiven. Mainz.

MIFKJF – Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2012):

Risiko erkannt – Gefahr gebannt? Risikoanalyse als Qualitätsentwicklung im Kinderschutz. Bericht zum Landesmodellprojekt "Qualitätsentwicklung Kinderschutz in Jugendämtern in Rheinland-Pfalz" 2009-2011. Mainz.

MIFKJF – Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2014):

Kinderschutz und Hilfen zur Erziehung. Ergebnisse zur Umsetzung des § 8a SGB VIII in der Praxis der Jugendämter in Rheinland-Pfalz im Jahr 2012. Mainz.

MIFKJF – Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz (Hrsg.) (2015):

Kinderschutz und Kindergesundheit in Rheinland-Pfalz. Bericht zur Umsetzung des Landesgesetzes zum Schutz von Kindeswohl und Kindergesundheit für das Jahr 2014. Mainz.

Mühlmann, T./Pothmann, J. (2020):

Gefährdungseinschätzungen der Jugendämter in Zeiten von Corona-Kontaktbeschränkungen. In: Kommentierte Daten der Kinder- und Jugendhilfe (KomDAT). Dezember 2020. Heft Nr. 2 & 3 /20. 23. Jg.

Mühlmann, T./Pothmann, J./Kopp, K. (2015):

Wissenschaftliche Grundlagen für die Evaluation des Bundeskinderschutzgesetzes. Bericht der wissenschaftlichen Begleitung der Kooperationsplattform Evaluation Bundeskinderschutzgesetz. Dortmund.

Müller, H./de Paz Martínez, L./Artz, P. (2018):

Kinderschutz in und mit Familien mit Migrationshintergrund, in: Das Jugendamt, 5/2018, S. 187-197.

Müller, H./Bahm, C./de Paz Martínez, L. (2020):

Wie hat der Kinderschutz in Rheinland-Pfalz in Zeiten von Corona funktioniert? Ergebnisse zu den Verdachtsmeldungen zu Kindeswohlgefährdungen gem. § 8a SGB VIII bei den rheinland-pfälzischen Jugendämtern von Januar bis September 2020. In: Das Jugendamt 12/2020, S. 629-636.

Müller, H./Dittmann, E./Büchel, J/Wolf, M. (2021):

Wie Jugendämter die Auswirkungen der Corona-Pandemie einschätzen und welchen Handlungsbedarf sie sehen. Befragung der Jugendämter in Zeiten von Corona und für die Zeit danach! In Zusammenarbeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter. Online verfügbar unter: www.bagljae.de/assets/downloads/jugendamtsbefragung-19-04-2021.pdf.

Müller, H./Lamberty, J./de Paz Martínez, L. (2012):

Kinderschutz und Hilfen zu Erziehung: Empirische Befunde zu Kinderschutzverdachtsmeldungen, Kindeswohlgefährdungen und der Praxis der Jugendämter. In: Das Jugendamt 2/2012.

Münder, J./Meyen, T./Trenczek, T. (2006):

Frankfurter Kommentar zum SGB VIII: Kinder- und Jugendhilfe. 5., vollständig überarbeitete Auflage. Weinheim.

NZFH – Nationales Zentrum Frühe Hilfen (2013):

Befunde und Einschätzungen zum deutschen Kinderschutzsystem. Wissenschaft, Praxis und Politik diskutieren Empfehlungen zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz. Beiträge zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz 7, Werkstattbericht. Köln.

NZFH – Nationales Zentrum Frühe Hilfen (2014):

Bundesinitiative Frühe Hilfen. Zwischenbericht 2014. Köln.

NZFH – Nationales Zentrum Frühe Hilfen (Hrsg.) (2018):

Nationaler Forschungsstand und Strategien zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz. Beiträge zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz 8. Köln.

Ostler, T./Ziegenhain, U. (2008):

Risikoeinschätzung bei (drohender) Kindeswohlgefährdung: Überlegungen zu Diagnostik und Entwicklungsprognose im Frühbereich. In: Ziegenhain, U./Fegert, J. (Hrsg.): Kindeswohlgefährdung und Vernachlässigung. München, S. 67–83.

Ravens-Sieberer, U./Kaman, A./Otto, C./Adedeji, A./Napp A.-K./Becker, M./Blanck-Stellmacher, U./Löffler, C./Schlack, R./Hölling, H./Devine, J./Erhart, M./Hurrelmann, K. 2021:

Seelische Gesundheit und psychische Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der ersten Welle der COVID-19-Pandemie – Ergebnisse der COPSY-Studie. Online verfügbar unter: <https://doi.org/10.1007/s00103-021-03291-3>

Reinhold, C./Kindler, H. (2006):

Was ist über familiäre Kontexte, in denen Gefährdungen auftreten, bekannt? In: Kindler, H./Lillig, S./Blüml, H./Meysen, T./Werner, A. (Hrsg.): Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD). München, S. 19-1 - 19-4.

Schraper, C. (2008):

Kinder vor Gefahren für ihr Wohl schützen – Methodische Überlegungen zur Kinderschutzarbeit sozialpädagogischer Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe. In: ISS (Hrsg.): Vernachlässigte Kinder besser schützen. Sozialpädagogisches Handeln bei Kindeswohlgefährdung. München, S. 56-58.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2010):

Alleinerziehende in Deutschland. Ergebnisse des Mikrozensus 2009. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 29. Juli 2010 in Berlin. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2020) (auf Anfrage):

Familienformen in Rheinland-Pfalz. Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt 2021:

Pressemitteilung Nr. 350 vom 21. Juli 2021. Online verfügbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/07/PD21_350_225.html.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 2021 (auf Anfrage):

Bevölkerung 2020 nach Migrationshintergrund, Geschlecht, Altersgruppe, alleinerziehende Familienformen. Bad Ems.

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (Hrsg.) (2010):

Bundesweiter Einsatz von Risikoinventaren zur Kindeswohlgefährdung. Ergebnisse des Benchmarks 05/2009 - 09/2009. Hamburg.

Wabnitz, R. J. (2015):

25 Jahre SGB VIII. Die Geschichte des Achten Buches Sozialgesetzbuch von 1990 bis 2015. Berlin.

Wiesner, R. (2006):

Die Verbesserung des Schutzes von Kindern vor Gefahren für ihr Wohl durch das Kinder- und Jugendhilfweiterentwicklungsgesetz (KICK). In: Jordan, E. (Hrsg.): Kindeswohlgefährdung. Rechtliche Neuregelungen und Konsequenzen für den Schutz-auftrag der Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim u. München, S. 9-22.

Wolff, R. et al. (2013):

Aus Fehlern lernen – Qualitätsmanagement im Kinderschutz. Konzepte, Bedingungen, Ergebnisse. Herausgegeben vom Nationalen Zentrum Frühe Hilfen. Opladen, Berlin, Toronto.

Ziegenhain, U./Derksen, B./Dreisörner, R. (2004):

Frühe Förderung von Resilienz bei jungen Müttern und ihren Säuglingen. In: Kindheit und Entwicklung, 13, S. 226-234.

8 Abbildungsverzeichnis

Sämtliche Abbildungen dieses Berichtes wurden durch die ism gGmbH erstellt.

Datenübersicht 2020	5
Abbildung 1 Handlungsebenen im Kinderschutz (eigene Darstellung)	20
Abbildung 2 Einflussfaktoren auf den Bedarf und die Inanspruchnahme von Hilfen zur Erziehung.....	23
Abbildung 3 Gefährdungseinschätzungen gem. § 8a SGB VIII in den Jahren 2010 bis 2020	27
Abbildung 4 Institution oder Person/-en, die die (mögliche) Gefährdung des Kindeswohls bekannt gemacht hat/haben (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)	31
Abbildung 5 „Wurde die Familie in der Vergangenheit bereits durch den ASD/Sozialen Dienst des Jugendamtes beraten?“ (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)	33
Abbildung 6 Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung (Angaben in Prozent, n =Oberkategorien/differenzierte Hilfen, 2019 und 2020)	34
Abbildung 7 Welche fachlichen Schritte erfolgten im Zeitraum bis zum Abschluss der Gefährdungseinschätzung? (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, 2019 und 2020).....	38
Abbildung 8 „Bitte schätzen Sie die Mitwirkungsbereitschaft der Eltern bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos ein“ (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)	39
Abbildung 9 Gesamtbewertung der Gefährdungssituation (Angaben in Prozent, 2019 und 2020).....	41
Abbildung 10 „Art der Kindeswohlgefährdung“ (nur Fälle mit (latenter) Gefährdung, Angaben in Prozent, 2019 und 2020)	43
Abbildung 11 „Bitte konkretisieren Sie, welche Anhaltspunkte Sie beim Kind/Jugendlichen/der Familie festgestellt haben“ (nur Fälle mit (latenter) Gefährdung, Angaben in Prozent, 2019 und 2020).....	46

Abbildung 12 Anrufung des Familiengerichtes (nur Fälle mit (latenter) Gefährdung und Hilfebedarf, Angaben in Prozent)	46
Abbildung 13 Neu eingerichtete Hilfen als Ergebnis der Gefährdungseinschätzung (nur Fälle mit (latenter) Gefährdung oder Hilfebedarf, Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich, n = Oberkategorien/differenzierte Hilfen, 2019 und 2020)	48
Abbildung 14 Gewöhnlicher Aufenthaltsort des/der Minderjährigen zum Zeitpunkt der Gefährdungseinschätzung (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)	53
Abbildung 15 „Über welche Einkommensarten verfügte die betreuende Familie zum Zeitpunkt des Kontakts?“ (Angaben in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, 2019 und 2020).....	54
Abbildung 16 „Alter der Mutter bei der Geburt des von der Meldung betroffenen Kindes“ (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)	56
Abbildung 17 „Wie viele minderjährige Kinder lebten zum Zeitpunkt der Meldung am Aufenthaltsort des betroffenen Kindes?“ (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)	57
Abbildung 18 Alter des jungen Menschen zum Zeitpunkt der Meldung (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)	59
Abbildung 19 Geschlecht des von der Meldung betroffenen jungen Menschen (Angaben in Prozent, 2019 und 2020)	60
Abbildung 20 Migrationshintergrund des von der Gefährdungseinschätzung betroffenen jungen Menschen (Angaben in Prozent, 2019 und 2020).....	61